

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Christian Hacke

Außenpolitische Grundlinien der Regierung Reagan

Kurt L. Shell

Die „neue Agenda“ politischer Diskussion in den USA

Wolfgang Welz

Das amerikanische Parteiensystem im Wandel

Horst Mewes

Individualität, Pluralismus und Konsens
in der westlichen Demokratie

Überlegungen zur Zukunftsgestaltung im modernen amerikanischen
Konservatismus

B 37-38/86

13. September 1986

Christian Hacke, Dr. phil., geb. 1943; seit 1980 Professor für Politikwissenschaft/Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU — Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Köln 1975; (als Hrsg.) J. B. Gradl, Stets auf der Suche. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1979; Die Ära Nixon-Kissinger 1969—1974. Konservative Reform der Weltpolitik, Stuttgart 1983; Von Kennedy bis Reagan. Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1960—1984, Stuttgart 1984; Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan, München 1985; Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949—1985, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/85.

Kurt L. Shell, Ph. D., geb. 1920; Studium an der Columbia University, N.Y.; Professor für Politikwissenschaft an der Staatsuniversität New York (Binghamton, N.Y.); seit 1967 Professor für Politische Bildung und Politische Wissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; Mitglied des Direktoriums des Zentrums für Nordamerikaforschung (ZENAF) der Universität Frankfurt.

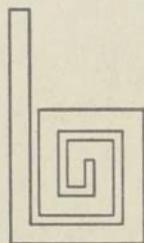
Veröffentlichungen u. a.: The Transformation of Austrian Socialism, 1962; Bedrohung und Bewährung: Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, 1965; Das politische System der USA, 1975; Liberaldemokratische Systeme, 1981; Der amerikanische Konservatismus, 1986.

Wolfgang Welz, Dr. phil., geb. 1952; Studium der Politikwissenschaft, des Staatsrechts, Wirtschaftsrechts und der Neueren Literaturgeschichte; z. Z. wiss. Assistent am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: Erläuterungen zum Gesetz über das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, in: Das Deutsche Bundesrecht, 1982; Auswahl und Nominierung der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/84; Ressortverantwortung im Leistungsstaat. Zur Organisation, Koordination und Kontrolle der selbständigen Bundesoberbehörden, Baden-Baden 1986 (im Erscheinen).

Horst Mewes, Ph. D., geb. 1940; Studium der Politischen Theorie an der University of Chicago; seit 1970 Lehre der Politischen Theorie an der University of Colorado, Boulder; seit 1979 alljährlicher Lehrauftrag am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.

Veröffentlichungen u. a.: Die amerikanische Gesellschaft am Scheideweg, Stuttgart 1980; Wie mächtig ist der amerikanische Präsident?, Stuttgart 1980; Problems of Contemporary Aristotelianism, erscheint im Herbst 1986; Einführung in das politische System der USA, Heidelberg 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Außenpolitische Grundlinien der Regierung Reagan

I. Einleitung

Die Geschichtsschreibung läßt Politikern und Staatsmännern in letzter Konsequenz nur einen Satz zur Charakterisierung ihrer Leistung: George Washington gründete die USA, Abraham Lincoln befreite die Sklaven und hielt die Staaten vereinigt, Franklin D. Roosevelt siegte gegen Hitler und verlor gegen Stalin, Harry S. Truman dämmte die Macht der Sowjetunion ein, Richard Nixon versuchte entspannte Stärke gegenüber der Sowjetunion und Jimmy Carter zeigte gute Absichten, aber Unvermögen, die außenpolitischen Krisen zu meistern.

Wie wird der entscheidende Satz über Ronald Reagan lauten? Noch wissen wir es nicht, aber jeder amerikanische Präsident hätte zu Beginn der achtziger Jahre vor folgenden Fragen gestanden:

— Soll er den Entspannungskurs der ersten Hälfte der siebziger Jahre von Nixon und Ford wieder aufgreifen?

— Soll er überlegene politische und militärische Stärke der USA wiederherstellen?

— Soll er geopolitisch und vertraglich die Bündnis- bzw. Beistandsverpflichtungen ausdehnen oder abbauen?

Jene Fragen vermitteln allerdings den Eindruck, die außenpolitischen Entscheidungen, besonders die einer Weltmacht wie der USA, beruhen prinzipiell auf Möglichkeiten, unter denen man beliebig wählen könnte. Dies ist jedoch in den seltensten Fällen möglich. In überwiegendem Maße steckt der Präsident als Hauptentscheidungsträger in außenpolitischen Dilemmata. Nur selten hat er die Wahl zwischen Gut und Böse, Richtig oder Falsch. Im Moment der Entscheidung tappt er bisweilen im Nebel, er hat instinktiv und mit begrenztem Wissen seine Wahl zu treffen.

Dies muß man berücksichtigen, wenn es um die erste zentrale Frage geht: Was ist für die USA zu Beginn der achtziger Jahre außenpolitisch möglich und sinnvoll gewesen? Es geht dabei um

Ideen, Konzepte und Interessen sowie um die Frage ihrer Umsetzung in konkrete außenpolitische Entscheidungen und deren möglichst konsequente Verwirklichung. Substantiell stellte sich das Problem, ob Ronald Reagan zu Beginn der achtziger Jahre die Rolle der USA den veränderten internationalen Bedingungen, die nicht nur günstig waren, anpassen würde, oder ob die USA unter seiner Führung der Welt einen starken Stempel aufdrücken würden, wie dies zur Zeit des Kalten Krieges der Fall war.

Die zweite zentrale Frage darf gerade mit Blick auf die Außenpolitik parlamentarischer und freiheitlicher Demokratien nicht vergessen werden: Wie findet der Präsident innenpolitische Zustimmung zu seinen außenpolitischen Ideen und Entscheidungen? Jede Außenpolitik ist meistens nur in dem Maße überzeugend, in dem sie von den innenpolitischen relevanten Kräften, d. h. vom Kongreß sowie von öffentlicher und veröffentlichter Meinung, getragen wird. Auch Widersprüchlichkeiten und Gegensätze innerhalb der Regierung, seien sie institutionell, personell oder grundsätzlich begründet, müssen berücksichtigt werden.

Der Zwang zum politischen Kompromiß, eine gewisse moralische Tragik, sachliche Unsicherheit sowie Mutmaßung über die Konsequenzen der außenpolitischen Entscheidungen sind unvermeidbar. Wer als handelnder Politiker auf den absoluten Punkt wartet, der die Sicherheit des Wissens, der Fakten und Folgen bringen soll, der verpaßt die politische Gegenwart, er reduziert die Möglichkeit der Zukunft zu einem Teil der Geschichte. Der Fakten schaffende, Klima bewirkende, subjektive Charakter der politischen Entscheidung, der verantwortungsethisch zwischen verschiedenen Dilemmata abzuwägen hat, steht in krassem Gegensatz zur Position des sogenannten objektiven Beobachters. Letzterer versucht unter Vorspiegelung einer wissenschaftlichen Objektivität

tät, die Unzulänglichkeiten des außenpolitischen Handelns bloßzustellen.

Nirgendwo ist dies deutlicher geworden als im Schlagabtausch zwischen Ronald Reagan und seinen außenpolitischen Kritikern, besonders in Europa. Dies liegt sicherlich daran, daß unter Ronald Reagan die klassischen amerikanischen Attribute von Politik und Außenpolitik besonders hervortreten: Ein konservativ-moralisches Bewußtsein wird durch Betonung von Macht und Stärke ergänzt. Präsident Reagan verstand — auf dem Hintergrund der Desaster von Iran und Afghanistan und der Enttäuschung über die Entspannungspolitik der Sowjetunion — seine Wahl als außenpolitisches Mandat. Aufrüstung, Stärke und Anti-Kommunismus wurden zu den drei herausragenden Kennzeichen seiner Außenpolitik. Was von den Vorgängern in Frage gestellt wurde, nämlich Drohung und Anwendung von Gewalt, ist nun unter Reagan zur Wiederherstellung der politischen Balance und zur Eindämmung der kommunistischen Machtausdehnung wieder zwingend geworden. Die Wiederherstellung von militärischer Stärke wurde vorrangig. Rüstungskontrolle wurde diesen Überlegungen nachgeordnet.

Aber während Reagan die Erfahrungen mit der Sowjetunion der vergangenen anderthalb Jahrzehnte global und militärisch negativ bilanzierte, sind die Erfahrungen der Westeuropäer mit der kommunistischen Weltmacht auf regionalem und politischem Hintergrund ausbalancierter. Dies

führte zu einer wachsenden Kluft in der Einschätzung der sowjetischen Macht und bei der Frage, wie mit ihr umgegangen werden sollte. Neben diesen aktuellen Gründen spielen jedoch aus europäischer Sicht noch grundsätzliche perspektivische Probleme eine Rolle: Unterschiedliche historische Erfahrungen, geopolitische Unterschiede, abweichende oder ergänzende nationale oder kontinentale Interessen sowie abweichende Auffassungen im politischen Stil haben zwischen den USA und Westeuropa die altbekannte Formel von den gemeinsamen Werten und Interessen stark gedehnt, vielleicht sogar überdehnt. Dringlicher denn je stellen sich heute deshalb die beiden zentralen bündnispolitischen Fragen: Wieviel Einheit im Bündnis ist notwendig. Und wieviel Pluralismus hält es aus?

Nicht Besserwisserei oder moralisierende Anmaßung, sondern Urteilsfähigkeit, Takt und Verständnis für Amerikas außenpolitische Probleme und Zweifel, wie sie im vergangenen Jahrzehnt deutlich wurden, sind bei uns vonnöten. Umgekehrt allerdings wird es ebenso Zeit, daß auf der anderen Seite die politischen Leistungen Westeuropas, seine besonderen Interessen in der Weltpolitik und mit Blick auf Osteuropa und die Sowjetunion toleriert und respektiert werden.

So wirkte Ronald Reagan mit seiner Politik und Person polarisierend auf die öffentlichen Meinungen in Westeuropa, in seinem Land hingegen erreichte er einen Grad von Zustimmung, der außergewöhnlich ist.

II. Ronald Reagan: Der persönliche Faktor

Wie kommt es, daß ein Präsident mit so wenig konkreten Leistungen in der Außenpolitik im eigenen Land als so erfolgreich angesehen wird? Im Unterschied zu Präsident Carter, der während seiner Amtszeit SALT II unterschrieb, die Normalisierung der Beziehungen mit der Volksrepublik China weiter vorantrieb, den Panamakanal-Vertrag unterzeichnete, den Camp-David-Friedensprozeß vertraglich festlegte und vor allem den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag mitbewirkte, hat Präsident Reagan nach sechs Jahren außenpolitischer Bilanz wenig Konkretes vorzuweisen. Aber er hat etwas Entscheidendes bewirkt, was Carter nicht gelang: Er beendete die weltpolitische und militärische Erosion ameri-

kanischer Macht. Der begrenzte, aber intensive Enthusiasmus für die Strategische Verteidigungs-Initiative, die öffentliche Unterstützung für Protektionismus in Handels- und Wirtschaftsfragen sowie die begeisterte Zustimmung bei den amerikanischen Interventionen in Grenada und beim Angriff auf die PLO-Stellungen in Libyen zeigen, daß im Moment weniger die konkrete außenpolitische Leistung zählt als vielmehr das Schaffen von Klima und Stimmung.

Der Schlüssel für Reagans außenpolitischen Erfolg liegt vor allem in der Art und Weise, wie er nationale Macht darstellt und ausübt. Im Unterschied zum stets penetrant und unsicher wirken-

den Jimmy Carter erscheint Ronald Reagan als die Inkarnation derjenigen Attribute, die Amerika gerne für sich in Anspruch nimmt: Optimismus, Entscheidungsfreudigkeit, Risikobewußtsein und Entschlossenheit werden ihm ebenso zugeordnet wie physische und psychische Stärke. Selbst nach dem Schuß eines Attentäters in seine Brust oder bei der Behandlung gegen Krebs zeigte Reagan Leichtigkeit und Spannkraft, — eine typisch amerikanische Haltung, die man bei uns Deutschen

oft vermißt: Grace under pressure — Haltung unter Druck.

Persönlicher Charme, Großzügigkeit und Humor dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Reagan politisch aus hartem Holz geschnitzt ist. Schon 1980 erklärte er während des Wahlkampfes, daß er aus einem einfachen Grund gewinnen würde: Das amerikanische Volk wünschte jemanden, der entschlossen führen werde.

III. Ronald Reagan und die Beziehungen zur Sowjetunion

Nirgendwo wurde dies deutlicher als in dem neuen Unilateralismus und der rhetorischen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion. Wiederherstellung der militärischen Balance, Eindämmung der sowjetischen Expansionsbemühungen, Verhandlungen mit der Sowjetunion von einer Position der Stärke aus sowie Aufrüttelung der politischen Lethargie in den USA und bei den Alliierten wurden zum zentralen Bestandteil seiner Politik.

Dabei kam ihm zu Hilfe, daß die indirekte Intervention der Sowjetunion in Polen seit Dezember 1981 und die fortgesetzte brutale Besatzungspolitik in Afghanistan die anti-sowjetische Stimmung förderten. Seit 1980 werden die USA von einem anti-kommunistischen Blutkreislauf in Schwung gehalten. Als Reagan 1984 auf seine Charakterisierung der Sowjetunion als ‚Reich des Teufels‘, das bereit sei, jedes Verbrechen, jede Lüge und jeden Betrug für die Weltrevolution einzusetzen, angesprochen wurde, antwortete er: „Ich glaube, es war Zeit, um die sowjetische Aufmerksamkeit zu erlangen, um sie wissen zu lassen, daß ich sie realistisch einschätze.“

Die Enttäuschung über mangelnde außenpolitische Zurückhaltung der Sowjetunion, die in den Augen vieler Amerikaner die Verträge der amerikanischen Entspannungspolitik in den frühen siebziger Jahren zu wertlosem Papier gemacht hatte, bildet einen zentralen Faktor für die Entschlossenheit Reagans, durch Neubetonung eigener politischer und militärischer Stärke die außenpolitische Macht der Sowjetunion einzudämmen. Eindämmung blieb auch unter Ronald Reagan das zentrale Leitmotiv amerikanischer Weltpolitik, wengleich Mittel und Ziele variiert wurden. Ausdruck dieser Neuüberlegungen war die Politik

des sogenannten strategischen Konsenses, mit der vor allem im Nahen Osten und in Zentral- und Lateinamerika die indirekte Gefahr der Bedrohung durch die Sowjetunion gebannt werden sollte.

Nixon und Kissinger gingen von einer doppelten Balance aus, um die Politik der Eindämmung voranzutreiben. Zum einen von einem pentagonalen System, bestehend aus dem Bündnisdreieck USA—Westeuropa—Japan und dem Großmachtdreieck USA—Volksrepublik China—Sowjetunion, in dem die USA die zentrale Maklerrolle übernehmen sollten. Zum zweiten suchten sie diese Balance mit militärischen, ökonomischen und vor allem mit diplomatischen Instrumenten aufrechtzuerhalten.

Ronald Reagan hat diese doppelte Balance in der amerikanischen Außenpolitik radikal beschnitten. Das pentagonale System wurde durch Bipolarität ersetzt. Das komplexe Ost-West-Geflecht wurde konfrontativ auf den amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus zurückgeschnitten. Gleichzeitig versuchte Reagan, auch innerhalb des Bündnisses den Einfluß und die Rolle der Verbündeten zu beschränken und auf amerikanische Interessen zuzuschneiden. Die ausgewogene Balance der amerikanischen Eindämmungspolitik vergangener Jahrzehnte, bestehend aus militärischen, ökonomischen und diplomatischen Elementen, wurde durch eine Militarisierung der Außenpolitik ersetzt. Auf dem Hintergrund des gigantischen Rüstungsprogramms der Sowjetunion in den siebziger Jahren sah sich die Regierung Reagan im Zugzwang, Amerika gewaltig nachzurüsten.

Abgesehen von der Frage nach dem politischen Nutzen stellt sich hierbei das Problem, ob militä-

rische Stärke nicht auf ein brüchiges Fundament gestellt wurde, denn der Faktor der ökonomischen und sozialen Stabilität wurde außerordentlich strapaziert. Angesichts des rapide steigenden Haushaltsdefizits, der hohen Zinsraten und der gesamtwirtschaftlichen Besorgnisse wurden in den USA und in Europa Zweifel an den sicherheitspolitischen Maßnahmen der Regierung Reagan deutlich. Auch der einschneidende Wandel in der Militärstrategie wurde zwiespältig aufgenommen. Eskalationsdominanz wurde zum Schlüsselbegriff in zweifacher Weise:

— Zum einen sollte durch erhebliche Rüstungsanstrengungen auf allen Bereichen eine vertikale Eskalationsdominanz erreicht werden. Von der untersten Ebene eines lokalen Konflikts, dem mit der neuen ‚schnellen Eingreifreserve‘ begegnet werden sollte, bis hin zur neuen nuklearstrategischen Stärke sollte das Fenster der Verwundbarkeit auf allen Konfliktebenen geschlossen werden.

— Zum zweiten sollte auch eine horizontale Eskalationsdominanz erreicht werden. Dies galt besonders für die Regionen Asien, Persischer Golf und Nahost sowie für Europa und Lateinamerika.

Die vergangenen sechs Jahre haben gezeigt, daß ökonomische Zwänge, innen- und außenpolitische Kritik sowie ausbleibende Erfolge, aber auch kritisches Umdenken innerhalb der Regierung Reagan ansatzweise dazu geführt haben, daß taktische Anpassung an die komplexen Realitäten versucht wird. Auch unter dem Druck der Westeuropäer, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, begann die Regierung Reagan nach dem verhandlungspolitischen Zusammenbruch im November 1983 erneut im Frühjahr 1985 mit Abrüstungsverhandlungen.

Seit dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen im November 1985 in Genf gibt es Anzeichen, daß der Tiefpunkt in den Beziehungen, der vermutlich an der Jahreswende 1983/84 erreicht worden war, überwunden werden konnte. Zwar gab es in den USA vereinzelt Kritik, insgesamt jedoch kehrte Präsident Reagan aus Genf gestärkt zurück. Seine Strategie, eine Gipfelkonferenz abzuhalten, Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, aber weder Konzessionen zu machen noch Verträge abzuschließen, hatte präzise die amerikanische Stimmungslage getroffen. Wie die meisten seiner Mitbürger glaubt Reagan, daß die Sowjetunion die Entspannungspolitik für die eigene Stärke und zum Nachteil der USA ausgenutzt hat. Gleichzeitig hat er

mit seinem Gipfeltreffen Verhandlungsbereitschaft dokumentiert.

Mit dieser grundsätzlich skeptischen, aber offenen Haltung gegenüber der Sowjetunion hat sich Reagan diesbezüglich besonders innenpolitisch für die letzte und knappe Zeitspanne seiner zweiten Amtszeit einen großen Spielraum geschaffen. Die Fähigkeit zur Konfrontation hat Präsident Reagan unter Beweis gestellt. Es bleibt abzuwarten, ob er seine Verhandlungsbereitschaft substantiell, vor allem bei SDI, ausweitet, damit das zweite geplante Gipfeltreffen im November 1986 eventuell konkrete Ergebnisse bringt.

Seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow im März 1985 ist auch die Außenpolitik der Sowjetunion stilistisch geschmeidiger und kompromißbereiter geworden. Das zeigt sich vor allem in den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vom Januar, Juni und Juli 1986. Nachdem Gorbatschow, sozusagen als Antwort auf Reagans SDI-Vision vom März 1983, im Januar 1986 seinen nuklearen Abrüstungsfahrplan bis zum Jahre 2000 vorgelegt hatte, scheint seit dem Sommer 1986 der Abrüstungsdialog intensiver zu werden. Die Vorschläge beziehen sich stärker auf die Wirklichkeit. Es bleibt abzuwarten, ob im Bereich der strategischen Rüstung, im Bereich der Mittelstreckenraketen, aber auch bei den konventionellen Streitkräften Abrüstungserfolge erreicht werden.

Nach weitergehenden Forderungen von Michail Gorbatschow deutete Ronald Reagan im Juli 1986 sogar an, daß SDI als Stationierungsprogramm von zukünftigen rüstungskontrollpolitischen Handlungen beeinflußt werden könnte. Nach jahrelangen Erklärungen des Präsidenten, daß SDI absolut kein Verhandlungsobjekt darstelle, eröffnen sich vielleicht Perspektiven, die amerikanisch-sowjetischen Gegensätze, wie sie in Sachen SDI auch beim Gipfel vom November 1985 auftauchten, möglicherweise zu überwinden.

Dabei sieht sich Ronald Reagan vor wachsende Probleme gestellt: Die unerwartet schleppende wirtschaftliche Entwicklung der USA, das Ansteigen des Haushaltsdefizits, die Opposition in der Bevölkerung und im Kongreß gegen eine weitere Aufrüstung und gegen SDI als Maximalprogramm, die realistische Einsicht, daß SDI weder wirksam noch überlebensfähig noch kosteneffizient sein kann und die Sehnsucht nach Abrüstung und verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion mögen auch Reagan zu neuen Überlegun-

gen bewogen haben. Noch erklärt er öffentlich, daß SDI in Genf kein Tauschgeschäft darstelle, und er warnt den Kongreß vor einer Verkrüppelung von SDI. Aber auch hier läßt sich eine gewisse Kluft zwischen ideologischen Glaubensmaximen und der Einsicht in Notwendigkeiten nicht mehr verheimlichen.

Beim Blick auf die gesamte Außenpolitik der Regierung Reagan gegenüber der Sowjetunion wurde ein Riß zwischen radikaler Weltsicht einerseits und dem realen außenpolitischen Verhalten andererseits offenkundig. So zeichnet sich die amerikanische Unterstützung für afghanische Rebellen nicht durch Dynamik, sondern durch Begrenztheit aus und steht im krassen Gegensatz zur markanten Rhetorik. Während die Worte Reagans zur Latein- und Mittelamerika-Politik ebenfalls manchen erzittern lassen, konnte zeitweilig ein mit Waffen und Munition vollgeladener sowjetischer Frachter nach dem anderen den Pana-

makanal in Richtung Nicaragua passieren, um für anti-imperialistische und anti-amerikanische Aktionen zu rüsten. Die Regierung Reagan schaute lange durchs Fernglas zu. Die darauf erfolgte Verminung der Häfen Nicaraguas durch die CIA glich einer unüberlegten Handlung kleiner Jungen, die beim Kriegsspiel aus Versehen in die Erwachsenenwelt geraten sind.

Auch mit Blick auf die Sowjetunion und Osteuropa blieb die Haltung der Regierung Reagan doppelbödig. Nach der rhetorischen Unterstützung einer Demokratisierung von unten in Osteuropa und in der Sowjetunion und der immer wieder apostrophierten Notwendigkeit, den Ost-West-Handel radikal zu beschneiden, gab die Regierung Reagan — wenn auch verschämt — Wirtschaftshilfe und Weizenlieferungen an die dortigen Regime, die es ja zu stürzen gilt. Hier dominierten innenpolitische, ja wahltaktische Überlegungen.

IV. Die Beziehungen zu Westeuropa

Während der Amtszeit Präsident Reagans setzten sich die transatlantischen Krisen der siebziger Jahre fort. Ein atlantischer Stahlkrieg, amerikanische Hochzinspolitik, Diskussionen über die Weltwirtschaftspolitik und ein Handelsembargo, das westeuropäische Erdgas-Röhrengeschäft mit der Sowjetunion, die Polen-Krise, der NATO-Doppelbeschluß, Meinungsverschiedenheiten über die Militärstrategie und vor allem über die Strategische Verteidigungs-Initiative, der Angriff auf die PLO in Libyen und das Thema Terrorismus bildeten Streitpunkte, die den Zusammenhalt der Allianz auf eine harte Probe stellten. In den Jahren 1980—1986 haben sich amerikanische Abneigungen und Vorurteile gegenüber Europa einerseits und ein irrationaler Anti-Amerikanismus bei uns andererseits auf unglückliche Weise in die Hände gearbeitet. Die Regierung Reagan spielte dabei nicht immer eine glückliche Rolle.

Anfänglich zeigten die Westeuropäer viel Verständnis für Reagans Rüstungsprogramm. Die massive Vorrüstung der Sowjetunion hatte die militärische Lage auch in Europa verschlechtert. Aber die harte ideologische Sprache der Regierung Reagan gegenüber der Sowjetunion erweckte bei vielen den Eindruck von unnötiger Militanz und Aggressivität. Mangelndes Fingerspit-

zengefühl und unzureichende Konsultation der Bündnispartner wurde deutlich, als Reagan im August 1981 die Produktion der Neutronenwaffe ankündigte und im Oktober 1981 sogar erklärte, er könne sich den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen durchaus vorstellen, ohne daß eine der Großmächte auf den Knopf drücken würde, also die Großmächte vor Nuklearwaffen geschützt blieben. Es entstand der Eindruck, als wäre für Reagan ein begrenzter Nuklearkrieg in Europa möglich. Auch die Diskussion über nukleare Kriegführungsstrategien sowie unausgelegene Pläne über kombinierte Luft-/Landkriegsstrategien in Europa wirkten auf dem alten Kontinent alarmierend. Nicht die Sowjetunion, sondern vielmehr die Westeuropäer fühlten sich von amerikanischen Strategieüberlegungen abgeschreckt.

Der NATO-Doppelbeschluß und die erfolgte Nachrüstung symbolisierten das gemeinsame Bemühen von Amerikanern und Westeuropäern, die Nuklearstrategie der Allianz, die auf erweiterter Abschreckung beruht, zu festigen. Das war eine große bündnis- und sicherheitspolitische Leistung. Mit der Strategischen Verteidigungs-Initiative droht aber nun den Westeuropäern die Gefahr, daß die Strategie der erweiterten Abschreckung durch eine nicht-nukleare Verteidigungs-

doktrin, die SDI bewirken soll, abgelöst werden könnte. Auf diesem Hintergrund muß jener Teil der europäischen Reaktionen gesehen werden, der sich mit SDI kritisch auseinandergesetzt hat.

Nach vielen Versuchen der Westeuropäer, SDI mit rüstungskontrollpolitischen und entspannungspolitischen Forderungen zu verknüpfen oder gar politisch 'unschädlich' zu machen, unterzeichneten schließlich England und die Bundesrepublik Deutschland bilaterale SDI-Abkommen. Im Dezember 1985 unterzeichnete die englische Regierung als erste ein Abkommen, in dem die britische Beteiligung an diesem Forschungsprogramm festgelegt wurde. Damit wurde der Weg frei für eine amerikanische Schritt-für-Schritt-Diplomatie in Sachen SDI. Es kam zu keiner gemeinsamen europäischen Position, sondern die Amerikaner konnten mit den einzelnen westeuropäischen Staaten bilateral verhandeln. Allein der französische Präsident Mitterrand erklärte im Mai 1985, daß Frankreich sich am SDI-Forschungsprogramm nicht beteiligen und statt dessen das Forschungsprogramm EUREKA vorlegen werde. Am 27. März 1986 unterzeichnete dann Wirtschaftsminister Bangemann in Washington gemeinsam mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zwei Vereinbarungen. Eine Diskrepanz zwischen geringer technologischer Bedeutung der deutschen Mitarbeit einerseits und massiver politischer Kritik andererseits wurde in der Bundesrepublik erkennbar. Was sind die Gründe?

Die Regierung Reagan wünscht eine deutsche und europäische Mitarbeit an SDI weniger aus forschungsspezifischen, sondern vielmehr aus politischen Überlegungen. Für sie ist SDI Teil einer globalen Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion. Ronald Reagan, so scheint es, will den Führungsanspruch der USA unilateral, d. h. ohne Rücksicht auf die Bündnispartner, durchsetzen. SDI darf deshalb nicht nur als SDI verstanden werden, sondern als Teil einer breiten Palette von politischen Initiativen, wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ideologischen Prämissen mit globaler Langzeitvision. Unter diesem Aspekt hat SDI als politische Mehrzweckwaffe gerade in den Abmachungen mit der Bundesrepublik eine entscheidende Bedeutung. Mit ihrer Unterschrift dokumentiert die Bundesregierung offenkundig einen höheren Grad an Zustimmung zur Politik der Regierung Reagan als ohne solche Abkommen.

Mit den beiden Unterschriften unter die SDI-Abkommen hat die Regierung Reagan die Bundesregierung in eine politische Mitverantwortung gelockt, ohne dabei den technologischen, geschweige denn den politischen Interessen der Bundesrepublik zu entsprechen. Außerdem wurde keine umfassende politische, strategische und militärische Standortbestimmung der Bundesrepublik mit allen Konsequenzen für die Bündnis- und Entspannungspolitik in Sachen SDI vorgenommen. Kurzsichtige technologische Argumente dominierten. Auch wurden von den westeuropäischen Regierungen weder die westeuropäische Union noch der NATO-Rahmen konsequent für einen gemeinsamen europäischen Kooperationsansatz genutzt.

Die Bundesrepublik und Westeuropa als Ganzes haben auf diesem Hintergrund an politischem Einfluß auf die Regierung Reagan und damit auch auf die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen verloren, weil sie ihren Einfluß unterschätzt bzw. verspielt haben. Nicht durch Abkommen mit den USA in Sachen SDI, sondern nur in kritischer Distanz hätte Westeuropa sich als geeinte politische Größe profilieren können und gleichzeitig die Kräfte in den USA und der Regierung Reagan gestärkt, die auch die Harmel-Philosophie, nämlich Rüstungskontrolle, Einhaltung von ABM-Vertrag und SALT sowie realistische Entspannung befürworten.

Im Verlaufe des Jahres 1986 zeigt sich jedoch, daß SDI nicht das nukleare Abschreckungssystem abschaffen, sondern vielmehr die nukleare Abschreckungsdoktrin ergänzen soll. Die Positionen in Sachen SDI sind also innerhalb der Regierung Reagan völlig widersprüchlich. Deshalb konnte die Frage innerhalb der Administration auch noch nicht geklärt werden, welche Rolle SDI, wenn überhaupt, in den Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion spielen könnte. Bisher lehnten Verteidigungsminister Weinberger und Präsident Reagan jedes Zugeständnis bei SDI ab. Die Haltung von Präsident Reagan zu SALT und ABM allerdings zeigt, daß er sich bei der Erforschung und Erprobung von weltraumgestützten Anti-Raketen-Systemen nicht durch diese entspannungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Verträge aufhalten lassen würde.

Insgesamt gesehen haben sich die Europäer gegenüber den amerikanischen SDI-Vorstellungen distanziert gezeigt. Der Verlust der absoluten Sicherheit seit Beginn des Nuklearzeitalters ist für

die Europäer, auch für die Russen, so selbstverständlich, wie er den Amerikanern grundsätzlich fremd geblieben ist. Deshalb sind Westeuropäer davon überzeugt, daß im Prinzip nicht konventionelle Verteidigung, sondern seit 40 Jahren vielmehr die nukleare Abschreckung den Kern ihrer Sicherheit ausmacht. Seit 40 Jahren sind Nuklearwaffen zum Garanten der Sicherheit geworden.

Die Nachrüstung 1983 hatte eine Einheitlichkeit der Sicherheit im Bündnis bekräftigt. Es ist deshalb nicht ohne Ironie, daß nun mit SDI für viele Westeuropäer das zu drohen scheint, was man seit Gründung der NATO zu verhindern suchte: Drei unterschiedliche Sicherheitszonen würden bei einer Verwirklichung von SDI zwischen den USA, Frankreich sowie England und den nicht-nuklearen westeuropäischen Staaten entstehen. Auch befürchten viele Westeuropäer, daß statt erweiterter nuklearer Abschreckung mit SDI in den USA die Neigung zu Neo-Isolationismus und einer Festungsmentalität steigen könnte. Hinter einem vermeintlich sicheren Anti-Raketenschirm könnte eine militärische und politische Abkoppelung von Westeuropa eintreten. In Westeuropa gab es darüber hinaus gewichtige Stimmen, die darauf hinwiesen, daß ein Verteidigungsschirm für Westeuropa überhaupt keinen Schutz gegenüber Nuklearwaffen geben kann. Die Flugzeit sowjetischer Raketen nach Westeuropa ist zu kurz, das sowjetische Arsenal zu breit gefächert, als daß wir — nur durch wenige hundert Kilometer getrennt — sowjetische Raketen, atombestückte Flugzeuge, Marschflugkörper und Artillerie durch raketen-dichte Schirme abhalten könnten. Diese Vorstellung ist technologisch nicht realisierbar. Sie basiert zudem auf einer Bedrohungsvorstellung, die problematisch erscheint.

Vor allem befürchten die Westeuropäer, daß SDI grundsätzlich den globalen und europäischen Entspannungsprozeß, so lückenhaft er erscheinen mag, erschweren könnte. Es scheint, als ob mit Hilfe von SDI die alte Idee von Überlegenheit und Sendungsbewußtsein wiederauflebt und ideologisch die Sowjetunion vom Podest der Gleichrangigkeit gestoßen werden soll. So sind die Westeuropäer nicht nur über SDI an sich irritiert. Vielmehr ist auch das, was Ronald Reagan im Zusammenhang mit SDI über die Sowjetunion sagt, auf Skepsis gestoßen.

Insgesamt gesehen hat SDI ein Maß an Verwirrung und Unsicherheit in das Bündnis getragen, wie es in der bisherigen Geschichte der Allianz

fast beispiellos erscheint. ‚Vertrauen schaffen‘ ist die Grundlage von Allianzdiplomatie. Ohne Vertrauen, vor allem ohne Vertrauen in die Abwehrsysteme und in die Waffen, kann der Verteidigungsauftrag nicht durchgeführt werden. Weil es technologisch nie perfekt werden kann, kann dieses System indessen kein Vertrauen, sondern nur Mißtrauen schaffen. Unter rüstungskontrollpolitischen Überlegungen kann man allerdings vermuten, daß die Sowjets vielleicht unter dem Eindruck von SDI an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sind. Es bleibt abzuwarten, ob Ronald Reagan dort die Karte SDI ausspielen oder weiterhin seine Strategische Verteidigungs-Initiative als nichtverhandlungsfähig erklären und sie weiter forschungsmäßig vorantreiben wird. Dann aber bewegt auch die Rückkehr der Sowjets an den Verhandlungstisch nichts.

Die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa sind auch unter Ronald Reagan kompliziert geblieben. Die amerikanische Regierung war zu selten bereit, originär westeuropäische Interessen zu respektieren. Die amerikanischen Umgangsformen der Allianzdiplomatie, nicht nur bei SDI, waren bisweilen rau. Das zentrale Problem zwischen Amerikanern und Westeuropäern blieb die Einschätzung der sowjetischen Macht. Unterschiedliche Erfahrungen der siebziger Jahre führten dazu, daß die Westeuropäer, allen voran die Bundesdeutschen, die Sowjetunion als regionale und politische Macht ansehen, der man entschlossen und flexibel zugleich mit einer Mischung aus Verhandlungsbereitschaft und militärischer Stärke begegnen soll. Die Regierung Reagan hingegen sieht die Sowjetunion als globale und militärische Bedrohung, der man kompromißlos entgegentreten müsse. Auch die Verhandlungen im Rahmen der KSZE in Bern sowie die KVAE-Verhandlungen in Stockholm waren von amerikanisch-westeuropäischen Dissonanzen nicht frei.

Vor allem aber ist es der in der Außenpolitik unter Reagan so stark aufgetretene Faktor militärischer Macht, der die Westeuropäer erschrecken läßt. Besonders in der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik zeigt sich demgegenüber nämlich eine Entwicklung, die Hans-Peter Schwarz treffend als eine Entwicklung von der Machtbesessenheit früherer Jahrzehnte zur Machtvergessenheit heute kennzeichnet. Die kühle Distanz westeuropäischer Regierungen bei der Landung amerikanischer Truppen auf Grenada im November 1983 verweist auf dieses Problem. Es

ist kein Zufall, daß der damalige Unterstaatssekretär Eagleburger — im Außenministerium für die Grenada-Aktion politisch zuständig — nur wenige Monate nach der enttäuschenden Haltung der Westeuropäer eine erweiterte Rolle der USA in Asien und im pazifischen Raum ankündigte. Für die Europäer dürfte es indessen einen gravierenden Unterschied darstellen, ob die Regierung Reagan allein aus ökonomischen und strategischen Überlegungen die pazifische Komponente ihrer Außenpolitik ausbauen will, oder ob dieser Schritt durch Enttäuschung und Ressentiments über westeuropäisches Unverständnis gegenüber amerikanischen Aktionen ausgebaut wird.

Neo-Isolationismus und Moralismus, das haben die vergangenen Jahre gezeigt, sind keine genuin amerikanischen Attribute. Im Gegenteil: Die Außenpolitik der USA hat unter Ronald Reagan realistische Elemente gezeigt, während Westeuropäer und vor allem Bundesrepublikaner sich bei manchen Reaktionen durch Provinzialismus und doppelte Moral auszeichnen.

Westeuropas Reaktion auf den amerikanischen Angriff auf die PLO-Quartiere in Libyen im April 1986 zeigt diese Neigung. Sicher, Staatsterrorismus hat nichts Neues an sich, schon Stalin ließ Trotzki in Mexiko umbringen. Aber Gaddafis, Arafats und Assads Rollen sowie der islamische Terrorismus haben dem Phänomen eine andere Qualität und eine neue Dimension verliehen. Eine Lösung der politischen Ursachen der terroristischen Aktivitäten wäre natürlich optimal, aber unlösbare Schwierigkeiten sind kein Freibrief für Terrorismus. Deshalb war nach Jahren des Zögerns der Westeuropäer, die nicht selten Züge der Anbiederung zeigten, nun eine gezielte Reaktion wie gegenüber Libyen verständlich.

Libyens Beteiligung und Mitverantwortung für langjährige Terrorakte in Westeuropa, zuletzt in West-Berlin, führten zum amerikanischen Bombenangriff vom 15. April 1986. Allein die Regierung Thatcher gab ihre Zustimmung, auch in England stationierte Flugzeuge für einen Angriff gegen Libyen einzusetzen. Die Franzosen — ebenfalls informiert — zogen die entgegengesetzte Konsequenz und verweigerten das Überfliegen französischen Territoriums. Die Bundesregierung glaubte, daß diplomatische Sanktionen gegen Libyen einen Vergeltungsschlag überflüssig machen würden. Angst vor innenpolitischer Kritik machte eine offene Zustimmung zur amerikanischen Aktion leider nicht möglich.

Die amerikanische Aktion gegen Libyen scheint ihren Eindruck auf Gaddafi nicht verfehlt zu haben; vorerst gibt es keine Anzeichen, daß dieser sein terroristisches Engagement unbeeindruckt fortsetzt. Indirekt hat die Aktion auch der sowjetischen Führung signalisiert, daß die Regierung Reagan das Instrument militärischer Gewalt weiterhin einzusetzen gewillt ist, wenn amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen. Die vergangenen Monate haben außerdem gezeigt, daß die mancherorts befürchtete Solidarisierung zwischen Libyen und den arabischen Staaten nicht eingetreten ist.

Militärisch gesehen war der Angriff eine logistische Leistung, die nach der unglücklichen Befreiungsaktion der Geiseln in Iran 1980 auf das Selbstverständnis der amerikanischen Streitkräfte positiv gewirkt haben muß. Westeuropas Kritik an den militärischen Aktionen der USA hat dazu beigetragen, das ohnehin angespannte Verhältnis zu verschärfen. Es ist bezeichnend, daß die westeuropäischen Regierungen die stoische Gelassenheit und Festigkeit von Außenminister Shultz nicht erkannten, als dieser schon am 26. Oktober 1984 in San Francisco erklärte: „Wir müssen bereit sein, den internationalen Terrorismus mit militärischer Gewalt zu bekämpfen, und die Öffentlichkeit muß wissen und begreifen, daß dies möglicherweise das Leben einiger unserer Soldaten und einiger unschuldiger Bürger kosten wird.“ Nach Eagleburger ist Shultz der zweite entscheidende Politiker der Regierung Reagan, der als Anwalt europäischer Entspannungsinteressen von den Westeuropäern selbst bei einer entscheidenden Frage enttäuscht worden ist.

Westeuropas Appeasement-Haltung gegenüber dem Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre hat die Eskalation des Phänomens nicht aufhalten können. Die Terroristen agieren heute stärker grenzüberschreitend, international brutaler, ja fast selbstverständlich in ihren Aktionen. Die Westeuropäer — mit Ausnahme Englands — beschränken sich auf hilflose Appelle an Mäßigung und unter Berufung auf Gewaltlosigkeit. Die USA hingegen verhängten wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen und forderten die Westeuropäer zum Mitmachen auf. Deren Nein erschwerte eine wirkungsvolle Bekämpfung des Terrorismus schon im früheren Stadium; die Solidarität der betreffenden Staaten konnte sich in dieser entscheidenden Frage nicht durchsetzen und verringerte somit das Gewicht Europas im außenpolitischen Kalkül der Regierung Reagan.

Nach der amerikanischen Aktion in Grenada wurden auch Kubas Aktionen in der Karibik zurückhaltender. Aber weder dort noch beim Angriff auf PLO-Stellungen in Libyen gelang Ronald Reagan eine Wurzelbehandlung des Problems. Beide Aktionen waren vorrangig als politisches

bzw. als abschreckendes Signal gedacht. Nach einem Jahrzehnt der Demütigung zeigte die Regierung Reagan, daß die USA sich nicht mehr von Staaten der Dritten Welt herumschubsen und demütigen lassen. Dies ist vielleicht die wesentlichste Komponente der sogenannten Reagan-Doktrin.

V. Die Regierung Reagan und Lateinamerika

Die im 19. Jahrhundert entwickelte Monroe-Doktrin (1823), die selbst von den Briten in Frage gestellt wurde, richtete sich seit ihrer Begründung gegen imperiale Bestrebungen Spaniens und Frankreichs. Seit dem Zweiten Weltkrieg bildet sie Begründung und Schild gegenüber sowjetischen Bemühungen, in Lateinamerika direkt oder indirekt Fuß zu fassen. Ab 1945 haben sich die USA über die OAS (Organisation amerikanischer Staaten) bemüht, die Staaten Lateinamerikas gegenüber einer evtl. marxistisch-leninistischen Revolution zusammenzuhalten. Dabei hatten sie nur teilweise Erfolg. Fidel Castros Erfolg in Kuba und die sozialistische Regierung Allende in Chile verweisen auf kritische Punkte.

Im Gegensatz zur Sowjetunion, die in traditionell imperialistischer Manier möglichst direkte Landgewinne — also Besitzziele — durch den Einsatz von Bodentruppen anstrebt, haben sich die USA mit Blick auf die Dritte und Vierte Welt primär auf indirekte Milieuziele beschränkt. Dies gilt insbesondere für Lateinamerika. Die USA haben mit Vorliebe Demokraten an der Macht gestützt, wie Betancourt in Venezuela. Aber sie haben ebenso konservative und häufig korrupte Despoten einer möglichen Revolution von links vorgezogen, die dem Marxismus-Leninismus vielleicht Tür und Tor geöffnet hätten. Mit Ausnahme des Mittleren Ostens zeigt keine Region so deutlich, daß die USA nicht unter Optionen wählen können, sondern zwischen Dilemmata gefangen bleiben. Nicht nur Vietnam vor dem Frühjahr 1975, nicht nur der Iran des Schah, auch das Nicaragua unter Somoza wirken heute unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung weniger erschreckend als das, was danach kam.

Nur in den allerseltensten Fällen scheinen Revolutionen einen Übergang zur Demokratie freizumachen, wie die Philippinen und Argentinien hoffen lassen. Die Regel ist, daß nach dem Sturz eines autoritären oder totalitären Militärregimes die

böse Zeit nicht von einer guten abgelöst wird, sondern daß auf schlimme Zeiten noch schlimmere folgen. Diese Unwägbarkeiten kann kein Entscheidungsträger in Washington vorhersehen. Berechtigte Kritik an zentralen Weichen der amerikanischen Außenpolitik mit Blick auf die Dritte und Vierte Welt müssen diese tragischen Überlegungen mit einbeziehen.

Der wachsende sowjetische Einfluß in Zentralamerika über den sowjetischen Stellvertreter Kuba und über Nicaragua wurde zur Hauptsorge der Regierung Reagan. So war die Reaktion der amerikanischen Regierung auf die regionale Friedensinitiative der Contadora-Gruppe — Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama — vom 17. Juli 1983 ambivalent. Einerseits war die Regierung Reagan überzeugt, daß die Forderung der Contadora-Gruppe nach regionaler Zusammenarbeit zur Stabilisierung beitragen könnte. Andererseits forderte diese Initiative den Rückzug aller fremden Truppen aus der Region. Kubanischer Rückzug aus Nicaragua sowie Abzug der amerikanischen Militärberater aus El Salvador und Honduras sollten ebenso erreicht werden wie ein Stopp der Waffenlieferungen und eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Regierung Reagan befürchtete, daß die Respektierung des marxistischen Regimes in Nicaragua und der Rückzug eigener Militärberater aus El Salvador und Honduras zu erneuten Einflußverlusten der USA in der Region führen könnte. Glaubwürdigkeit und Prestige wurden somit zu wünschenswerten, aber schwer definierbaren Kriterien erhoben, die schon in Vietnam, im Iran, in Angola und anderswo weder den Status erhalten, noch Kompromißlösungen hervorbringen konnten.

Ob in El Salvador, in Guatemala und in Nicaragua wichtige strategische Interessen der Vereinigten Staaten auf dem Spiel stehen, hängt von der

präzisen Definition ihrer Interessen ab. Die Unge-
wißheit über die Weiterentwicklung in El Salva-
dor, Guatemala und in Nicaragua stellt die Regie-
rung Reagan vor schwere Entscheidungen. Ziele
sind die Beseitigung des kubanischen „Krebs-
geschwürs“ in der Region, die Vermeidung eines
Bürgerkrieges in Guatemala, die Neutralisierung
des revolutionären Regimes in Nicaragua sowie
freie Wahlen in El Salvador und Nicaragua. Falls
Nicaragua sich unter dem Regime der Sandinistas
weiter auf Kuba stützen sollte und zu einer Dreh-
scheibe marxistisch-revolutionären Einflusses in
Mittelamerika würde, entstünde für die USA auf
Dauer eine so prekäre Situation, daß militärische
Überlegungen für eine Lösung des Problems auf-
tauchen könnten. Gleichzeitig zwingt die elemen-
tare Verletzung der Menschenrechte in den mei-
sten mittelamerikanischen Staaten die Regierung
Reagan zu Zurückhaltung gegenüber den Militär-
regimes. Die Entwicklung in Nicaragua zeigt
aber, daß sich seit dem Sturz des Somoza-Regimes
nicht Freiheit, Demokratie und Pluralismus, nicht
ökonomischer Aufstieg, sondern totalitäre Ver-
härtung im Innern, staatliche Willkür, Schwarz-
markt und Kapitalflucht, gärende Unzufrieden-
heit über Arbeitslosigkeit, eine hohe Inflations-
rate sowie Unterdrückung ausbreiten.

Aber während Kennedy in seiner „Allianz für den
Fortschritt“ staatliche Initiativen betonte, setzte
Reagan auf die Kräfte des freien Marktes und der
privaten ökonomischen Initiativen. Präsident
Reagan betonte, daß die Wirtschaftshilfe der USA
die militärische Unterstützung für Staaten in La-
teinamerika um ein Fünffaches übersteigt. Gleich-
zeitig lehnte er eine politische Verhandlungslö-
sung in El Salvador ab. Nicht der Kompromiß,
sondern die Niederlage der Guerillas wird ge-
sucht. Reagan setzt auf den Faktor der militäri-
schen Macht.

Der Bericht der Kissinger-Kommission über Mit-
telamerika symbolisierte das Bestreben der Regie-
rung Reagan, ihre Lateinamerika-Politik zu dyna-
misieren und gleichzeitig auf eine breite innenpo-
litische Grundlage zu stellen. Sie folgte den we-
sentlichen Empfehlungen der Kissinger-Kommis-
sion und empfahl eine Wirtschaftshilfe in Höhe
von 5,9 Mrd. Dollar von 1985 bis 1989 sowie die
Ermächtigung, 2 Mrd. Dollar an Darlehen zu ge-
währen.

Selten ist im Kongreß so hartnäckig um eine so
verhältnismäßig geringe Summe gerungen wor-

den, wie um die von Präsident Reagan geforder-
ten 100 Millionen Dollar zur Unterstützung des
antisandinistischen Widerstands. Militärhilfe und
Intervention sind in den USA seit den Debakeln
der siebziger Jahre umstritten. Hinzu kommt, daß
die breite Öffentlichkeit keine klare Fronten er-
kennen kann. Nur 38 % der Bevölkerung der USA
konnte im April 1986 eindeutig beantworten, daß
die USA die Contras und nicht die Sandinisten
unterstützen. Auch über die Ziele und Methoden
der Contras gehen die Meinungen auseinander.
Seitdem die letzte Frist zur Unterzeichnung des
Vertrags über Frieden und Kooperation in Latein-
amerika am 6. Juli 1986 abgelaufen ist, siecht die
Contadora-Initiative vor sich hin. Die Gegensätze
zwischen Nicaragua und seinen Nachbarn schei-
nen unüberbrückbar. Ortegas 14-Punkte-Pro-
gramm zeigt deutlich, daß Nicaragua auf seine
militärische, besonders infanteristische Überle-
genheit nicht verzichten will. Dies wird von seinen
Nachbarn als Bedrohung angesehen.

Viele westeuropäische Parteien und Regierungen
spielen mit ihrer Kritik an der amerikanischen
Mittelamerika-Politik keine glückliche Rolle. In
Westeuropa herrscht ein übertriebener Glaube,
daß durch Förderung der sozialen Gerechtigkeit
die Probleme in Mittelamerika gelöst werden
könnten. Dabei werden die komplizierten Fragen
der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung,
aber auch die der Sicherheitsinteressen der USA
vernachlässigt. Nicht selten ist in der öffentlichen
Meinung sowie von manchen Regierungen in
Westeuropa ein USA-Bild vermittelt worden, das
Schwarz-Weiß-Malerei entspricht: Die USA sind
reaktionär, Lateinamerika ist revolutionär.

Ob die amerikanische Politik in Zentralamerika
eine neue kooperative Vision verwirklichen oder
neue, alptraumartige Verstrickungen bringen
wird, läßt sich nicht vorhersagen. Fest steht indes-
sen, daß die Regierung Reagan entschlossen ist,
revolutionäre Umwälzungen von links in einer
Sphäre, die sie seit Jahrhunderten traditionell
dem nordamerikanischen Einfluß zuordnet, nicht
zuzulassen. Dabei sieht die amerikanische Regie-
rung die Hauptgefahren für die Region sowohl in
den spezifischen sozialen Problemen der einzel-
nen Staaten als auch im kommunistischen Bazil-
lus, der durch die Sowjetunion sowie durch die
Stellvertreter Kuba und Nicaragua in die Länder
Lateinamerikas getragen werden könnte.

VI. Die Nahost-Politik der Regierung Reagan

Einen Wandel in der Nah- und Mittelost-Politik vollzog die Regierung Reagan nicht im Rückblick auf Camp David, sondern in der Erinnerung an das Debakel der USA im Iran. Hauptsäulen für das Konzept des strategischen Konsenses bildeten die Länder Israel, Ägypten und Saudi-Arabien, die als strategisches Bollwerk gegen den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten dienen und die Interessen der USA garantieren sollten. Während die USA sowjetischen Einfluß fürchten, sieht Israel jedoch im Unterschied zu den USA die Bedrohung durch die Araber als vorrangige Gefahr. Die Politik des strategischen Konsenses bot Israel eine Möglichkeit, die amerikanische Strategie eng an die eigenen Interessen zu binden.

Nach dem israelischen Angriff auf den irakischen Reaktor im Sommer 1981 hätte die Regierung Reagan indessen das offizielle Konzept des strategischen Konsenses gegenüber Israel neu überdenken müssen. Nicht Vertiefung der strategischen Beziehungen durch Abkommen, sondern Distanz und kritisches Einwirken auf den neuen aggressiven Kurs der israelischen Regierung wäre notwendig gewesen. Nach der Annexion Jerusalems am 30. September 1980, nach den Angriffen auf den Süd-Libanon und auf den irakischen Kernreaktor bedeutete die Annexion der Golan-Höhen einen weiteren schweren Schlag gegen den Camp-David-Friedensprozeß.

„Friede für Galiläa“ lautete das offizielle israelische und zunächst begrenzte Kriegsziel, als die Israelis am 6. Juni 1982 im Libanon einmarschierten. Sie überrannten syrische Truppen und zerstörten am 9. Juni die syrischen Luftabwehrraketen im Bekaa-Tal. Die Regierung Reagan hatte gegenüber der israelischen Invasion eine zunächst abwartende Position bezogen. Punktuelle Kritik am militärischen Vorgehen der Israelis kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die amerikanische Regierung stillschweigend einige zentrale politische Vorstellungen der Israelis teilte. Wie schon der Yom-Kippur-Krieg 1973, so erschien auch die Libanon-Krise 1982/83 als Schmelztiegel, um den Friedensprozeß neu zu formen. Auch sah die Regierung Reagan vielleicht eine Chance, daß durch die israelischen Aktionen die PLO an den Verhandlungstisch „gebombt werden könnte“. Aber die Lage im und um den Libanon entwickelte sich nicht im Sinne der amerikanischen oder israelischen Vorstellungen.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Nahost-Politik der Regierung Reagan in ihrer ersten Phase all das vernachlässigte, was Klugheit und Geschicklichkeit der amerikanischen Nahost-Politik der siebziger Jahre ausgemacht hatte. Statt dessen wurde mit dem Konzept des strategischen Konsenses die Interessenvielfalt der Staaten im Nahen und Mittleren Osten in ein völlig unangemessenes Korsett gepreßt.

Nixon, Ford und Carter verstanden Eindämmung primär als politisches Konzept, um die Konfliktherde in der Region einzudämmen und die USA an einer regionalen Friedensstruktur Schritt für Schritt mit umfassender Perspektive zu beteiligen. Die Regierung Reagan hingegen behandelte den Camp-David-Friedensprozeß wie auch arabische Friedensinitiativen mit Nachlässigkeit. Statt dessen bemühte sie sich um einen strategischen Konsens, der alle brisanten Konfliktformationen im Nahen Osten und der Golfregion einebnete und auf Supermachtsebene transformierte. Das komplizierte innerarabische Machtbalancesystem und der arabisch-israelische Konflikt wurden dabei ausgeblendet. In der Konsequenz wurde nicht die Sowjetunion, sondern es wurden die arabischen Staaten von der amerikanischen Politik abgeschreckt.

Mit seiner Initiative vom 1. September 1982 wollte Präsident Reagan den Friedensprozeß reaktivieren. Die Grundlage wurde durch den rechtlichen Rahmen und durch die politischen Perspektiven des Camp-David-Abkommens festgelegt. Es enthielt genügend Spielraum für alle Parteien, um in Verhandlungen einzutreten. Reagans Vorschläge waren deshalb auf Kompromiß zugeschnitten; Maximalpositionen sollten von allen Seiten aufgegeben werden:

— Die Palästinenser sollten die Existenz Israels, aber auch die Tatsache anerkennen, daß für einen eigenen souveränen Palästinenser-Staat kein Raum vorhanden ist. Statt dessen plädierte Reagan für die sogenannte Jordanische Option: Der endgültige Status der von Israel besetzten Gebiete müsse in Verhandlungen festgelegt werden. Es war die feste Absicht der USA, die Selbstregierung der Palästinenser auf der Westbank und im Gaza in Assoziation mit dem Königreich Jordanien anzustreben.

— Die Israelis sollten ihre Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten revidieren, weil diese das Haupthindernis bei der Suche nach einem Frieden darstellt. Sie wurden aufgefordert, in den besetzten Gebieten politische Autonomie, wie im Camp-David-Rahmen vorgesehen, schrittweise zu gewährleisten.

Ronald Reagan machte mit diesem Plan deutlich, daß er eine palästinensische Eigenstaatlichkeit ablehnt und eine nicht näher definierte Verbindung der palästinensischen Gebiete mit Jordanien anstrebt. Die sogenannte Jordanische Option ist insofern das herausragende Kontinuitätsmerkmal amerikanischer Nahost-Politik seit Beginn der siebziger Jahre. Mit seinem Vorschlag wollte Reagan die Idee des Camp-David-Friedensprozesses wieder aufgreifen. Weil dies genau den Punkt darstellt, den Begin mit allen Mitteln zu umgehen versuchte, wurde Reagans Vorschlag von der Regierung Begin scharf abgelehnt. Die Reaktionen auf arabischer Seite waren verhältnismäßig moderat: Die PLO verhielt sich nur begrenzt ablehnend, Jordanien griff den Vorschlag natürlich positiv auf, Ägypten unterstützte die amerikanischen Vorschläge, während Syrien sie eindeutig ablehnte.

Als sichtbare Reaktion auf Präsident Reagans Initiative kam es zu einem Dialog zwischen König Hussein und PLO-Chef Arafat. Diese Gespräche führten am 11. Februar 1985 zu einem Abkommen zwischen beiden; konkrete Ergebnisse blieben jedoch aus. Syrien, mit Unterstützung der Sowjetunion, lehnte das Ergebnis der Hussein-Arafat-Initiative eindeutig ab. Die Annäherung zwischen König Hussein und Assad, die beim Treffen in Damaskus Anfang 1986 erkennbar wurde, deutet an, daß Hussein derzeit nicht mehr auf Arafat setzt. Die Schließung von 25 Fatah-Büros in Amman im Juli 1986 bestätigt Husseins momentane Politik, bei Syrien und nicht bei Arafat Rückhalt für weitere Initiativen zu suchen. Käme es hierbei zu Fortschritten und gelänge ein gewisser Ausgleich auch zwischen Syrien und Ägypten, dann könnten sich in der Region selbst wieder neue Initiativen vorsichtig entwickeln.

Auch das Treffen zwischen König Hassan von Marokko und dem israelischen Regierungschef Peres im Juli 1986 deutete an, daß ein wenig Bewegung in die erstarrten Fronten zu kommen scheint. Der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Ende Juli 1986 im Nahen Osten könnte

auch darauf hinweisen, daß die Regierung Reagan wieder aktiver und sichtbarer das Geschehen mitgestalten möchte. Oder war Bushs Reise vorrangig auf die kommenden Präsidentschaftswahlen ausgerichtet?

Präsident Reagan hat jedenfalls auch im Nahen Osten nur noch wenig Zeit: Realistisch verbleiben ihm nur noch 15 Monate. So muß man nüchtern feststellen, daß er zu spät, viel zu spät die Initiative ergriffen hat. Eine konsequente und zähe Nahost-Diplomatie konnte damals — im September 1982 — leider nicht eingeleitet werden. Außerdem blieben die Prioritäten unglücklich gesetzt. Statt sich auf das Hauptproblem, die Westbank, zu konzentrieren, landeten die USA — gemeinsam mit Israel — im Libanon in einer Sackgasse. Vier Jahre diplomatischer Energie sowie das Ansehen und der Einfluß der USA im arabischen Lager gingen dabei verloren.

So stehen der amerikanischen Nahost-Politik heute weniger Optionen zur Verfügung. Vielmehr ist sie mit Dilemmata konfrontiert, die durch eigenen Dilettantismus verstärkt wurden. Die Struktur des Nahen Ostens, insbesondere die der arabischen Welt, hat sich als Interessenfeld der USA verändert. Seit der innerarabischen Polarisierung zwischen Ägypten und dessen Ablehnungsfront gibt es keine herausragende arabische Führungsmacht mehr wie zu Nassers Zeiten. In der Folge haben sich mehrere Machtzentren und Koalitionen herausgebildet, wobei Ägypten und Saudi-Arabien mit dem Golf-Rat eine, Syrien und die PLO sowie der Iran die zweite und Jordanien und der Irak die dritte Machtkoalition bilden. Aber das Machtssystem des Nahen Ostens ähnelt den Wanderdünen der Wüste.

Im übrigen haben die USA ihre eigene Stärke im Nahen und Mittleren Osten minimalisiert dargestellt und die der Sowjetunion nicht selten überhöht. Das Messen von Stärke mit militärischen Daten übersieht die relativ starke diplomatische, politische und ökonomische Macht der USA in der Region, die dank einer brillanten Nahost-Politik der siebziger Jahre von Nixon, Kissinger, Ford und Carter aufgebaut werden konnte. Nur geographisch und militärisch hat die Sowjetunion Vorteile. Trotz dieser beiden Nachteile haben die USA eine gute Ausgangsposition in einer Region, in der die Doktrin des Marxismus-Leninismus geringe Attraktivität besitzt. Sie haben diese gute Ausgangsposition dann, wenn sie sich diploma-

tisch und ökonomisch glaubwürdig um eine Maklerrolle bemühen und eine Politik der Abschreckung und Eindämmung nicht lautstark verkünden, sondern gelassen und flexibel anwenden. Die USA müssen auch im Nahen Osten wieder

lernen, nicht als militärischer Gigant, sondern als politische Großmacht zu handeln. Nur so können arabischer Radikalismus und sowjetische Einflußnahme eingedämmt, aber auch die Festungsmentalität der Israelis aufgebrochen werden.

VII. Die Regierung Reagan und Südafrika

Auch die Südafrika-Politik des ‚konstruktiven Engagements‘ der Regierung Reagan steht vor schwierigen Fragen. Reagan hat auf dem Hintergrund der innenpolitischen Polarisierung in Südafrika im Juli 1986 deutlich erklärt, daß er zwar die Apartheid ablehne, aber keine Sanktionen verhängen will. Er hat sich, wie schon im Falkland-Konflikt, mit der Regierung Thatcher klar solidarisiert und will sich nicht schneller oder weiter als die englische Regierung vordrängen. Anders als bei seiner Nahost- oder Lateinamerika-Politik wird Reagan in bezug auf Südafrika aber vom Kongreß gedrängt, Sanktionen zu verhängen. Der Senat und das Repräsentantenhaus sehen den Kampf gegen die Apartheid als Fortsetzung des Kampfes um Anerkennung der Bürgerrechte der Schwarzen in den USA, quasi als universalen Ausfluß der missionarischen Menschenrechtsdoktrin. Präsident Reagan sieht zusätzlich noch die strategische und geopolitische Bedeutung Südafrikas. Auch befürchtet er, daß der ANC (Afrikanischer National-Congress), um den sich die schwarze Opposition in Südafrika kristallisiert, wegen seiner kommunistischen Unterwanderung keine wünschenswerte Alternative darstellt.

So wird im Nahen Osten und in Südafrika vollends deutlich, daß die Außenpolitik der USA, nicht erst seit Ronald Reagan, allein kaum konstruktive, friedliche und demokratische Alternativen erzwingen kann, wenn innerhalb der betroffenen Region selbst Zerstrittenheit und Polarisierung dominieren. Wer heute einen realistischen Friedensplan für den Nahen Osten oder zum Abbau der Apartheid vorlegen will, arbeitet daher im Schatten von Sisyphus, — das Vergebliche ist mit inbegriffen. Sanktionen müssen dabei als problematisch angesehen werden. Sowohl die Regierung Botha als auch die Regierung Schamir/Peres bleiben letztlich nämlich von einer Festungsmentalität

beherrscht. Das, was abgeschafft (Apartheid) bzw. zurückgegeben werden soll (Westbank), gehört im Verständnis der dort Herrschenden zum unverzichtbaren Bestandteil ihrer staatlichen und gesellschaftspolitischen Existenz. Apartheid ist nicht nur ein historisch, ökonomisch, politisch und religiös geknüpftes Netz von Unterdrückung, sondern auch unverzichtbare Existenzphilosophie der Weißen. Die Forderung nach Abschaffung der Apartheid käme daher, auf die Bundesrepublik bezogen, der Forderung gleich, wir sollten auf Parlamentarismus und soziale Marktwirtschaft verzichten. Das Dilemma besteht darin, daß Apartheid ungerecht für die Schwarzen und unverzichtbar für die Weißen in Südafrika ist.

Weitere Dilemmata bestehen darin, daß die Schwarzen in Südafrika in sich zerstritten bleiben und die kompromißbereiten Kräfte in Israel und bei den Weißen in Südafrika nach wie vor eine Minderheit bilden. Südafrika ist außerdem nicht Rhodesien; die Buren am Kap bleiben trotz aller Widrigkeiten stur — auf Kosten der Interessen der Schwarzen. Kompromißbereitere Führer der Schwarzen, wie Zulu-Chef Buthelezi, gehen daher einen schweren Weg: Einerseits droht ihnen durch eine Welle der Radikalisierung bei den Schwarzen der Untergang, andererseits fehlen ihnen die kompromißbereiten weißen Ansprechpartner.

Beide Regionen verweisen auf die absurden und tragischen Elemente der Weltpolitik. Sie verdeutlichen damit zugleich, daß eine vertragliche Einkapselung von Problemen, wie in der Ost- und Deutschlandpolitik versucht, die Ausnahme darstellt. Die Regel bei ungelösten Problemen und Konflikten ist Gewalt und Krieg. Auch die USA als Weltmacht stehen mit ihrer Außenpolitik gegenüber Südafrika und gegenüber Israel und den radikalen arabischen Vertretern vor schier unlösbaren Problemen.

VIII. Zusammenfassung

Welchen abschließenden Satz wird die Geschichte für Ronald Reagan bereithalten? Vielleicht, daß er das Tor für eine Welt ohne Nuklearwaffen aufgestoßen hat, daß er den Kommunismus gestoppt hat, oder daß er Amerika ein neues Selbstwertgefühl gab? Das mag zutreffen; aber es scheint, als habe Ronald Reagan die Lösung der Probleme der USA aufgeschoben. Hat er die Notwendigkeit der außenpolitischen Anpassung der USA an die veränderten Bedingungen in der Allianz und im Ost-West-Verhältnis erkannt, oder hat er vielmehr auf Stärke gesetzt und umgekehrt die Anpassung der Politik aller anderen Staaten an die der USA gefordert? Letzteres scheint Reagans Politik eher zu charakterisieren. Seine Amtsperiode ist außenpolitisch atmosphärisch aufgeladen, aber substantiell eher belanglos gewesen. Das Verhältnis zur Sowjetunion wurde zum Teil bewußt vereist, außenpolitische Klugheit zeigte sich jedoch bei der Wahl des Zeitpunktes, die Dinge aufzutauen.

Es bleibt ein wenig Hoffnung, daß beim Gipfel Reagan/Gorbatschow, der für Ende des Jahres 1986 geplant ist, ein vernünftiger rüstungskontrollpolitischer Kompromiß erreicht wird. Aber die Aussichten sind dürftig.

Anpassung nach außen — an die neuen Gegebenheiten der internationalen Politik und die der sowjetischen Außenpolitik — ist gefordert. Die USA können nicht mehr, wie zur Hochzeit der Pax Americana der fünfziger Jahre, erwarten, daß sich ihnen der Rest der Welt anpaßt. Diese einmaligen Strukturbedingungen sind nicht wiederherstellbar, denn die Zeit der amerikanischen Überlegenheit ist unwiderruflich dahin. Umgekehrt müssen sich die USA selbst den außenpolitischen Bedingungen anpassen. Im Bündnisdreieck Westeuropa-USA-Japan sind sie primus inter pares geworden, müssen also die regionalen Eigenbedingungen stärker berücksichtigen. Und in den europäischen Entspannungslabyrinthen sollten sie

sich mit dem Beifahrersitz begnügen, denn die Tücken des Geländes sind den Europäern vertrauter. Gegenüber der Sowjetunion sollten im Verbund mit den Freunden Stärke und Verhandlungsbereitschaft parallel verfolgt werden.

Die Tatsache, daß die Regierung Reagan sich nicht in die Tradition der republikanischen Nixon/Kissinger-Außenpolitik gestellt hat, belastet die amerikanische Außenpolitik weiterhin mit folgender Hypothek: Es fehlt der historische, ja der philosophische Bezugspunkt. Vielmehr basierte die Außenpolitik der Regierung Reagan auf einer überholten Mischung von Ideologisierung und Kreuzzugsmentalität. Die Politik gegenüber der Dritten und Vierten Welt war zum Teil nicht ungeschickt: Vor den Küsten der USA mit Blick auf Lateinamerika haben die antikommunistische Komponente und das eigene Interesse deutlich Vorrang. In Richtung Asien über den Pazifik sind Reagans Überlegungen nicht ohne visionäre Kraft.

Unter globaler Perspektive gibt es eine negative Gemeinsamkeit zwischen den beiden Supermächten. Beiden ist es nicht gelungen, unter einer kooperativen Perspektive regionale oder globale Konflikte einzudämmen, weil gegenseitige Eindämmung Gemeinsamkeiten zu selten zugelassen hat. Aber der Rest der Welt will sich nicht vor die Wahl zwischen Pax Americana oder Weltkommunismus stellen lassen, sondern sucht mehr Distanz zu beiden. Diese Tendenz ist gefährlich.

Wir müssen bei aller Kritik an der amerikanischen Außenpolitik deutlich machen, daß wir in der Substanz solidarisch sind und uns keine Position der Äquidistanz erlauben können. Aufgrund der trennenden Werte zwischen Ost und West kann nicht Vertrauen, sondern nur eine gesunde Portion des Mißtrauens die Grundlage für eine realistische Sicherung der westlichen Interessen bilden.

Die „neue Agenda“ politischer Diskussion in den USA

I. Zentrale Themen der politischen Auseinandersetzung

Die politische Diskussion der achtziger Jahre in den USA hat ihren Ursprung in der „Umbruchphase“ der sechziger Jahre. In der Dekade zwischen 1965 und 1975 polarisierte sich die amerikanische Gesellschaft; der breite innen- und außenpolitische Konsens der Nachkriegsjahre zerbrach¹⁾. Eine extreme konservative Ideologie, die bereits als auf den „Müllhaufen der Geschichte“ relegiert und für politisch irrelevant erklärt worden war, wurde revitalisiert und zur definitionsmächtigen Kraft, die die Themen der politischen Auseinandersetzung bis in die Gegenwart bestimmt.

Die (prekäre) Einheit der Demokratischen Partei, seit Roosevelts Zeiten Träger und Befürworter einer „liberalen“ — im europäischen Sinne linksliberalen oder sozialdemokratischen — Programmatik zerbrach; die sogenannte New-Deal-Koalition, jene heterogene Koalition gesellschaftlicher Gruppen, die in der Großen Krise der dreißiger Jahre ihre Identifikation mit der Demokratischen Partei gefunden hatte, zerfaserte sich. Damit verlor die Demokratische Partei auf der nationalen Ebene die Fähigkeit, eine bundesweite Mehrheit von Wählern für ihren Präsidentschaftskandidaten zu mobilisieren. Im Kongreß, wo Demokratische Repräsentanten durch Anpassung an lokale Interessen und Konstellationen ihre Mehrheit lange Zeit bewahren konnten — im Senat büßte die Partei 1980 zum ersten Mal nach 30 Jahren ihre Mehrheitsposition ein, im Repräsentantenhaus besitzt sie sie bis heute —, verlosch ihr reformerischer Impuls, während in der Republikanischen Fraktion engagierte konservative Ideologen zunehmend an Gewicht gewannen²⁾.

Amerikanische Parteien sind primär auf die Funktion der Wählermobilisierung festgelegt. Ihre dezentralisierte, von Interessenvielfalt, lokalen und regionalen Bedürfnissen charakterisierte Struktur ermöglicht bundesweite Einheit nur zum Preis weitgehender ideologischer und programmatischer Offenheit. Föderalismus und horizontale Gewaltenteilung errichten Barrieren gegen einen innerparteilichen Diskussions- und Entscheidungsprozeß, der zu verbindlichen und durchsetzungsfähigen Beschlüssen führt. Die politisch kontroversen Diskussionen werden daher eher außerhalb der Parteien in den Medien und „single issue“-Organisationen geführt. Neue — vor allem konservative — „Think Tanks“, wie das American Enterprise Institute und die Heritage Foundation, wurden zu wichtigen politischen Ideenproduzenten für die öffentliche Diskussion. Die Diskussionen und Kontroversen setzen sich in den Parteigremien, Fraktionen und Verwaltungsstäben fort, führen zu Kompromissen und Koalitionen oft über Parteigrenzen hinweg.

Wenn auch diese amerikanischen Parteien ein Bild heterogener, oft fragmentierter, opportunistischer und pragmatischer „Volksparteien“ abgeben, so wäre es irreführend, sie als austauschbare Organisationen zu sehen, als leere Behälter, in die unterschiedslos Inhalte gefüllt werden können. Die Parteien sind Erben unterschiedlicher gesellschaftlicher Koalitionen und damit auch historischer Identifikationen mit spezifischen weltanschaulichen Perspektiven, einer spezifischen Perzeption von Problemen und Ansätzen zu deren Lösung³⁾.

¹⁾ James N. Rosenau/Ole R. Holsti, *American Leadership in a Shrinking World. The Breakdown of Consensus and the Emergence of Conflicting Belief Systems*, London 1984.

²⁾ Im 97. Kongreß (1981—1983) besaßen die ultrakonservativen Republikaner 107 Sitze im Repräsentantenhaus (55,7% ihrer Fraktion) und 34 Senatssitze (62,2% der Fraktion). Die Berechnung beruht auf einer

von A. James Reichley erarbeiteten Typologie; siehe A. James Reichley, *Conservatives in an Age of Change. The Nixon and Ford Administrations*, Washington, D. C., 1974, S. 80—83.

³⁾ Siehe Byron E. Shafer, *Continuity and Change, Predictability and Change in the Politics of Presidential Selection*, in: PS, 16 (1983) 4, S. 648—655.

So waren (und sind) die Repräsentanten und Aktivisten der Demokratischen Partei eindeutig weiter „links“ als die der Republikanischen Partei, wenn auch der Grad ideologisch-programmatischer Identifikation und der Abstand zwischen den Parteien regional sehr differiert⁴⁾. Unter der Präsidentschaft Johnsons konnten die liberalen Demokraten mit der Bürgerrechtsgesetzgebung, dem „Krieg gegen die Armut“ und den „Great Society“-Programmen^{4a)} Triumphe feiern. Zehn Jahre später fanden sie sich — und finden sich seither — in der intellektuellen und politischen Defensive, bemüht um „Schadensbegrenzung“ gegenüber einer massiven konservativen — ideologisch fundierten — Offensive, die in Präsident Reagan ihren wirkungsvollen Kommunikator gefunden hat.

Vereinfachend zusammengefaßt läßt sich dieser Wandel in der Parteienlandschaft der Vereinigten Staaten auf drei Entwicklungen zurückführen:

1. auf die Erschöpfung der „liberalen Agenda“ mit den großangelegten Reformmaßnahmen der sechziger Jahre;
2. auf die wachsende Unsicherheit — intellektuell wie operational — gegenüber der Möglichkeit, fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen mit Hilfe zentralistischer, unvermeidlich bürokratischer staatlicher Maßnahmen zu verwirklichen;
3. auf die Mobilisierung einer großen Mehrheit weißer Wähler zur Verteidigung der in der ameri-

kanischen politischen Kultur verankerten bürgerlichen und religiösen Werteordnung gegen perzipierte Bedrohungen durch die Verbreitung einer antibürgerlichen „Counter Culture“, und auf die amerikanische nationale Stärke und Weltmachtposition gegenüber einer als expansionistisch gesehenen Sowjetunion.

Diese Entwicklungen bilden den Hintergrund für die vehement geführten politischen Auseinandersetzungen, die auf drei Dimensionen zentriert sind:

1. die Rolle des Zentralstaates in der Regulierung der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Auswirkungen des ungehinderten Wettbewerbs im Markt;
2. die Bewahrung (oder Stärkung) der in der judeo-christlichen, protestantisch-bürgerlichen Tradition verankerten Institutionen und Werte;
3. die Position der USA gegenüber der Sowjetunion, den Ländern der Dritten Welt und der Organisation der Vereinten Nationen.

Eine vierte Dimension amerikanischer Politik, die mit den genannten vielfach in inhaltlicher Beziehung steht, und die zum Zerfall der New-Deal-Koalition beigetragen hat, ist die der Behandlung rassischer Minderheiten, besonders der schwarzen Bevölkerung. Ein wesentlicher Anstoß zur Veränderung der Wählerkonstellationen wurde durch die gouvernementalen Maßnahmen zu ihrer Integration und Förderung gegeben.

II. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

1. Wirtschaftspolitik

In den siebziger Jahren verlor die bis dahin dominante nachfrageorientierte „Keynesianische“ Wirtschaftspolitik ihre Erklärungskraft. Sie hatte die wirtschaftstheoretische Grundlage für die links-liberale Politik der Demokratischen Partei seit den Tagen des New Deal geliefert. Die Ende der sechziger Jahre beginnende Verschlechterung

der amerikanischen Ökonomie — geringes Wirtschaftswachstum, steigende Inflationsraten, unzureichende Kapitalbildung und abnehmende Produktivität —, gegen die die keynesianische Wirtschaftspolitik machtlos schien, führte zu einer zunehmenden Desillusionierung über die Möglichkeit und Wirksamkeit staatlicher Steuerung. Angesichts von „Stagflation“ — der Gleichzeitigkeit von Inflation und stagnierender Wirtschaftsentwicklung — sowie der Unfähigkeit, durch staatliche gesteuerte Investitionsspritzen Wirtschaftswachstum zu beleben, gewann eine konservative Kritik an Plausibilität, die jene staatlichen Eingriffe selbst für die negative Wirtschaftsentwicklung verantwortlich machte.

⁴⁾ S. William R. Shaffer, Party and Ideology in the U. S. House of Representatives, in: Western Political Quarterly, 35 (1982) 1, S. 92—106, hier S. 97.

^{4a)} Unter den „Great Society“-Programmen versteht man ein Bündel von sozialstaatlichen Maßnahmen, darunter Krankenvorsorge für Alte und Bedürftige (Medicare und Medicaid), Bildungs- und Ausbildungsbeihilfen, Projekte für die Erneuerung von Stadtkernen usw.

Was die konservativen Wirtschaftstheoretiker vereinte — bei allen Divergenzen ihrer theoretischen Erklärungsansätze —, war die Option für den freien Markt anstelle staatlicher Intervention als Mechanismus, der über Investition, Produktion und Verteilung entscheidet. Allerdings reichte, wie die achtziger Jahre zeigen sollten, dieser konservative wirtschaftspolitische Konsens nicht aus, um Konflikte, die aus der praktischen Übersetzung unterschiedlicher Theorien erwachsen, zu verhindern⁵⁾.

Vor allem standen sich Vertreter fiskalkonservativer, monetaristischer Positionen und „Supply Siders“, die einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik das Wort redeten, gegenüber. Die beiden befürworteten unterschiedliche, ja inkompatible Methoden zur Stimulierung von Wachstum und Vollbeschäftigung.

— Für Monetaristen und Fiskalkonservative ist die Bekämpfung der Inflation durch Beschränkung und Verstetigung der Geldmenge und durch einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorrangig, selbst wenn dies (zumindest kurzfristig) zur Schrumpfung der Wirtschaft und zu Rezession führt. Steuersenkungen sind — in ihrer Sicht — erst vertretbar, wenn durch Kürzungen der Staatsausgaben der entstandene Verlust an Staatseinkommen kompensiert wird.

— Die Theoretiker der „Supply Side Economics“ glaubten, durch radikale Senkung der steuerlichen Progression und vor allem der Spitzensätze Anreize für Unternehmer (und Arbeitnehmer) zu Investitionen und produktiven Anstrengungen zu schaffen. Damit sollte ein schnell wirkender Anstoß für Wirtschafts- und Produktionswachstum gegeben und durch erhöhtes Steueraufkommen (bei niedrigen Sätzen) der Einkommensverlust des Staates ausgeglichen werden. Haushaltsdefizite und Inflation waren für sie Probleme, die als Konsequenz von rapidem Wachstum durch „Befreiung der schöpferischen Unternehmertätigkeit“ beseitigt werden würden.

Die Diskussion zwischen diesen Positionen blieb nicht auf die theoretische Ebene beschränkt. Jeder der Ansätze hatte gravierende politische Dimensionen, war Ausdruck einer „Ideologie“ (im Marxschen Sinne), die interessenbedingt von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen als die

⁵⁾ Siehe dazu Klaus D. Frankenberger, Reaganomics: Wirtschaftspolitik zwischen Konsens und Konflikt im politischen Prozeß, in: Amerikastudien, 29 (1984) 4, S. 373—398.

richtige empfunden und vertreten wurde. Während Fiskalkonservatismus seine Unterstützer vorrangig in den Reihen der „Country Club“-Konservativen, den sozio-ökonomischen Oberschichten und Großunternehmern fand, appellierte die Lehre der „Supply Siders“ stärker an die Interessen kleinerer und mittlerer Unternehmer, die sich besonders durch bürokratische Kontrollen und hohe Steuersätze belastet fühlten.

Der „Supply Side“-Ansatz hatte den großen politischen Vorteil, eine Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation „ohne Schmerzen“ zu versprechen und durch seine populistische Note die antikeynesianische Wirtschaftspolitik mehrheitsfähig zu machen. Eine wachsende Kritik an der Steuerbelastung durch Bund und Einzelstaaten — signalisiert durch den Erfolg der „Proposition 13“ in Kalifornien⁶⁾ — schuf die Voraussetzungen für die Übernahme der „Supply Side“-Lehre durch Ronald Reagan als Kandidat der Republikanischen Partei und die Durchsetzung einer 25 %igen Einkommensteuerkürzung — mit breiter Unterstützung über Parteigrenzen hinweg — im ersten Jahr seiner Präsidentschaft.

Allerdings beendete dies keineswegs die Kontroverse um die „richtige“ (konservative) Wirtschaftspolitik. Im Beraterstab des Präsidenten wie im Kongreß und dem (unabhängigen) Vorstand der Federal Reserve Bank waren die Vertreter des „Fiskalkonservatismus“ gegenüber den „Supply Siders“ in der Übermacht, so daß in der vom Präsidenten verfolgten Wirtschaftspolitik die „reine Lehre“ der „Supply Side“-Theorie nicht verwirklicht — z. T. auch konterkariert — wurde.

Die Federal Reserve Bank, unter dem Vorsitz des von Präsident Carter ernannten Paul Volcker, betrieb eine Politik der monetaristischen Inflationsbekämpfung, um die Wirkung der inflationsfördernden Steuersenkungen und erhöhten Rüstungsausgaben zu kompensieren. Die inflationäre Welle wurde zwar dadurch gebrochen, aber auf Kosten einer schweren Rezession. Diese wiederum verringerte das Steueraufkommen, erzwang erhöhte Staatsausgaben für soziale Zwecke und trug damit zum durch erhöhte Rüstungsausgaben rapide wachsenden Haushaltsdefizit bei.

⁶⁾ Die Wähler Kaliforniens stimmten in einem Referendum mit großer Mehrheit einer Verfassungsänderung zu, durch die das Ansteigen von Steuersätzen auf Hauseigentum sowie Grund und Boden („property tax“) verhindert wurde; siehe David O. Sears/Jack Citrin, Tax Revolt. Something for Nothing in California, Cambridge (Mass.) — London, 1982.

Die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft ab 1982, die von vielen Experten auf die Konsequenzen einer (unbeabsichtigten) keynesianischen Wirtschaftspolitik der Defizitfinanzierung sowie auf den massiven Kapitalzufluß aus dem Ausland — angelockt durch den extrem hohen amerikanischen Zinssatz — zurückgeführt wurde, erlaubte es Präsident Reagan noch im Wahlkampf des Jahres 1984, den Aufstieg als Erfolg der „Supply Side Economics“ zu reklamieren und das Problem des Defizits vernachlässigen zu können. Die Diskussion in der Öffentlichkeit sowie in den Kongreßfraktionen konzentrierte sich in der Folgezeit indessen zunehmend auf die wachsende Staatsverschuldung, deren langfristige Auswirkungen besonders von den Fiskalkonservativen als äußerst bedrohlich perzipiert wurden. Teils aus parteitaktischer Überlegung, teils aus Überzeugung war auch ein Großteil der Demokraten auf die fiskalkonservative Linie eingeschwenkt und sprach sich nun für Steuererhöhungen (wie Mondale im Wahlkampf 1984) und Ausgabenkürzungen (vor allem im Rüstungshaushalt) aus.

Bereits 1982 war der Präsident gezwungen gewesen, widerwillig einer Steuererhöhung (allerdings nicht der Einkommensteuer) zuzustimmen, die einen Teil der durch die radikale Kürzung des Vorjahres verursachten Ausfälle gutmachen sollte. Die Abstimmung im Repräsentantenhaus für dieses Gesetz war erster Indikator für die Formierung einer parteienübergreifenden fiskalkonservativen Mehrheitskoalition, die sich der Fortsetzung von „Supply Side“-Experimenten widersetzte, der Defizitbekämpfung Vorrang gab und nach der Wahl von 1984 den Kongreß dominierte.

In einer außerordentlichen Maßnahme der Selbstdisziplinierung, deren Schicksal bis heute noch unklar ist, stimmte die Mehrheit beider Häuser 1985 für ein Gesetz, das sie auf das Ziel der vollkommenen Eliminierung des Haushaltsdefizits bis 1991 verpflichtete. Das Außerordentliche — und verfassungsmäßig Fragwürdige — dieser Gesetzgebung ist, daß sie einen Automatismus radikaler gleichmäßiger Kürzungen für alle Bereiche vorsieht, falls sich der Kongreß selbst nicht in seiner jährlichen Haushaltsgesetzgebung dem Ziel der Defizit-Eliminierung um eine a priori festgelegte Summe annähert⁷⁾.

⁷⁾ Das Gesetz ist unter dem Namen der zwei Republikanischen Sponsoren „Gramm-Rudman“ zu einem (furchterregenden) Teil des politischen Sprachschatzes

Auch die Demokratische Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus sah sich nicht imstande, dem Gesetzesvorschlag, der von den zwei fiskalkonservativen Republikanischen Senatoren Phil R. Gramm und Warren B. Rudman (und einem südstaatlichen Demokraten) lanciert worden war, ihre Zustimmung zu verweigern, hatte sie doch selbst entschieden für die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushaltes argumentiert. Allerdings konnte sie ihre Mehrheitsposition nutzen, um Modifikationen in der Vorlage zu erzwingen, die für ihre Klientel und ideologische Basis bedeutsam waren: Mehrere Programme zur Überwindung der Armut sowie die großen Gesundheitsprogramme („Medicare“ und „Medicaid“) wurden gänzlich oder größtenteils von automatischen Kürzungen ausgenommen. Geschützt wurden auch — das war zwischen den Fraktionen unstrittig — Altersrenten und Pensionen. Ferner — gegen den Widerstand des Präsidenten und des Verteidigungsministers — enthält die endgültige Fassung von „Gramm-Rudman“ die Verpflichtung, daß das Gesamtvolumen der erforderlichen automatischen Streichungen („Sequestration“) zur Hälfte durch Kürzungen im Rüstungshaushalt erreicht werden müsse. Die Agenda amerikanischer Wirtschaftspolitik wird somit zumindest für die nähere Zukunft unter dem Signum konservativer Opposition gegen eine Ausweitung des Sozialstaates und eine Erhöhung des Staatsanteils am Sozialprodukt — oder dessen Umverteilung zugunsten der unteren Schichten — stehen.

In die gleiche Richtung weist der noch nicht abgeschlossene Prozeß einer radikalen „Steuervereinfachung“. Der Vorschlag, der seine Initiatoren in beiden Parteien hatte, zielt darauf hin, die steuerliche Progression drastisch zu reduzieren und zu vereinfachen, untere Schichten gänzlich von Einkommensteuern zu befreien, die Spitzensätze radikal zu kürzen und fast alle Abschreibungsmöglichkeiten — damit „Schlupflöcher“ und „tax shelters“ — zu eliminieren. All dies soll — so das erklärte Ziel — die Gesamtsumme des Steueraufkommens nicht verändern („revenue neutral“)⁸⁾.

Dieser Entwurf ist stark von „Supply Side“-Denken geprägt, denn er basiert auf der Annahme, daß die radikale Vereinfachung des Steuersystems

geworden. Siehe Congressional Quarterly Weekly Report (im folgenden zitiert als CQWR), 43 (1985) 40, S. 1975—1978; 43 (1985) 45, S. 2267—2275; 43 (1985) 50, S. 2604—2611; 44 (1986) 6, S. 215—221.

⁸⁾ Siehe CQWR, 43 (1985) 51, S. 2705—2711; 44 (1985) 11, S. 591—594.

und die Eliminierung von Abschreibungsmöglichkeiten zukünftig Investitionen in rationale produktive Kanäle lenkt, anstatt sie durch steuerliche Fluchtstrategien bestimmen zu lassen. Viele Aspekte dieses Planes waren sehr umstritten; um Ausnahmen von der rigorosen Eliminierung der Abschreibungen, die viele Interessen und damit Interessengruppen gravierend berührt, wurde heftig gerungen. Insgesamt aber enthält der Steuerreformplan populistische Elemente — nämlich die Eliminierung der Lohn- und Einkommensteuer für die niedrigsten Einkommenschichten und die Erhöhung der Steuer auf „Corporations“ — und drückt damit gleichzeitig die Abwendung von der „liberal Agenda“ aus. Steuern dürfen in Zukunft weder als Instrument der Umverteilung oder Globalsteuerung dienen noch als differenziertes Instrumentarium zur Förderung — oder Behinderung — gesellschaftlicher Gruppen und ihrer Anliegen.

2. Entregulierung und Dezentralisierung

Bereits Mitte der siebziger Jahre gewann die Reaktion gegen das Anwachsen zentralstaatlicher Kontroll- und Regelungsagenturen und die unüberschaubare und teilweise widersprüchliche Flut von Verordnungen, die von den Programmen der „Great Society“ resultierten, an Boden. Auch von liberaler Seite wurde anerkannt, daß die Förderung von Wettbewerb und Effizienz durch Befreiung von bürokratischen Kontrollen konsumentenfreundlicher sein könnte als die Verstärkung des staatlichen Überwachungsapparates. Einige Schritte in diese Richtung — weitgehende Entregulierung des Luft- sowie des Eisenbahn- und Fernlastverkehrs auf der Straße — wurden bereits unter der Präsidentschaft Carters initiiert⁹⁾. Älteren Kontrollagenturen wie dem Civil Aeronautics Board (CAB) oder der Interstate Commerce Commission (ICC) wurde vorgeworfen, daß sie „Gefangene“ der zu überwachenden Industrien geworden seien und zum Nachteil des Publikums deren Kartellisierungstendenzen bestärkten, neueren (wie OSHA [Occupational Safety and Health Administration] oder EPA [Environmental Protection Agency]), daß sie durch die Vielzahl bürokratischer Vorschriften und einer grundsätzlich mißtrauischen Haltung gegenüber dem Unternehmertum unnötige Kosten verur-

sachten sowie Experimentierfreudigkeit und Wachstum hemmten.

Liberaler und Konservative unterschieden sich vor allem in der Einschätzung jener neueren „sozialen“ Regulierungs- und Kontrollmaßnahmen, die dem Konsumenten- oder Umweltschutz dienen, erhöhte Sicherheit am Arbeitsplatz garantieren sollten und die Nichtdiskriminierung rassischer Minderheiten überwachten. Die Versuche zur Entregulierung im „sozialen“ Bereich — ein besonderes Anliegen der Reagan-Administration und der betroffenen Wirtschaftszweige — fanden jedoch keine Unterstützung in der Öffentlichkeit und mobilisierten die resolute Opposition von Gewerkschaften, Umweltschutz- und Konsumentenverbänden usw. Der Druck dieser organisierten Interessen auf den Kongreß blockierte größtenteils die legislative Schwächung der Kontrollmechanismen. Weder der „Clean Air Protection Act“ noch die „Occupational Safety and Health Administration“ — beides bevorzugte Zielscheiben der konservativen Kritik — wurden auf dem Gesetzesweg in ihrer Effektivität geschwächt. Die Ernennung von engagierten Gegnern der Umweltschutzgesetzgebung zu deren Verwaltern führte zu heftigen politischen Konflikten, die in deren erzwungenem Rücktritt gipfelten¹⁰⁾. Durch Verringerung des Personalbestands und Anweisungen, Konflikt durch Kooperation zu ersetzen, veränderte sich das Verhältnis Staat-Wirtschaft vor allem klimatisch¹¹⁾. Dieser Einstellungswandel wird von den sogenannten „Neo-Liberalen“ in der Demokratischen Partei begrüßt. Auch sie wünschen, den staatlichen Kontrollapparat zu beschränken und die produktiven Kräfte der Wirtschaft freizusetzen¹²⁾.

Die Reagan-Administration hatte sich ebenfalls das Ziel gesetzt, den im New Deal einsetzenden und seit der „Great Society“-Periode beschleunigten Trend zur Zentralisierung von Sozialprogrammen in der Bundesregierung entscheidend umzukehren und die föderale, dezentralisierte Struktur des amerikanischen Systems erneut zu beleben.

¹⁰⁾ Siehe Congressional Quarterly Almanac (im folgenden zitiert als CQA), 1982, Washington, D. C., 1983, S. 451—455; ebda., 1983, S. 325, 332—334.

¹¹⁾ Siehe Perry D. Quick, Business: Reagan's Industrial Policy, in: John L. Palmer/Isabel V. Sawhill (Eds.), The Reagan Record. An Assessment of America's Changing Domestic Priorities, Cambridge (Mass.) 1984, S. 303—312.

¹²⁾ Siehe Randall Rothenberg, The Neo-Liberals. Creating the New American Politics, New York 1984, S. 46 f, 134—146.

⁹⁾ Siehe James Q. Wilson (Ed.), The Politics of Regulation, New York 1980, Introduction; Bradley Berman, Civil Aeronautics Board, in: ebda., bes. S. 96—104.

Hier handelte es sich jedoch nur vordergründig um eine abstrakte, verfassungspolitische Diskussion. Absicht war vielmehr, durch Rückverlagerung von Kompetenzen an die Einzelstaaten die Rolle des ausgleichenden und umverteilenden Sozialstaates zu schwächen, die Aufrechterhaltung bestehender Sozialprogramme zu erschweren und die Initiierung neuer Programme womöglich zu verhindern. Das unter Anleitung des Präsidenten erarbeitete Programm des „New Federalism“ sah einen Rückzug des Bundes bei gleichzeitiger Kürzung der Zuwendungen an die Einzelstaaten vor¹³):

— in einem ersten Schritt durch Umwandlung zweckgebundener Mittel („categorical grants“) in pauschale Zuweisungen („block grants“);

— in einem zweiten die Überantwortung fast aller Programme in den Bereichen Verkehr, Energie, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Berufsausbildung, Sozialhilfe usw. an die Einzelstaaten („turn-back“).

Als Konsequenzen der Umstrukturierung waren die Verstärkung der Disparitäten zwischen armen und reichen Staaten, die Verschärfung der Vertei-

lungskämpfe auf Einzelstaatsebene und die erneute Benachteiligung der in den Großstädten lebenden ärmeren Schichten abzusehen¹⁴).

Trotz der zugestandenen Reformbedürftigkeit des „unüberschaubaren Knäuels“ von Zuwendungsprogrammen, scheiterte der Präsident mit dem Plan einer radikalen Re-Föderalisierung. Nicht nur die Demokraten im Kongreß, sondern auch die — zum Teil Republikanischen — Gouverneure der Einzelstaaten widersetzten sich solchen drastischen Strukturveränderungen — besonders im Hinblick auf reduzierte Zuweisungen aus der Zentrale und die Befürchtung, daß die Umverteilung von Programmen und Ressourcen den Einzelstaaten unerfüllbare Aufgaben auferlegen würde. Am Widerstand der an vorhandenen Programmen interessierten Klienten, Politiker und Bürokraten brach sich der ideologisch motivierte Versuch drastischer Verringerungen der Staatsausgaben¹⁵. In beschränktem Maße allerdings konnten Kürzungen der Zuwendungen an Einzelstaaten und deren teilweise Konsolidierung in „Block grants“ den Trend zu zentralem Machtzuwachs umkehren.

III. „Social Issues“

Kein anderer Themenkomplex erregte so leidenschaftliche Auseinandersetzungen wie der der sogenannten social issues. Sie mobilisierten den Widerstand religiöser und wertekonservativer Gruppen

— gegen die durch Entscheidungen des Supreme Court geförderte Säkularisierung des öffentlichen Lebens;

— gegen den durch die „Counter Culture“ der sechziger Jahre sich ausbreitenden permissiven, individualistisch-hedonistischen Lebensstil;

— gegen die sich wandelnde Sexualmoral, die die lange dominanten christlich-puritanischen Vorstellungen in Frage stellte¹⁶).

¹³) Siehe Andreas Falke, *Der „New Federalism“: Reorganisation der Politikverflechtung oder konservative Strukturveränderung?*, in: *Amerikastudien*, 29 (1984) 4, S. 399—415.

¹⁴) Ebda.

¹⁵) Siehe auch George E. Peterson, *Federalism and the States; An Experiment in Decentralization*, in: John L. Palmer/Isabel V. Sawhill (Anm. 11), S. 217—259.

¹⁶) Siehe dazu Elisabeth Dröser, *Die Sehnsucht nach der Welt von gestern: Probleme des amerikanischen*

Für die „true believers“ geht es um religiös fundierte „Wahrheit“, um Prinzipien, die keine Abstriche erlauben^{16a}). Dies erklärt die Leidenschaftlichkeit der Diskussion, erklärt aber auch, warum sich Politiker in beiden Parteien, deren politisches Geschick häufig darin besteht, aus heterogenen Gruppierungen Mehrheitskoalitionen zu bilden, scheuen, Fragen zu thematisieren, die tiefe Gräben aufreißen und die pragmatische Befriedigung von Wählerbedürfnissen verhindern. Ein Thema wie Abtreibung polarisiert die Wählerschaft, erweckt leidenschaftliche Kontroverse, die den Abgeordneten dazu zwingen, eindeutig Stellung zu beziehen und damit potentielle Wähler vor den Kopf zu stoßen. Seine Bemühungen, durch praktische Arbeit im Wahlkreis, durch Ser-

Wertesystems, in: Jakob Schissler (Hrsg.), *Neokonservatismus in den USA. Eine Herausforderung*, Opladen 1983, S. 89—110.

^{16a}) Etwa 40 bis 45% der amerikanischen Bevölkerung werden aufgrund von Umfrageergebnissen als „orthodoxe“ Gläubige eingestuft (George Gallup, Jr. and David Poling, *The Search for America's Faith*, Nashville 1980).

viceleistungen, durch Kompromisse im Verteilungskampf seine Unterstützungsbasis zu verbreitern, werden dadurch zunichte gemacht. Themen kontroverser Art werden demnach primär von „single issue“-Organisationen aufgegriffen und gelangen letzten Endes in den Kongreß zur legislativen Behandlung. Da jedoch in der Vergangenheit die von einzelnen engagierten Vertretern (wie Senator Helms) im Kongreß verfochtenen Vorschläge meist von der Mehrheit nicht unterstützt wurden und auch Präsident Reagan nicht bereit war, deren Anliegen mehr als (gelegentlich) rhetorisch zu unterstützen, blieb die konservative „social issue“-Agenda weitgehend unerledigt.

Obwohl, wie bekannt, der Grad religiösen Bekenntnisses und religiöser Praxis in den USA weit höher liegt als in anderen westlichen Industrienationen, wirken dennoch Elemente der amerikanischen politischen Kultur wie des Verfassungssystems der staatlich-autoritären Verankerung eines christlichen Wertesystems entgegen:

— so das weitverbreitete Mißtrauen auch vieler religiöser Organisationen gegenüber staatlichen Normierungen, die zu Interventionen und damit Abhängigkeiten führen können;

— die hochgeschätzte Tradition der ungezwungenen, freiwilligen religiösen Partizipation;

— die ideologische Vielfalt innerhalb und zwischen kirchlichen — christlichen wie jüdischen — Organisationen, die keineswegs einhellig konservative Wertpositionen beziehen;

— die traditionelle Überzeugung von vielen Gläubigen — vor allem auch von „Evangelicals“ —, daß es nicht Rolle ihrer Kirchen sei, sich in weltlichen, politischen Fragen zu engagieren und die nicht bereit sind, den politischen Empfehlungen ihrer Pfarrer oder Priester zu folgen.

Ein Konsens besteht, wie Meinungsumfragen wiederholt gezeigt haben, bei den meisten der heiß umstrittenen Fragen — so z. B. der Schwangerschaftsunterbrechung — nicht. Auch hat sich erwiesen, daß nur ein kleiner Teil der Wählerschaft die Stimmabgabe für oder gegen einen Politiker von dessen Position bezüglich der „social issues“ bestimmen läßt, so daß die Mobilisierungseffektivität der in den religiös-moralischen „social issues“ engagierten Organisationen beschränkt bleibt¹⁷⁾.

¹⁷⁾ Siehe William Schneider, *The November 4 Vote for President: What Did It Mean?*, in: Austin Ranney (Ed.), *The American Elections of 1980*, Washington, D. C. —

Die heftigste Kontroverse wurde durch die Entscheidung des Supreme Court von 1973 ausgelöst, in der der Schwangerschaftsabbruch in den ersten sechs Monaten zu einem durch die Verfassung geschützten Grundrecht erklärt worden war¹⁸⁾ und die in den meisten Einzelstaaten bis dahin bestehenden Verbote oder Einschränkungen außer Kraft gesetzt worden waren. Die populistische „New Right“ sowie die unter ihrem Anstoß organisierte „New Christian Right“ und die Hierarchie der Katholischen Kirche machten diese Regelung zum zentralen Angriffspunkt ihrer Agitation. Einen beschränkten Erfolg hatten die Abtreibungsgegner mit dem sogenannten Hyde-Amendment errungen, das die Vergabe von Bundesmitteln für Schwangerschaftsabbrüche — von Ausnahmen abgesehen — untersagte, was besonders die zu „Medicaid“ berechtigten Sozialhilfeempfänger traf¹⁹⁾. Doch Versuche im Kongreß, die Entscheidung des Supreme Court aufzuheben, Abtreibung — wie es Senator Helms wünschte — als Mord zu deklarieren oder — wie der liberale katholische Demokratische Senator Eagleton vorschlug — den *Status quo ante* herzustellen, also die Regelung des Schwangerschaftsabbruches wieder den Einzelstaaten zu überlassen, scheiterten an fehlenden Mehrheiten im Senat²⁰⁾.

Seitdem der Supreme Court Anfang der sechziger Jahre die weitverbreitete Praxis, den Schulalltag mit einem Gebet oder einer Bibellesung zu beginnen, als verfassungswidrig untersagt hatte²¹⁾, ist die Agitation gegen diese Entscheidung nicht abgebrochen. Obwohl die Neue Rechte in diesem Fall mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung für die Wiedereinführung des Schulgebetes rechnen kann, ist es ihr bisher nicht gelungen, die notwendige verfassungsändernde Mehrheit zu mobilisieren²²⁾.

Erneut ist auch die von protestantischen Fundamentalisten initiierte Diskussion um die Wissenschaftlichkeit der Darwinschen Evolutionstheorie ausgebrochen. Es geht dabei nicht mehr, wie vor

London 1981, S. 212—262, hier S. 235—236; siehe Kurt L. Shell, *Die ‚Neue Rechte‘ und die Reagan Administration*, in: *Amerikastudien*, 24 (1984) 4, S. 417—437, hier S. 428—430.

¹⁸⁾ *Roe v. Wade*, 410 U. S. 113 (1973).

¹⁹⁾ Umstritten war immer wieder die Ausnahmeliste: Mißbildung des Fötus, Schwangerschaft durch Vergewaltigung, Gefährdung der Gesundheit der Mutter usw. Siehe Elisabeth Dröser (Anm. 16), S. 99.

²⁰⁾ Siehe CQA, 1983, S. 306—311.

²¹⁾ *Engel et al. v. Vitale*, 370 U. S. 421 (1962), *Abington School District v. Schempp*, 374 U. S. 203 (1963).

²²⁾ CQA, 1982, S. 405.

einem halben Jahrhundert, um das Verbot dieser Theorie, sondern um die Forderung, daß sie im Schulunterricht — als bloße Hypothese — der *creation science*, d. h. der von der Bibel gelehrten Schöpfungsgeschichte, gegenübergestellt werden müsse. Dies ein Teil eines breiten konservativen Angriffs auf die von einem liberalen Bildungsestablishment verbreitete Weltanschauung des kulturelrelativistischen „secular humanism“, der für den Verfall amerikanischer Werte und Sitten verantwortlich gemacht wird.

Die Agitation erhält Nahrung durch den fast vollständigen Abbau von Barrieren gegen Darstellun-

gen von „Sex“ und Gewalttätigkeiten in Film, Fernsehen und Druckerzeugnissen, was ebenfalls durch Änderungen in der Rechtsprechung des Supreme Court wie auch durch das von liberalen Eliten in den Metropolen geförderte Klima der „permissiveness“ bewirkt wurde²³). Die populistische Mobilisierung traditioneller Werthaltungen gegen „aufgeklärte“ Eliten der Großstädte und Universitäten wird durch die föderale, fragmentierte Struktur der Parteien ermöglicht und gefördert. Die „Gegenreformation“ erringt dadurch lokale und regionale Triumphe, wenn ihr auch auf Bundesebene die ersehnten Erfolge verwehrt geblieben sind.

IV. Rassendiskriminierung und Rassenintegration

Der Kampf für die (formale) Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung erscheint entschieden. Offener Rassismus, der noch in den sechziger Jahren ein virulenter Gegenstand politischer Konflikte — vor allem in den Südstaaten ein Rezept für Wahlerfolge — war, ist fast völlig aus der politischen Arena verschwunden. Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit mögen dies belegen: die Verlängerung des Wahlrechtsgesetzes von 1965 und die Erklärung des Geburtstages von Martin Luther King zum nationalen Feiertag. Das Wahlrechtsgesetz von 1965 hatte jene Einzelstaaten, in denen Schwarze an der Ausübung des Wahlrechts gehindert worden waren, unter rigorose Bundeskontrolle gestellt. Zwanzig Jahre später lag die Wahlbeteiligung der Schwarzen — auch im Süden — nicht signifikant unter der entsprechenden weißen Schichten. Konservative Politiker in beiden Parteien agitierten für eine Verringerung der Auflagen, als die erforderliche Verlängerung des Gesetzes diskutiert wurde. In Verfolgung seiner Strategie, die auf Formierung einer breiten konservativen Koalition zwischen Südstaatlern und nördlichen Republikanern hinführt, hatte Präsident Reagan sich ursprünglich für erleichternde Modifikationen eingesetzt. Der Widerstand war jedoch so entschieden, daß der Kongreß das Gesetz mit überwältigender Mehrheit ohne Abschwächung um 25 Jahre verlängerte — und der Präsident sich beeilte, dies als eigenen Erfolg zu reklamieren²⁴).

Die Symbolkraft eines vom Kongreß deklarierten Martin Luther King-Feiertages ist besonders signifikant, wenn bedacht wird, daß die Ehre eines eigenen Gedenktages bis dahin nur zwei anderen Amerikanern — dem Gründervater Washington und dem „Martyrerpräsidenten“ Lincoln — zuteil wurde. Der Kampf gegen die Ehrung Kings — angeführt von Senator Helms (aus North Carolina) — ging verloren, weil die Mehrheit des Kongresses offensichtlich ein Signal für die Abkehr vom Rassismus der Vergangenheit setzen wollte. Das gilt selbst für die Südstaaten, denn nur einer der Demokratischen Senatoren aus dem Süden stimmte gegen das Gesetz²⁵); hierin zeigt sich ein Wandel, der nicht durch die politische Macht der organisierten Schwarzen erklärt werden kann, sondern offensichtlich eine profunde Einstellungsveränderung der amerikanischen Gesellschaft reflektiert²⁶).

Die heftigen politischen Kontroversen zentrierten sich um eine andere Problematik als die der rechtlichen Gleichstellung oder der Beendigung offizieller Rassendiskriminierung, denn das „amerikanische Credo“ fordert eine „farbenblinde Gesellschaft“, in der Rasse kein Kriterium der rechtlichen Unterscheidung bilden dürfe. Die politische Kultur Amerikas enthält zudem das meritokratische Prinzip der Chancengleichheit, der Belohnung gemäß der Leistung oder dem Erfolg am

²³) Siehe Elisabeth Dröser (Anm. 16), S. 103—105.

²⁴) Siehe CQA, 1982, S. 373—377.

²⁵) Siehe CQA, 1983, S. 600.

²⁶) Siehe Howard Schumm/Charlotte Stech/Lawrence Bobo, *Racial Attitudes in America. Trends and Interpretations*, Cambridge (Mass.) 1985.

Markt²⁷). Solange der Kampf der Bürgerrechtsbewegung sich auf die Realisierung dieser Prinzipien konzentrierte, bestand ein breites Bündnis zwischen weißen Liberalen und Schwarzen. Mit Hilfe der Entscheidungen des Supreme Court in den fünfziger Jahren und der Bürgerrechtsgesetzgebung von 1964/65 war ihr Kampf erfolgreich.

„Desegregation“ — die Beendigung offizieller staatlicher Rassentrennung — erschien jedoch unzureichend. Der Supreme Court schritt fort zur Forderung nach „Integration“²⁸) — in Schulen, sozialem Wohnungsbau usw. —, und das bedeutete: staatlicher Zwang zur Überwindung gesellschaftlicher (durch Klassenzugehörigkeit und Ethnizität bedingter) Segregationstendenzen. Der Zwangstransport von Schülern zur Herstellung „rassisch ausgeglichener“ Schulklassen („Busing“) wurde zum Gegenstand gewaltsamer Auseinandersetzung und zum Alptraum der Kommunalpolitiker im Norden wie im Süden. Vor allem in den Großstädten führte das „Busing“ zur Flucht von Weißen in die Vororte sowie zur Vermehrung von Privatschulen, die vornehmlich von Kindern der Mittel- und Oberschichten besucht wurden. Mitglieder der unteren Mittelschicht und Arbeiterklasse, denen diese Möglichkeiten nicht offenstanden, entwickelten vielfach heftige Antagonismen gegen weiße liberale Eliten und Abwehrreaktionen gegen Schwarze der Unterschicht, die sie für „Verslumung“ und steigende Gewaltkriminalität verantwortlich machten²⁹).

Die Abwendung eines Teils der weißen Mittel- und Unterschichten von der Demokratischen Partei, die gerade Anfang der siebziger Jahre unter die Dominanz der an Minderheiten orientierten „Neuen Politik“ geriet, war ein wesentlicher Faktor im Auseinanderfallen der alten New-Deal-Koalition. Zweifel an der positiven Wirkung der Zwangsintegration, aber auch veränderte Einstellungen zu „Integration“ seitens der schwarzen Bevölkerung haben inzwischen dem „Busing“ viel von seinem Impetus und seiner Explosivkraft genommen, so daß es in den Jahren der Reagan-Prä-

sidentschaft kaum Anlaß zu legislativen oder verwaltungstechnischen Vorstößen gab, das Programm voranzutreiben.

Das gleiche gilt, in gewissem Maße, für ein zweites, äußerst kontroverses Thema: die Einführung der „Affirmative Action“-Programme, die die Diskriminierung von rassistischen Minderheiten und Frauen am Arbeitsplatz und in der Ausbildung beenden sollten. Zentraler Punkt der politischen und verfassungsrechtlichen Diskussion war der auf Verordnungen der Regierung beruhende Versuch, subtile Formen der Diskriminierung durch „Quoten“ zu überwinden, d. h. einstellende Betriebe, Behörden oder Ausbildungsstätten (inklusive Universitäten) gesetzlich zu verpflichten, eine feste Zahl von Angehörigen der diskriminierten Gruppen einzustellen oder zuzulassen, auch wenn dadurch Mitglieder der (weißen — männlichen) Mehrheit — auch solche, die nach üblichen objektiven Kriterien (Tests) besser qualifiziert waren — benachteiligt wurden.

Diese „umgekehrte“ — euphemistisch „wohlwollende“ — Diskriminierung stellte erneut die „Farbenblindheit“ der Verfassung in Frage, machte Rassen- und Geschlechtszugehörigkeit zur rechtlichen Klassifikationsgrundlage und verletzte das Prinzip der individuellen Chancengleichheit sowie das Leistungsprinzip. Es waren gerade Mitglieder der einstmals diskriminierten Minderheiten — vor allem Juden, aber auch „Ethnics“ (Italiener, Polen, Griechen usw.) —, die energisch gegen die gruppenspezifische Bevorzugung der Schwarzen protestierten und — dies galt vor allem für die Universitäten — die Aushöhlung des Leistungsprinzips beklagten³⁰). Der Supreme Court, der wiederholt zu der verfassungsrechtlichen Problematik von Quotenregelungen Stellung nehmen mußte, zeigte sich durch die Widersprüchlichkeit der Problemlage verunsichert und kam zu keiner eindeutigen Aussage. Spezifisch auf Rassenzugehörigkeit beruhende Quoten hielt er in der Regel für verfassungswidrig; Rassenzugehörigkeit als ein Auswahlkriterium erklärte er jedoch für zulässig³¹).

³⁰) Siehe z. B. Nathan Glazer, *Affirmative Discrimination. Ethnic Inequality and Public Policy*, New York 1975.

³¹) *De Funis v. Odegard*, 416 U. S. 312 (1974); *Regents of the University of California v. Bakke*, 438 U. S. 265 (1978); *United Steelworkers of America v. Weber*, 443 U. S. 193 (1979); siehe Paul Brest, *Race Discrimination*, in: Vincent Blasi (Ed.), *The Burger Court. The Counter-Revolution that Wasn't*, New Haven—London 1983, S. 124—131.

²⁷) Gunner Myrdal, *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*, New York—London 1944, Kap. 1.

²⁸) Siehe *Green v. County School Board of New Kent County*, 391 U. S. 430 (1968).

²⁹) Siehe z. B. Jenel Bellush/Stephen M. David, *Race and Politics in New York City. Five Studies in Policy-Making*, New York u. a. 1971; Mario Cuomo, *Forest Hills Diary. The Crisis of Low-Income Housing*, New York 1974; Donald I. Warren, *The Radical Center: Middle Americans and the Politics of Alienation*, Notre Dame (Ind.) 1976.

Obwohl Entscheidungen über Einstellungen, Beförderungen oder Entlassungen immer wieder rechtliche und politische Konflikte verursachen — oft tangieren sie angestammte und vertraglich verankerte gewerkschaftliche Regelungen³²⁾ —, ist im letzten Jahrzehnt ein *modus vivendi* gefunden worden, der für die meisten der Betroffenen akzeptabel erscheint. Der Reagan-Administration, die aus ideologischen und politischen Gründen alle gruppenspezifischen Präferenzen ablehnt, ist es jedoch nicht gelungen, auf dem Verwaltungsweg die bestehenden Programme abzuschaffen. Ein Vorstoß in dieser Richtung, initiiert vom ultra-konservativen Justizminister Meese, war angesichts des Widerstandes auch seitens privater und öffentlicher Arbeitgeber im Kabinett nicht mehrheitsfähig und wurde zurückgestellt³³⁾.

Die liberale und „aktivistische“ Rechtsprechung, die den Supreme Court seit Mitte der fünfziger Jahre charakterisierte und die sich auch nach der Ernennung konservativer Richter durch Republikanische Präsidenten nicht wesentlich änderte³⁴⁾, hat das Gericht wiederholt zur Zielscheibe heftiger politischer Angriffe gemacht. In Umkehrung der Situation der dreißiger Jahre, als „die Linke“ den Supreme Court wegen seiner konservativen, laissez-faire orientierten, reformfeindlichen Ent-

scheidungen als anti-demokratisch bekämpfte, sind es in den letzten Jahrzehnten die Ultrakonservativen, die sich in ihren Angriffen auf den Court populistischer, radikal-demokratischer Argumente bedienen. Ihre Hauptthese ist, daß das Gericht durch eine äußerst „breite“ — einseitig politische — Interpretation der Verfassung die Intentionen der Gründungsväter verfälscht und den politischen Entscheidungsprozeß von den demokratisch legitimierten Organen des Bundes und der Einzelstaaten zur Judikative verlagert hätte.

In der Tat ist der Supreme Court das wichtigste Instrument der Anpassung — oder, wie in der Periode 1880 bis 1936, der Verhinderung der Anpassung — der amerikanischen Verfassung an veränderte gesellschaftliche Bedingungen gewesen. Er hat so unvermeidlich eine eminente politische Rolle gespielt und damit zu politischen Kontroversen Anlaß gegeben. Allerdings ist er in der Breite und Gewagtheit seiner Interpretationen — ein Beispiel wäre die „Abtreibungsentscheidung“, in der ein neues, in der Verfassung nicht erwähntes Grundrecht konstituiert wurde — sehr weit gegangen, und zwar auch in Gegenstandsbereichen, wo er sich häufig im Widerspruch zu empirisch feststellbaren Mehrheiten im Kongreß und der Öffentlichkeit befand³⁵⁾.

V. Außen- und Sicherheitspolitik

In der Diskussion um Amerikas Außen- und Sicherheitspolitik spielen die Parteien und Fraktionen als solche eine untergeordnete Rolle. Die Détente-Politik der Republikanischen Nixon-Kissinger-Ära schuf einen Riß in beiden Parteien: Eine neue Koalition entwickelte sich zwischen Republikanern des Goldwaterflügels und Demokraten, die Entspannung mit „Appeasement“ gleichsetzten.

Demokratische „Neo-Konservative“ — im Kongreß angeführt von Senator Jackson, in der Öffentlichkeit vertreten durch eine Gruppe ex-libe-

raler Literaten und Akademiker³⁶⁾ — bekämpften Détente als „moralische Abrüstung“, die den im Gefolge des Vietnamkrieges perzipierten Neo-Isolationismus zu verstärken drohte. Dies erschien ihnen als Bruch mit der antikommunistischen Eindämmungspolitik, die von allen Demokratischen Präsidenten seit Ende des Krieges vertreten worden war³⁷⁾. Mit der Nominierung von George McGovern, Vertreter der „Neuen Politik“, hatte, wie sie meinten, diese neo-isolationistische Perspektive die Demokratische Partei erobert.

In den darauffolgenden Jahren formierte sich die Widerstandsfront in und zwischen den Parteien, deren Ziel die Wiederherstellung des nationalen

³²⁾ Siehe George F. Will, Discrimination: U. S. Court Gets Tangled in Split Hairs, in: International Herald Tribune (IHT) vom 26. Mai 1986, S. 5.

³³⁾ Siehe IHT vom 24.—25. Mai 1986, S. 6.

³⁴⁾ Sechs der neun gegenwärtigen Mitglieder des Supreme Court wurden seit 1970 ernannt: vier von Präsident Nixon, einer von Präsident Ford und einer — die erste Frau — von Präsident Reagan.

³⁵⁾ Siehe Robert H. Birkby, The Court and Public Policy, Washington, D. C., 1983.

³⁶⁾ Siehe Peter Steinfels, The Neo Conservatives. The Men who are changing America's Politics, New York 1979.

³⁷⁾ Siehe Horst Dippel, Heroismus zu später Stunde? Die außenpolitischen Vorstellungen der Neokonservativen, in: Jakob Schissler (Hrsg.) (Anm. 16), S. 111—150.

Selbstvertrauens und einer „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion war³⁸). Gegen den Widerstand Kissingers konnten sie schon 1974 das sogenannte Jackson-Vanik-Amendment³⁹ durchsetzen, das die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Handelsabkommen mit der Sowjetunion von deren Liberalisierung der Auswanderungsbestimmungen (primär jüdischer Emigranten) abhängig machte³⁹).

Die wachsende Stärke der konservativen Entspannungsgegner zeigte sich in den folgenden Jahren u. a. in der Herausforderung des amtierenden Präsidenten Ford durch den Vertreter des rechten Flügels der Republikanischen Partei im Wahlkampf 1976, die Ford dazu zwang, den Begriff der „Entspannung“ aus seiner Wahlkampfrhetorik zu streichen. Sie zeigte sich des weiteren im zähen, nationalistische und anti-kommunistische Emotionen mobilisierenden Kampf gegen das von Präsident Carter unterzeichnete, von Republikanischen wie Demokratischen Regierungen langwierig ausgehandelte Panama-Kanal-Abkommen, das letztlich nur mit der knappsten notwendigen Stimmzahl im Senat ratifiziert wurde⁴⁰).

Die überparteiliche rüstungskonservative Koalition organisierte sich wirkungsvoll im *Committee on the Present Danger*, dem anerkannte Experten wie Paul Nitze und der ehemalige Demokratische Außenminister (Dean Rusk) angehörten. Ihr Einfluß auf Kongreß und Öffentlichkeit verstärkte die Perzeption eines wachsenden militärischen Ungleichgewichts zuungunsten der USA und der daraus folgenden Bedrohung für ihre und ihrer Verbündeten Sicherheit. Die sowjetische Invasion Afghanistans sowie die iranische Geiselnahme erweckten den Eindruck amerikanischer Hilflosigkeit und unterstützten die Argumentation derjenigen in beiden Parteien, die auf der Rückkehr zu einer „Politik der Stärke“ mit eindeutiger Stellung gegen die perzipierten globalen Expansionsbestrebungen der Sowjetunion bestanden.

Die Abwendung von einer Politik, die den Ost-West-Konflikt zunehmend der Nord-Süd-Problematik untergeordnet hatte und die die Reduzie-

rung des Rüstungshaushaltes zugunsten sozialpolitischer Ausgaben — begonnen in der Ära Nixon-Kissinger — begünstigte, wurde bereits von Präsident Carter vorgenommen⁴¹).

So waren die Steigerung des Verteidigungsbudgets um jährlich 5%, die Initiierung des ambitionierten MX-Programms und der Entschluß, den heftig kritisierten SALT II-Vertrag aus dem Senat zurückzuziehen⁴²) ebenso wie das Weizenembargo und der Boykott der Moskauer Olympischen Spiele Ausdruck dieser Wende.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Reagan-Administration bildet im wesentlichen eine Fortsetzung dieses Kurses, wenn auch mit Akzentsetzungen und Verschärfungen, die die Frage aufwerfen, ob es sich hierbei um einen Umschlag von Quantität in Qualität handelt. Zwar finden die Diskussionen im Rahmen eines weitgehend wiederhergestellten breiten Konsenses statt, der liberale Optionen wie eine Verringerung des Rüstungshaushaltes oder Konzessionen an die Sowjetunion ausschließt. Dennoch bleibt jener Konsens formelhaft und ermöglicht daher einen breiten Spielraum für Kontroversen über Inhalte und Implementation. Der Konsens ist beschränkt auf die Notwendigkeit von „Stärke“ und (zumindest) „Gleichgewicht“ im Verhältnis zur Sowjetunion sowie konkret darauf, Expansion des sowjetkommunistischen Machtbereiches, vor allem in der westlichen Hemisphäre, zu verhindern. Konflikte bleiben indessen bestehen zwischen Ideologen, die eine Konfrontationspolitik mit der Sowjetunion befürworten, mit dem Ziel, letztlich „das Imperium des Bösen“ zu destabilisieren und zurückzudrängen⁴³), und Pragmatikern, die durch Wiederherstellung des Gleichgewichts die friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion für möglich und wünschenswert halten.

Die Rhetorik des Präsidenten oszilliert zwischen diesen Positionen — sein Beraterkreis setzt sich aus Vertretern beider Lager zusammen —, während er in seinem politischen Handeln aus bündnispolitischen Gründen oder gezwungen durch starke Gegenkräfte im Kongreß — vor allem der Demokratischen Opposition im Repräsentanten-

³⁸) Siehe Ernst-Otto Czempel, Von der Parität zur Superiorität: Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: ders. (Hrsg.), Amerikanische Außenpolitik im Wandel, Stuttgart u. a. 1982, S. 18—41.

³⁹) Siehe Jakob Schissler, Weltordnungspolitik oder Konfrontation: Menschenrechte, in: Ernst-Otto Czempel (Hrsg.) (Anm. 38), S. 69—92, hier S. 77—78.

⁴⁰) Siehe CQA, 1978, S. 394—397.

⁴¹) Siehe Ernst-Otto Czempel (Anm. 38), S. 23—24.

⁴²) Siehe Bernd W. Kubbig, Gleichgewicht oder Überlegenheit. Amerikanische Rüstungskontrollpolitik und das Scheitern von SALT II, Frankfurt/Main—New York 1984.

⁴³) Siehe Norman Podhoretz, The Reagan Road to Détente, in: Foreign Affairs, 63 (1984) 3.

haus — meist einen auf Ausgleich gerichteten Kurs verfolgt⁴⁴). So werden

— die Aufhebung des Weizenembargos in Einlösung eines Wahlkampfversprechens an amerikanische Farmer,

— die Zurücknahme der angedrohten Sanktionen gegenüber europäischen und amerikanischen Firmen im Falle des Erdgasabkommens mit der Sowjetunion,

— die vorsichtige Reaktion auf die Erklärung des Ausnahmezustandes in Polen,

— der Abzug der „Marines“ aus dem Libanon als Reaktion auf den arabischen Terroranschlag und vor allem

— die Bereitschaft zu erneuten Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion sowie die Einhaltung der Bestimmungen des nicht ratifizierten SALT II-Abkommens über mehrere Jahre — von Reagan im Wahlkampf als „fatally flawed“ verurteilt —

von den ideologischen Rechten kritisiert als Rückkehr zu einer Politik der Détente, als enttäuschende Abkehr von den Prinzipien, die Ronald Reagan einst vertreten hatte — und denen er nach wie vor (gelegentlich) Ausdruck gibt⁴⁵).

Am Beispiel der Reaganschen Politik gegenüber Zentralamerika — Mittelpunkt der virulentesten außenpolitischen Kontroversen der letzten Jahre — läßt sich die Kräftekonstellation der ideologischen und politischen Gruppierungen verdeutlichen. Gegenüber Zentralamerika — in erster Linie Nicaragua und El Salvador — bemühte sich die Reagan-Administration nicht um Kontinuität, sondern beabsichtigte einen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik. Die theoretische Grundlage für diese Richtungsänderung wurde von Jeane Kirkpatrick in einem vielbeachteten Aufsatz artikuliert, der sie für eine führende Stelle in der Reagan-Regierung empfahl⁴⁶).

⁴⁴) Siehe T. M. Destler, *The Evolution of Reagan Foreign Policy*, in: Fred I. Greenstein (Ed.), *The Reagan Presidency*, Baltimore 1983; Samuel P. Huntington, *Defense Policy, 1981—1982*, in: ebda.

⁴⁵) Siehe Norman Podhoretz (Anm. 43); zu den Auseinandersetzungen um Rüstungskontrollverhandlungen siehe Strobe Talbott, *Raketenschach*, München 1984. Die Ankündigung des Präsidenten, daß er sich in Zukunft nicht an die Begrenzungen des SALT II-Abkommens halten würde, stellt einen deutlichen Erfolg der rechten Kritiker des „moderaten Kurses“ dar. Vgl. IHT vom 28. Mai 1986, S. 5.

⁴⁶) Siehe Jeane J. Kirkpatrick, *Dictatorships and Double Standards*, in: *Commentary*, November 1979.

Hauptpunkt ihrer politologisch fundierten Analyse war die Unterscheidung zwischen „totalitären“ (kommunistischen) und „autoritären“ Regimen: die ersteren unveränderbar und feindselig, die zweiten unter (diplomatischem) Einfluß der USA fähig zur Liberalisierung sowie — noch wichtiger — antikommunistisch und den USA zugeneigt. Es sei ein Fehler amerikanischer Politik, so Jeane Kirkpatrick, autoritäre Regime (Beispiele: das des Schahs im Iran oder lateinamerikanische Militärdiktaturen) wegen Menschenrechtsverletzungen öffentlich unter Druck zu setzen, sie zu einer Liberalisierung zu zwingen, die zu ihrer Destabilisierung führen könnte. Andererseits sei es ein Fehler, sozialrevolutionäre Bewegungen zu unterstützen, in der falschen Hoffnung, dadurch für demokratische, den USA wohlgesonnene Systeme den Boden zu bereiten. In diesen würden letztlich unvermeidlich die disziplinierten, zielbewußten und rücksichtslosen kommunistischen Kaderorganisationen die Oberhand gewinnen und sie zu Freunden oder Verbündeten der Sowjetunion machen. Realpolitik und Idealismus fallen in ihrer Analyse zusammen: Indem die USA die Macht der Sowjetunion begrenzen oder mindern, leisten sie der Sache der Menschenrechte den größten Dienst.

Doch selbst in Zentralamerika, dem „Hinterhof“ der USA, wird die Reagan-Administration durch einen Komplex von Faktoren an der Umsetzung dieses simplen Syllogismus' in konkrete Politik gehindert. Die Mehrheit des Kongresses — vor allem in der Demokratischen Fraktion — sieht nach wie vor in der Verletzung von Menschenrechten eine Barriere gegen Hilfeleistungen an antikommunistische Regime oder Widerstandsgruppen. Die Abneigung gegen die Anwendung militärischer Mittel — vor allem den Einsatz amerikanischer Truppen, der die USA in ein „zweites Vietnam“ verwickeln könnte — ist weitverbreitet.

So zwingt die öffentliche Meinung im Inland wie in verbündeten und neutralen Nationen die amerikanische Regierung zu Zweideutigkeit ihrer Zielsetzung. Diese sieht sich einer friedlichen Lösung verpflichtet, unterstützt — halbherzig — die Bemühungen der *Contadora*-Staaten⁴⁷) und leugnet offiziell, „die Regierung Nicaraguas destabilisieren oder stürzen“ oder der Nation „eine bestimmte Regierungsform aufzwingen“ zu wol-

⁴⁷) IHT vom 21. Mai 1986, S. 1; siehe CQA, 1984, S. 69 f.

len⁴⁸). Offene Verletzungen internationalen Rechts, wie die CIA-Verminung des Hafens von Managua, stoßen auf heftige Kritik, selbst bei konservativen Republikanern⁴⁹).

Immer wieder scheitern die Versuche des Präsidenten, die Bewilligung solcher Hilfgelder an die Regierung El Salvadors oder die „Contras“ in Nicaragua von restriktiven humanitären Auflagen zu befreien. Unterstützt von liberalen Organisationen und Kirchengruppen halten liberale Demokraten und Pragmatiker in beiden Parteien an einer Problemsicht fest, die in den ökonomischen und sozialen Mißständen und nicht primär den Machenschaften der Sowjetunion die Ursache für revolutionäre Veränderungen sieht und daher eher bereit ist, wirtschaftlicher und humanitärer statt militärischer Hilfe zuzustimmen⁵⁰).

Die liberale Opposition gegen militärische Aktionen ist allerdings, wie die Invasion Grenadas — und auch der Angriff auf Libyen — gezeigt hat, nicht absolut. Dort, wo die Intervention der Öffentlichkeit im Rahmen amerikanischer Werte — Schutz des Lebens amerikanischer Bürger, Vergeltungsschlag gegen den Terrorismus — plausibel gemacht werden kann und wo es sich um einen (erfolgreichen) „surgical strike“ ohne Gefahr langfristiger militärischer Verwicklungen handelt, verstummen die Stimmen der meisten Kritiker angesichts einer Welle öffentlicher Zustimmung⁵¹). Die Beziehung der USA zu den europäischen Verbündeten hat dagegen in den außenpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der USA in den letzten Jahren eine weniger prominente Rolle gespielt. Daß es an Spannungen und Konflikten im atlantischen Bündnis nicht gefehlt hat, ist allgemein bekannt. Für die Verstärkung der Spannungen unter der Reagan-Administration ist zum einen die differierende Sichtweise der sowjetischen Bedrohung und der angemessenen Mittel, ihr zu begegnen, verantwortlich⁵²). Die Divergenzen führen zu antagonistischen Bewegungen, die sich gegenseitig bedingen und „hochschaukeln“. Eine

aggressive, ideologisch bestimmte amerikanische Rhetorik, die offene Diskussion von „war fighting capacity“ und der Möglichkeit eines begrenzten nuklearen Konflikts, stimuliert in Europa Ängste, wachsenden Neutralismus, eine Haltung der „Äquidistanz“, die beiden Supermächten gleichermaßen mißtraut, bis hin zu offenem Antiamerikanismus. Dies wiederum verstärkt in den USA Tendenzen zu Unilateralismus, d. h. die gegenwärtige Ausprägung des traditionellen, aber nicht mehr situationsadäquaten Isolationismus. Die fehlende europäische Bereitschaft, sich dem Reaganschen Führungsanspruch unterzuordnen, wird besonders von konservativen Ideologen als moralische Schwäche, als Neigung zur „Selbst-Finlandisierung“ interpretiert, die die USA zu unilateralem Handeln im nationalen Interesse und der „Sache der Freiheit“ berechtigt.

Eine besondere Irritation für die amerikanische Führung — jüngstens im Zusammenhang mit dem Angriff auf Libyen deutlich geworden — ist die fehlende Unterstützung für Amerikas Aktionen außerhalb des europäischen Raums, wo die USA — wie vor allem im Nahen Osten — den Anspruch erheben, mehr im Interesse der Europäer als im Eigeninteresse zu handeln. Nicht zu übersehen sind auch Interessenkonflikte, die auf einer Verbindung zwischen ökonomischen und ideologischen Komponenten beruhen. Die Klage, daß „die Europäer“ nicht genug für die gemeinsame Verteidigung tun, ihre Verpflichtungen im NATO-Bündnis nicht erfüllen, verbindet sich mit der — innenpolitisch wirksamen — Verteidigung des „amerikanischen Steuerzahlers“, der dadurch finanziell ungebührlich belastet wird.

Der von dem hoch respektierten und keineswegs bündnisfeindlichen Senator Nunn im Senat eingebrachte Vorschlag, die amerikanische Truppenstärke in Europa sukzessive drastisch zu verringern, falls die Europäer ihr 1978 gegebenes Versprechen auf Erhöhung ihres Verteidigungsetats nicht erfüllten, hatte in erster Linie die Funktion eines Warnschusses, war jedoch gleichzeitig Ausdruck eines weitverbreiteten Mißmutes gegenüber der perzipierten Ungleichgewichtigkeit der Verteidigungslasten⁵³). Angesichts der rigorosen Verpflichtung zu Sparmaßnahmen, die sich der Kongreß unter „Gramm-Rudman“ auferlegt hat, ist zu erwarten, daß sich der Druck auf die europäischen Verbündeten verstärkt oder sogar den Ar-

48) Brief Präsident Reagans an den Republikanischen Fraktionsführer Senator Baker, zitiert ebda., S. 88.

49) Ebda.

50) Siehe CQWR, 44 (1986) 16, S. 835—837, und ebda., 44 (1986) 18, S. 967.

51) Siehe CQWR, 44 (1986) 16, S. 835—837, und ebda., 44 (1986) 18, S. 967.

52) Zu Grenada siehe CQA, 1983, S. 135 f.; zu Libyen siehe CQWR, 44 (1986) 16, S. 838 f.

53) Siehe Miles Kahler, *The United States and Western Europe: The Diplomatic Consequences of Mr. Reagan*, in: Kenneth A. Oye/Robert J. Lieber/Donald Rothchild (Eds.), *Eagle Defiant. United States Foreign Policy in the 1980s*, Boston—Toronto 1983, S. 273—309.

53) Das Nunn-Amendment wurde mit 55 : 41 Stimmen im Senat abgelehnt (CQA, 1984, S. 66—67).

gumenten der „Unilateralisten“ Aktualität verleiht, die durch ein „Disengagement“ die amerikanische Politik von jenen Rücksichtnahmen und Beschränkungen befreien wollen, die sie derzeit an der Verfolgung ihrer ideellen und machtpolitischen Interessen hindern⁵⁴).

⁵⁴) Auch Konservative, die die „Weltpolizistenrolle“ der USA für überzogen halten und eine nicht-ideologische „Realpolitik“ befürworten, fördern die unilateralistische Abkoppelungsbewegung von Europa. Siehe Christopher Layne, The Real Conservative Agenda, in: Foreign Policy, 61 (Winter 1985/86).

Solange jedoch die politischen Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks für die Erhaltung des Bündnisses keine Alternative sehen, die in gleichem Maße Stabilität gewährleistet, überwölbt das gemeinsame Interesse die Konflikte und macht sie kompromißfähig. Dies um so mehr, als in vielen Fällen das Handeln der amerikanischen Regierung (Beispiel: Nicaragua) auch innenpolitisch umstritten ist, so daß die Konfliktlinien nicht zwischen den Systemen, sondern entlang ideologischen Bruchlinien quer durch sie verlaufen.

Das amerikanische Parteiensystem im Wandel

I. Einleitung

Im Vergleich mit den ideologisch differierenden und durchorganisierten westeuropäischen Parteien stellen die beiden großen amerikanischen Parteien kaum mehr als lockere Wählerkoalitionen ohne fundamentale ideologische Differenzen dar, deren Augenmerk in erster Linie auf das Gewinnen von Wahlen und die Besetzung von öffentlichen Ämtern gerichtet ist. Die Merkmale organisierter Mitgliedschaft wie Parteibuch und regelmäßig zu leistende Mitgliedsbeiträge fehlen bei ihnen ebenso wie konkrete politisch-programmatische Aussagen, die ihren Anhängern mehr als eine nur allgemeine Orientierung vermitteln könnten.

Trotz dieses schwachen organisatorischen und programmatischen Zusammenhaltes haben die amerikanischen Parteien im politischen Willensbildungsprozeß immer eine gewichtige, wenn nicht gar die zentrale Rolle gespielt. Sie waren als einzige Institution in der Lage, die heterogenen ethnischen, sozialen, ökonomischen und regionalen Interessen in der Gesellschaft zu bündeln und in den Willensbildungsprozeß einzubeziehen. Die Parteien haben damit neben ihren elektoralen Funktionen wie Wahlkampfführung, Wählermobilisierung und Rekrutierung des politischen Füh-

rungspersonals immer auch eine Integrationsfunktion erfüllt, die entscheidend zur Stabilität und zum Funktionieren des amerikanischen Regierungssystems beigetragen hat.

Etwa seit Beginn der sechziger Jahre läßt sich jedoch bei den Parteien eine kontinuierliche Erosion ihrer angestammten Elektoral- und Integrationsfunktionen feststellen, auf denen ihre politische Macht zum größten Teil beruht hat. Kennzeichnend für diese als „Verfall der Parteien“¹⁾ charakterisierte Entwicklung ist vor allem die zunehmende Abkoppelung der Amtsbewerber und -inhaber von den Parteien, die hierdurch deutlich an politischem Einfluß verloren haben. Zugleich weisen die abnehmende Parteiidentifikation der amerikanischen Bürger und eine tendenziell sinkende Wahlbeteiligung²⁾ auf eine Unfähigkeit der Parteien hin, zwischen sich und ihren Wählern eine konstante Repräsentationsbeziehung herzustellen.

Die amerikanischen Parteien scheinen sich also gegenwärtig in einer tiefgreifenden Funktions- und Identitätskrise³⁾ zu befinden, deren Ursachen und Auswirkungen im folgenden analysiert werden sollen.

II. Zur Krise der amerikanischen Parteien

1. Die Auflösung der traditionellen Parteibindungen

Traditionell wurde das Wahlverhalten in den Vereinigten Staaten von der Bindung der Wähler an eine der beiden großen Parteien bestimmt. In der Regel stellte die Parteipräferenz der Wähler den wichtigsten Orientierungspunkt für ihren Wahlentscheid dar⁴⁾. Etwa Mitte der sechziger Jahre

begann dann die sich bis in die unmittelbare Gegenwart hinein fortsetzende Auflösung der überkommenen Parteibindungen, die damit als wahlentscheidenden Faktor allmählich an Bedeutung verloren. Während sich in den fünfziger Jahren 74% der wahlberechtigten Bürger mit einer der beiden Parteien identifizierten („partisan identifiers“), waren es Ende der siebziger Jahre nur noch 64%. Die Zahl der keiner Partei nahestehenden Wähler („independent voters“) stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 14% auf 35% an⁵⁾.

Obgleich die Zahl der Anhänger bei beiden Parteien bis zum März 1985 wieder zugenommen hat (71%), ist die Zahl der „independent voters“ bis-

¹⁾ Vgl. M. P. Wattenberg, *The Decline of American Political Parties 1952—1980*, Cambridge 1984; W. Crotty, *American Parties in Decline*, Boston 1984², S. 330.

²⁾ S. J. Eldersveld, *Political Parties in American Society*, New York 1982, S. 330.

³⁾ Vgl. H. Wasser, *Zur Krise des amerikanischen Parteiwesens*, in: *Zeitschrift für Politik*, (1982) 1, S. 50ff.; R. K. Scott/R. J. Hrebenar, *Parties in Crisis*, New York 1984².

⁴⁾ J. A. Crittenden, *Parties and Elections in the United States*, Englewood Cliffs 1982, S. 254f.

⁵⁾ W. Crotty, *The Party Game*, New York 1985, S. 51.

lang nur geringfügig gesunken (29%)⁶⁾. Die sich als nicht parteigebunden betrachtenden Wähler machen daher seit 1974 etwa ein Drittel aller Wähler aus.

Eng verbunden mit dieser Abnahme der Parteiidentifikation ist das offenkundig nachlassende Vertrauen der Wähler zu Parteien. Glaubten 1960 immerhin 62% der amerikanischen Wähler, daß nur „ihre“ Partei zur Lösung der wichtigsten politischen Probleme in der Lage sei, so waren 1980 lediglich noch 50% der Wähler dieser Ansicht⁷⁾.

Zweifellos haben der Vertrauensschwund in die Parteien und die Erschütterung der Parteienbindungen mitentscheidend zur Veränderung des Wahlverhaltens beigetragen, das immer weniger den tradierten Verhaltensmustern folgt. So wählten 1948 noch 62% der Gesamtwähler auf den verschiedenen Wahlebenen (Bund, Einzelstaaten, Gemeinden) ausschließlich Kandidaten „ihrer“ Partei („straight-ticket-voting“). Nur 38% der Wähler verteilten ihre Stimmen auf die Kandidaten beider Parteien („split-ticket-voting“)⁸⁾. 1980 dagegen betrug der Anteil der „split-ticket-voters“ 60%, der Anteil der Wähler, die ein „straight-ticket“ wählten, fiel auf 40%⁹⁾.

Gleichwohl wäre es verfehlt, diese strukturellen Veränderungen des Wahlverhaltens allein auf den Rückgang der Parteiloyalitäten zurückzuführen. Wandlungen in der Sozialstruktur der amerikanischen Gesellschaft und das Auseinanderbrechen der „New-Deal-Koalition“ waren für die Neuorientierung des Wählerverhaltens ebenso bedeutsam wie die Veränderung der politisch-kulturellen Rahmenbedingungen¹⁰⁾.

Trotz intensiver Bemühungen der Parteien, der wachsenden Entfremdung der Wähler entgegenzuwirken, hat sich diese Entwicklung bis heute eher noch verstärkt. Im Februar 1985 erklärten 43% der wahlberechtigten Bürger, daß die Parteizugehörigkeit eines Amtsbewerbers keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß auf ihren Wahlentscheid habe. Und 64% der Bürger waren sogar der Auffassung, daß die Parteien mehr zur „Verwirrung“ der Sachprobleme als zu ihrer Lösung beitragen würden¹¹⁾.

Das mangelnde Zutrauen der Wähler in die „Issue-Kompetenz“ der Parteien spiegelt sich in der

Zunahme der „single-issue-voters“ wider, für deren Votum in erster Linie das Problembewußtsein eines Kandidaten und seine Einstellung zu einzelnen politischen Sachthemen („issues“) wie etwa Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz die entscheidenden Kriterien bilden. Gegenwärtig, so wird geschätzt, bestimmt bei rund einem Drittel der amerikanischen Wählerschaft die Einzelfallorientierung das Wahlverhalten¹²⁾.

Als politische Konsequenz der veränderten Einstellung der Bürger gegenüber den Parteien zeichnet sich das Entstehen neuer Aktionsformen ab, die wie etwa die Bürgerinitiativen für die Parteien immer mehr eine Herausforderung darstellen.

2. Die zunehmende Autonomie der Amtsbewerber

Der fortschreitende Prozeß der „Dekomposition“¹³⁾ der Parteien als Wahlorganisationen ist auf der einzelstaatlichen und lokalen Ebene durch die gesetzliche Institutionalisierung von Vorwahlen („primaries“) zur Kandidatenaufstellung für fast alle Wahlämter weiter verstärkt worden. Denn durch die Einführung von Vorwahlen wurde die Kandidatennominierung aus den Parteiversammlungen („caucuses“) in die Öffentlichkeit verlagert und damit der Kontrolle der Parteien weitgehend entzogen.

Lediglich bei der Auswahl und Nominierung der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten hat sich in einigen Bundesstaaten das Parteiversammlungssystem („caucus-convention system“) als Wahlmodus erhalten. In diesen Staaten werden die Delegierten für die nationalen Parteikonvente, auf denen die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien nominiert werden, in innerparteilichen Gremien gewählt. Die seit 1968 deutlich angestiegene Zahl der Vorwahlstaaten läßt jedoch erkennen, daß sich der Einfluß der Parteien auf die Delegierten- und Kandidatenaufstellung verringert hat. Im Jahre 1984 wurden bereits etwa 36% der demokratischen und etwa 24% der republikanischen Konventsdelegierten durch Vorwahlen ermittelt¹⁴⁾.

Darüber hinaus haben innerparteiliche Reformen¹⁵⁾ entscheidend zu einer Öffnung des Nominierungsprozesses beigetragen. Durch die Abschaffung undemokratischer Verfahrensregeln bei der Aufstellung der Delegierten für die nationalen Parteikonvente und die Einführung von Quoten-

6) Vgl. ABC-News, The 84 Vote (edited by C. Smith), Washington, D. C., 1985, S. 66.

7) M. P. Wattenberg (Anm. 1), S. 53.

8) E. C. Ladd/Ch. D. Hadley, Transformation of American Party Systems, New York 1978, S. 325.

9) E. C. Ladd, Where Have All the Voters Gone?, New York 1982, S. 78.

10) Vgl. J. C. Pierce/J. L. Sullivan (Eds.), The Electorate Reconsidered, Beverly Hills 1980.

11) ABC-News (Anm. 6), S. 60.

12) Vgl. R. J. Huckshorn, Political Parties in America, Monterey 1984², S. 221.

13) J. Kirkpatrick, Dismantling The Parties, Washington, D. C., 1978, S. 1.

14) W. Welz, Auswahl und Nominierung amerikanischer Präsidentschaftskandidaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/84, S. 7.

15) Vgl. W. Crotty, Party Reform, New York 1983.

regelungen für politische Minderheiten wurden die Partizipationsmöglichkeiten der „grass-roots democrats“ verbessert und die Transparenz des Nominierungsverfahrens erhöht. Hierdurch wurde zugleich die Macht der lokalen und regionalen Parteiführer drastisch reduziert, die das Nominierungsverfahren mit zum Teil kriminellen Praktiken manipuliert hatten. Der Ausschluß des inzwischen legendären „Parteibosses“ Richard Daley vom Bundeskonvent der Demokratischen Partei im Jahr 1972 demonstrierte eindrücklich die Schubkraft dieser innerparteilichen Reformen.

Allerdings haben die Reformen und die Ausweitung des Vorwahlsystems nicht nur das Nominierungsverfahren demokratisiert, sondern auch die Chance von unbekanntem Außenseitern vergrößert, ohne den Rückhalt einer Parteiorganisation die Präsidentschaftsnominierung zu gewinnen. Der überraschende Wahlerfolg von Jimmy Carter im Jahre 1976, der als erster Präsident seine Nominierung ausschließlich seinen Siegen in den Vorwahlen verdankte, ist hierfür das beste Beispiel.

Die Unabhängigkeit der Amtsbewerber gegenüber den Parteien ist auch durch neue Formen der Wahlkampforganisation und durch das Aufkommen moderner Wahlkampftechniken gefördert worden¹⁶). So wurden die persönlichen Kontakte und Erfahrungen der Kandidaten mit den Wählern durch regelmäßig durchgeführte Meinungsumfragen ersetzt, welche die Grundstimmung in der Wählerschaft und die sie interessierenden politischen Themen ermittelten. Die Ergebnisse dieser Meinungsumfragen bilden zugleich die Grundlage für das Wahlkampfkonzept der Kandidaten, das inhaltlich nicht mehr mit einem Parteiprogramm abgestimmt wird. Ebenfalls haben neue Distributionskanäle für politische Werbetexte („directmailing“, „telephon-banks“), die einen schnellen und direkten Kontakt zwischen Kandidaten und Wählern ermöglichen, die Parteien als Wahlkampforganisationen in den Hintergrund treten lassen.

Die Wahlkampagnen werden daher in zunehmendem Maße von hauptberuflichen Wahlkampfmanagern („political consultants“) organisiert und geleitet, die mittels computergesteuerter Telefon- und Briefaktionen Wähler mobilisieren, Spenden

akquirieren und Meinungsumfragen durchführen¹⁷).

Aufgrund dieser „Technologisierung“ und „Professionalisierung“ der Wahlkämpfe neigen immer mehr Kandidaten dazu, mit Hilfe von „political consultants“ ihre eigene Wahlkampforganisation aufzubauen. Ihre ohnehin schon geringe Verpflichtung gegenüber den Parteien hat sich hierdurch weiter vermindert, da sie sich jetzt ohne die Unterstützung einer Partei um ein Mandat bewerben können. Insbesondere gilt dies für Präsidentschaftsbewerber, die zur Finanzierung ihrer persönlichen Wahlkampforganisation auf öffentliche Mittel („matching funds“) zurückgreifen können, wenn sie sich den von der Bundeswahlkommission („Federal Election Commission“) vorgeschriebenen Einnahme- und Ausgabevorschriften unterwerfen¹⁸).

3. Die Konkurrenz der „Political Action Committees“ (PACs)

Der schwindende Einfluß der Parteien auf die Kandidatennominierung verläuft parallel zu einer Stärkung der amerikanischen Interessengruppen, deren Aktivitäten sich seit einigen Jahren auch auf die Beeinflussung von Wahlkämpfen erstrecken¹⁹). Zumeist erfolgt dies mit Hilfe von „Political Action Committees“ (PACs). Dies sind Wahlkampfkomitees von wirtschaftlichen oder ideologischen Interessengruppen, die zur Unterstützung oder Bekämpfung von Kandidaten für öffentliche Ämter gegründet worden sind²⁰). Mit dem Sammeln von Wahlspenden, dem Aufbau einer Wahlkampforganisation und der Rekrutierung von Wahlkampfhelfern haben sie weitgehend die Aufgaben übernommen, deren Erfüllung noch bis in die sechziger Jahre fast ausschließlich den Parteien zukam.

Die Tätigkeit der Mehrzahl der PACs zielt darauf ab, durch die Vergabe von Wahlkampfgeldern Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern zu erlangen, um dort ihre eigenen Interessen oder die der ihnen nahestehenden Organisationen zu vertreten. Da der Vor- und Hauptwahlkampf der Präsidentschaftskandidaten seit der Reform der Wahlkampffinanzierungsgesetze im Jahr 1976 zum größten Teil durch öffentliche Mittel finan-

¹⁷) Vgl. L. J. Sabato, *The Rise of Political Consultants*, New York 1981.

¹⁸) Vgl. Federal Election Commission, *Public Funding of Presidential Elections*, Washington, D. C., 1983, S. 4.

¹⁹) Vgl. K. L. Schlozman/J. T. Tierney, *More of the Same: Washington Pressure Group Activity in a Decade of Change*, in: *Journal of Politics*, (1983) 45, 355 ff.

²⁰) Vgl. P. Lösche, *Unternehmen im Wahlkampf*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (1982) 4, S. 369 f.

¹⁶) Vgl. R. Agranoff (Ed.), *The New Style In Election Campaigns*, Boston 1976²; F. Plasser, *Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften*, in: F. Plasser/P. Ullrich/M. Welan (Hrsg.), *Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft*, Wien 1985, S. 19.

ziert wird²¹⁾, fließen die meisten Spenden der PACs in die Wahlkämpfe der Senatoren und Abgeordneten des Kongresses. 1984 betrug die Summe der Wahlspenden von PACs für Kongreßwahlen 105 Millionen Dollar. Dies waren 26% der Gesamtkosten²²⁾. Weitere 5 Millionen Dollar wurden von PACs, die offiziell in keiner Verbindung zu einem Kandidaten und seiner Wahlkampforganisation stehen, für „indirekte“ Wahlwerbung bei der Finanzierung von Meinungskampagnen über bestimmte politische Themen ausgegeben („Independent Expenditures“)²³⁾.

In der Regel spielt bei der Vergabe der Spenden die Parteizugehörigkeit eines Kandidaten keine Rolle. Ob ein Kandidat von PACs Wahlkampfgelder erhält, hängt vielmehr von seiner Ausschußzugehörigkeit, seinem Abstimmungsverhalten im Kongreß und seinen Gewinnchancen ab. Den größten Teil der PACs-Gelder erhalten daher auch Amtsinhaber („incumbents“)²⁴⁾, deren Gewinnchancen im allgemeinen sehr hoch sind. Zudem ist ihre politische Position besser einzuschätzen als die ihrer zumeist unbekannteren Herausforderer.

Insgesamt sind die Kongreßmitglieder durch die Wahlkampfhilfe der PACs in geringerem Maße auf die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Parteien angewiesen. Die parteipolitische Unabhängigkeit der einzelnen Kandidaten ist durch das Aufkommen der PACs also weiter verstärkt worden.

Die Wahlkampfhilfe der PACs hat jedoch nicht nur zur Schwächung der Parteien als Wahlkampforganisation bei Kongreßwahlen beigetragen, sondern auch ihr politisches Gewicht im Kongreß

²¹⁾ Alle Präsidentschaftsbewerber, die staatliche Wahlkampfmittel beanspruchen, sind jedoch an eine Wahlkampfkostenhöchstgrenze („national spending limit“) gebunden. Ausgenommen hiervon sind die keinem Limit unterliegenden „unabhängigen Ausgaben“ („independent expenditures“) von PAC's, die bei der Bundeswahlkommission erklärt haben, daß sie in keiner direkten Verbindung zu einem Amtsbewerber stehen. Der größte Teil der privaten Spenden für Präsidentschaftsbewerber wird von diesen „non-connected PAC's“ aufgebracht, deren Ausgaben an keine Höchstgrenze gebunden sind. So konnte 1984 das „National Conservative Political Action Committee“ mit 9,8 Millionen Dollar die Wiederwahl von Ronald Reagan unterstützen, ohne gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu verstoßen. Vgl. T. Durbin, Independent Expenditures in Presidential Elections, Congressional Research Service, Report No. 85-8971 vom 17. Mai 1985, Washington, D. C., 1985.

²²⁾ Federal Election Commission, Press Release vom 16. Mai 1985, S. 1f.

²³⁾ Ebd.

²⁴⁾ Im Jahre 1984 erhielten die Amtsinhaber 72% der PAC-Gelder, ihre Herausforderer dagegen nur 16%. Vgl. Federal Election Commission, Press Release vom 19. Mai 1985, S. 1.

weiter verringert. Denn angesichts der enormen Wahlkampfkosten können es sich die um ihre Wiederwahl bemühten Abgeordneten kaum leisten, die Interessen der PACs, die sie im Wahlkampf unterstützt haben bzw. noch unterstützen sollen, nicht zu berücksichtigen. Sie sind daher gezwungen, bei anstehenden Entscheidungen neben der Verantwortung gegenüber ihren Wählern und ihrer Partei auch die Verpflichtung gegenüber den PACs in ihre Überlegungen miteinzubeziehen. Aufgrund der den PACs zur Verfügung stehenden Sanktionsmöglichkeiten (Spendenentzug, Negativkampagnen) ist zu vermuten, daß die in keine Fraktionsdisziplin eingebundenen Abgeordneten bei einer eventuellen Interessenkollision im Sinne der PACs und gegen ihre Partei abstimmen werden²⁵⁾.

Ogleich die PACs dazu beigetragen haben, die Rolle der Parteien im Willensbildungsprozeß zu schwächen, sind sie nicht die Ursache für den „Niedergang“ der Parteien als Organisationen der Kandidatenauslese und -nominierung. Durch ihr Eingreifen in die Wahlkämpfe haben sie nur die bereits in den sechziger Jahren einsetzende „De-komposition“ der Parteien verstärkt²⁶⁾. Die von 608 im Jahre 1974 auf 4345 im Jahre 1984²⁷⁾ rapide gestiegene Zahl der PACs läßt erkennen, daß diese auch in den kommenden Jahren als Wahlkampforganisationen eine ernsthafte Konkurrenz für die Parteien darstellen werden.

4. Die Entpolitisierung und Personalisierung der Wahlkämpfe

Noch bis in die sechziger Jahre hinein hing in den USA der Erfolg eines Amtaspiranten allein von dem Wahlkampfservice der ihn unterstützenden Partei und dem persönlichen Engagement der Parteianhänger ab. Die Partei organisierte und koordinierte die Mobilisierungskampagnen der freiwilligen Wahlkampfhelfer und Parteiaktivisten, welche die potentiellen Wähler durch Briefe, Telefonanrufe und Hausbesuche („canvassing“) zur Stimmabgabe zu bewegen suchten. Diese „organisatorischen Kampagnen“²⁸⁾ waren zugleich für die Wähler die wichtigste Informationsquelle über die Persönlichkeit und das politische Programm eines Amtsbewerbers.

²⁵⁾ Zum Einfluß von PAC-Spenden auf das Abstimmungsverhalten im Kongreß vgl. G. C. Jacobson, Parties and PAC's in Congressional Elections, in: L. C. Dodd/B. I. Oppenheimer (Eds.), Congress Reconsidered, Washington, D. C., 1985³, S. 131 ff.

²⁶⁾ Vgl. P. Lösche (Anm. 20), S. 386f.

²⁷⁾ Federal Election Commission, Press Release vom 19. Mai 1985, S. 1.

²⁸⁾ Vgl. P. Radunski, Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampf-führung als politische Kommunikation, München 1980, S. 150.

Mit dem Aufkommen neuer Wahlkampftechniken und der zunehmenden Bedeutung der Massenmedien in den modernen Wahlkämpfen verloren diese traditionellen Formen der Wählerwerbung und politischen Information weitgehend an Bedeutung. Die „organisatorischen Kampagnen“ wurden immer mehr durch „Medienkampagnen“ ersetzt, die darauf abzielten, über die Massenmedien einen direkten Kontakt zwischen Kandidaten und Wählern herzustellen.

Insbesondere durch die Verbreitung des Fernsehens wurde es dem einzelnen Kandidaten ermöglicht, sich ohne die Unterstützung einer Partei Millionen von Wählern direkt bekannt zu machen. Kein ernsthafter Amtsbewerber würde daher heute einen Wahlkampf ohne ausgedehnte Fernsehaktivitäten führen. Die politische Fernsehwerbung hat somit konventionelle Werbemethoden in den Hintergrund gedrängt. Während im Präsidentschaftswahlkampf 1960 nur 10% des gesamten Wahlkampfbudgets für Fernsehwerbung ausgegeben wurden, waren es 1980 bereits 80%²⁹⁾.

Zwangsläufig hat diese fortschreitende „Medifizierung“ der Wahlkämpfe zu einer Entmachtung der Parteiführer und der von ihnen geleiteten „Parteiapparate“ geführt. Ihre angestammte Mittlerrolle zwischen Kandidaten und Wählern scheinen inzwischen die Nachrichtensprecher und Fernsehkommentatoren übernommen zu haben. Häufig genießen diese „anchormen“ sogar mehr Vertrauen und Ansehen bei der Bevölkerung als die Politiker, über die sie berichten³⁰⁾.

Die Vorbereitung des Fernsehens hat zugleich das Informationsverhalten der amerikanischen Gesellschaft grundlegend verändert. Für die Mehrzahl der Bürger ist das Fernsehen das am meisten genutzte Medium, um sich über das politische Geschehen zu informieren. 98% aller amerikanischen Haushalte besitzen heute einen Fernseher, 51% haben zwei oder mehr. Im Durchschnittshaushalt läuft der Fernseher etwa sieben Stunden pro Tag³¹⁾.

Für viele Zuschauer hat die Fernsehberichterstattung durch die direkte Vermittlung und Visualisierung von Ereignissen einen authentischen Charakter. „Was nicht im Fernsehen passiert ist“, so der angesehene Kommentator der amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfe Theodor White, sei für die meisten Bürger „überhaupt nicht passiert“³²⁾.

Eine weitere Wirkung des Fernsehens ergibt sich aus seiner „Agenda-setting-function“³³⁾. Politische Themen und Kandidaten werden in der Öffentlichkeit erst dann bedeutend, wenn im Fernsehen über sie berichtet worden ist. Ein typisches Beispiel hierfür sind die Präsidentschaftsvorwahlen in New Hampshire, die traditionell am Beginn der Nominierungswahlkämpfe stehen. Durch die überdurchschnittliche Fernsehbeachtung (Hunderte von Kamerateams, von den Fernsehsendern durchgeführte Meinungsumfragen etc.) werden oftmals unbekannte Außenseiter („dark horses“) zu chancenreichen Kandidaten, die sich ohne das Fernsehen kaum gegen die von einer Partei favorisierten Bewerber hätten durchsetzen können.

Darüber hinaus haben die Eigengesetzlichkeiten des Fernsehens eine entscheidende Veränderung des Wahlkampfstils und der Wahlkampfthemen bewirkt. So kann das Fernsehen als aktuelles Medium der Visualisierung nur die politischen Informationen vermitteln, die sich innerhalb eines limitierten Zeitrahmens fernsehgerecht in Bilder umsetzen lassen. Häufig ist dies jedoch ohne eine Simplifizierung der Sachverhalte nicht möglich. Daneben muß das Fernsehen in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsunternehmen auf hohe Einschaltquoten bedacht sein, die eine publikumswirksame Darstellung von politischen Ereignissen erforderlich machen.

Die Folge dieser journalistischen und kommerziellen Zwänge ist die für das amerikanische Fernsehen typische Verbindung von politischer Information und Unterhaltung. Deutlich zeigt sich dies in der Art und in den Inhalten der Wahlkampfberichterstattung in den abendlichen Nachrichtenshows, die von etwa 50% der Bevölkerung regelmäßig verfolgt werden³⁴⁾. In den rund fünf Minuten, die in diesen Sendungen den Wahlkämpfen gewidmet werden, gilt die Berichterstattung in erster Linie dem Aspekt des „Wahlkampf-Wettlaufs“³⁵⁾. Die durch tägliche Meinungsumfragen ermittelte Popularität und Gewinnchancen eines Kandidaten haben hier einen eigenständigen Nachrichtenwert; sie sind politische Ereignisse. Im Gegensatz dazu werden die Zuschauer nur am Rande und zumeist nur in allgemeiner Form über die politische Position und Qualifikation der einzelnen Kandidaten informiert, weil dies nicht genügend Stoff für eine aufregende „Story“ hergibt.

²⁹⁾ Vgl. F. Plasser (Anm. 16), S. 19.

³⁰⁾ Vgl. M. B. Grosseman/M. G. Kumar, *Portraying the President*, Baltimore 1981, S. 217f.

³¹⁾ U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstracts of the United States*, Washington, D. C., 1984, S. 559, 755.

³²⁾ Vgl. Th. H. White, *America in Search of Itself*, New York 1982, S. 104.

³³⁾ Vgl. P. Radunski, *Wahlkampf in den 80er Jahren*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/86, S. 38.

³⁴⁾ Vgl. ABC-News (Anm. 6), S. 96.

³⁵⁾ Vgl. Th. E. Patterson/R. Shaiko, *Fernsehen und US-Präsidentschaftswahlen*, in: *Rundfunk und Fernsehen*, 31 (1983) 3, S. 281 ff.

Im Wissen um das Bedürfnis des Fernsehens nach bildschirmfüllendem Aktionismus und kamerage-rechten Ereignissen haben die Kandidaten und ihre Wahlkampfmanager neue Wahlkampftechniken und -strategien entwickelt, die allerdings die Entpolitisierung der Wahlkämpfe noch weiter verstärken. Die Ersetzung von politischen Aussagen durch symbolische Handlungen gehört hier ebenso dazu wie die Schaffung von „Pseudo-Ereignissen“, die ausschließlich inszeniert werden, um die Aufmerksamkeit des Fernsehens auf einen Kandidaten zu lenken³⁶). Statt politischen Programmen und Problemlösungen werden den Wählern Images und Emotionen vermittelt, die sich leichter in farbige Fernsehbilder umsetzen lassen. Politik wird so zur Projektionsleinwand

von Ängsten und Hoffnungen, von positiven und negativen Identifikationen.

Die Konsequenz dieser „Personalisierung“ und „Dramatisierung“ der Wahlkämpfe ist die Unterordnung der Politik unter Regeln des „Show-Business“. Die Telegenität eines Kandidaten ist für seinen Wahlsieg wichtiger als seine politische Sachkompetenz, sein Auftreten und sein Stil zählen mehr als die Substanz seiner Argumente.

Im Vordergrund der Berichterstattung des Fernsehens und damit im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen also das Auftreten und die Persönlichkeit des Kandidaten. Abgesehen von der Berichterstattung über die Bundeskonvente werden die Parteien vom Fernsehen dagegen weitgehend ignoriert³⁷).

III. Die Revitalisierung der Parteien in den achtziger Jahren

1. Die organisatorische und finanzielle Konsolidierung der nationalen Parteien

Trotz dieser zahlreichen Krisensymptome sind die Parteien politisch nicht bedeutungslos geworden, wie es der renommierte amerikanische Kolumnist David Broder vorausgesagt hatte³⁸). Vielmehr gibt es gewichtige Indizien, die auf ein Wiedererstarken der Parteien hindeuten. So haben etwa die massiven Wahlkampfaktivitäten der nationalen Parteien in den Jahren 1983/84 erkennen lassen, daß ihnen als Wahlkampforganisationen wieder eine größere Bedeutung zukommt.

Auch weist das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten und Senatoren im Kongreß darauf hin, daß innerhalb der Parteien wieder eine stärkere ideologische und politische Kohärenz besteht. Zwischen 1981 und 1984 stimmten die Kongreßmitglieder weitaus häufiger als Fraktionsblöcke ab als zwischen 1972 und 1980³⁹).

Der sichtbarste Ausdruck der sich abzeichnenden Revitalisierung der Parteien ist jedoch die „Institutionalisierung“⁴⁰) der beiden nationalen Parteien („national party committees“), die in der Vergangenheit kaum mehr als eine Versammlung

von einzelstaatlichen Parteiführern waren. Die Aufgaben dieser Nationalkomitees erschöpften sich im wesentlichen darin, die vierjährigen Parteikonvente zur Nominierung der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten vorzubereiten und das offizielle Parteiprogramm zu erstellen. Außerhalb dieser Parteikonvente traten die Nationalkomitees lediglich in Form von kleinen Parteibüros in Erscheinung, die weder über finanzielle Mittel noch über politischen Einfluß verfügten. Die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten zogen es daher zumeist vor, für ihren Wahlkampf eine eigene, von der Parteiorganisation unabhängige Wahlkampforganisation aufzubauen.

Als erste der beiden Parteien begannen im Jahr 1976 die nach der Watergate-Affäre bereits totgesagten Republikaner mit der Reorganisation und dem Ausbau ihres Parteibüros in Washington D.C., das inzwischen eine straff organisierte und mit modernsten Technologien ausgestattete Parteizentrale darstellt. Rund 400 Mitarbeiter — darunter zahlreiche Medienexperten, Meinungsforscher und Public-Relation-Manager — sind hier zur Zeit fest angestellt. In Wahljahren kommen etwa 400 Teilzeitangestellte hinzu⁴¹).

Der Organisationserfolg der Republikaner läßt sich besonders deutlich aus der Höhe der Wahlkampfspenden ersehen, die in den letzten Jahren eingeworben wurden. Das Republikanische Nationalkomitee und die Republikanischen Wahlkampfkomitees im Kongreß („National Republican Congressional Committee“ und „National Republican Senatorial Committee“) konnten

³⁶) Vgl. N. Postman, *Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie*, Frankfurt 1985, S. 97f.

³⁷) M. P. Wattenberg, *From Parties to Candidates: Examining the Role of the Media*, in: *Public Opinion Quarterly*, (1982) 46, S. 226.

³⁸) D. S. Broder, *The Party's Over: The Failure of Politics in America*, New York 1972.

³⁹) Vgl. A. J. Reichley, *The Rise of National Parties*, in: J. E. Chubb/P. E. Peterson (Eds.), *The New Direction in America Politics*, Washington, D. C., 1985, S. 197.

⁴⁰) C. P. Cotter/J. F. Bibby, *Institutional Development of Parties and the Thesis of Party Decline*, in: *Political Science Quarterly*, (1980) 95, S. 2f.

⁴¹) Vgl. *Republican National Committee, Chairman's Report*, Washington, D. C., 1985, S. 24.

seit 1980 mehr Wahlkampfspenden einsammeln, als sie nach den Bestimmungen der Wahlkampffinanzierungsgesetze ihren Kandidaten für nationale Wahlämter zur Verfügung stellen durften. Allein im Wahljahr 1983/84 betrug die Gesamtsumme der von allen drei Komitees aufgebrachten Spenden rund 300 Millionen Dollar, die überwiegend durch Briefkampagnen („direct mail“) eingeworben wurden⁴²⁾. Hierdurch war es der Republikanischen Partei möglich, im Jahre 1984 die Wahlkampfkosten ihrer Kandidaten etwa zu einem Drittel zu finanzieren. Hinzu kamen Dienstleistungen der Partei wie allgemeine Anzeigenkampagnen, die Mobilisierung von Wählern zur Stimmabgabe am Wahltag („get-out-the-vote drives“) und Wahlanalysen, die — obgleich es sich hierbei um geldwerte Leistungen handelt — keinen gesetzlichen Beschränkungen unterworfen sind.

Die enorme Höhe der Wahlspenden erlaubt es dem Republikanischen Nationalkomitee, einen beträchtlichen Teil der Gelder den Republikanischen Kandidaten bei regionalen und lokalen Wahlen zukommen zu lassen⁴³⁾. Dies ist um so bemerkenswerter, als bis zum Ende der siebziger Jahre die Republikanische Partei fast ausschließlich auf die Gelder der einzelstaatlichen Parteien angewiesen war.

Daneben hat die Republikanische Partei durch den Aufbau von Kontakten mit einzelnen „Political Action Committees“ (PACs) für ihre Kandidaten weitere Geldquellen erschließen können. In allen drei Republikanischen Wahlkampfkomitees sind Mitarbeiter speziell damit beschäftigt, Kontakte zwischen den PACs und den Kandidaten der Partei herzustellen. Hierbei werden die der Partei nahestehenden PACs über die politische Position und die Wahlchancen der Kandidaten informiert, deren finanzielle Unterstützung den Sonderinteressen der PACs entsprechen könnte⁴⁴⁾. Da diese zum Teil institutionalisierten Kontakte⁴⁵⁾ den PACs den Zugang zu den Entscheidungsträgern der Republikanischen Partei im Kongreß und in der Regierung erleichtern, sind immer mehr PACs um eine verstärkte Kooperation mit der Partei bemüht.

⁴²⁾ Vgl. Republican National Committee (Anm. 41), S. 8; Federal Election Commission, Press Release vom 7. Mai 1985, S. 1.

⁴³⁾ Im Jahre 1984 waren dies 60% der vom Republikanischen Nationalkomitee aufgebrachten Wahlspenden.

⁴⁴⁾ L. J. Sabato, PAC Power. Inside the World of Political Action Committees, New York 1984, S. 144 ff.

⁴⁵⁾ So im „PAC 40 Club“ und im „Eagles Club“, denen PACs gegen eine Jahresgebühr von 5 000 bzw. 10 000 Dollar beitreten können. Für die Clubmitglieder werden von der Partei in regelmäßigen Abständen Treffen mit führenden Parteipräsidenten aus Exekutive und Legislative veranstaltet.

Die Durchführung von Wahlkampfseminaren, die Ausarbeitung von Wahlkampfkonzepten und die Bereitstellung von kostspieligen Wahlkampftechnologien sind weitere Wahlkampfhilfen, die die Partei ihren Kandidaten von der kommunalen bis zur Bundesebene anbietet. Die Kandidaten, die künftig bei Präsidentschafts- oder Kongreßwahlen unter dem Etikett der Republikanischen Partei antreten, dürften ohne die Unterstützung der nationalen Parteiorganisation kaum noch Aussicht auf einen Wahlsieg haben.

Insgesamt betrachtet hat sich die nationale Republikanische Partei seit Beginn der achtziger Jahre zu einer professionellen Wahlkampforganisation entwickelt, deren Wahlkampfaktivitäten für den Ausgang von Wahlen immer bedeutsamer geworden sind. Durch die Erweiterung ihres Wahlkampfservices und die intensive Kandidatenbetreuung ist zugleich die Anbindung der Kandidaten an die Partei wieder verstärkt worden. Die Aufbereitung von politischen Informationen und die inhaltlich-konzeptionelle Wahlkampfberatung durch die Partei könnten dazu beitragen, daß sie in den kommenden Jahren auch an politisch-programmatischem Profil dazugewinnen wird.

Im Gegensatz zur Republikanischen Partei war die Demokratische Partei noch bis Ende 1980 als nationale Organisation praktisch nicht in Erscheinung getreten. Die Reform und der Ausbau ihres bis dahin kaum organisierten und personell schwach besetzten Büros in der Bundeshauptstadt erfolgte erst nach der Wahlniederlage Jimmy Carters, unter dessen Präsidentschaft das „Democratic National Committee“ fast vollständig aufgelöst worden war. Beim Aufbau der Parteiorganisation mußte also ganz von vorne begonnen werden. Hinzu kam, daß von jeher die nationale Partei als Wahlkampforganisation für die Demokratischen Kongreßmitglieder kaum von Bedeutung war. Die Mehrzahl von ihnen stützte sich bei Wahlkämpfen auf die Mitarbeit ihres Kongreßbüros und auf die personellen und finanziellen Ressourcen von Interessengruppen⁴⁶⁾.

Gleichwohl hat es die Partei verstanden, innerhalb von nur fünf Jahren ihr Hauptquartier zu einer professionell geleiteten Parteizentrale auszubauen⁴⁷⁾. Zwar ist die Personalstärke des „Democratic National Committee“ mit rund 130 Mitarbeitern im Vergleich mit der Mitarbeiterzahl des „Republican National Committee“ gegenwärtig noch sehr gering, aber immerhin doch dreimal so hoch wie im Jahr 1972.

⁴⁶⁾ Vgl. D. Adamany, Political Parties in the 1980s, in: M. J. Malbin (Ed.), Money and Politics in the United States, Washington, D. C., 1984, S. 86 f.

⁴⁷⁾ Vgl. X. Kayden, The New Professionalism of the Oldest Party, in: Public Opinion, (1985) 8, S. 42 ff.

Aufgrund der schwachen Organisationsstruktur der Demokratischen Partei und ihrer mangelnden finanziellen Ressourcen wurde zu Beginn der Wiederaufbauphase der Großteil der eingeworbenen Spenden nicht für Wahlkampfaktivitäten, sondern vor allem für den Aufbau einer Parteizentrale und die Begleichung von alten Schulden verwendet⁴⁸). Erst im Wahljahr 1983/84 konnten von den 96,7 Millionen Dollar, die das Demokratische Nationalkomitee und die beiden Demokratischen Wahlkampfkomitees im Kongreß („Democratic Senatorial Campaign Committee“ und „Democratic Congressional Campaign Committee“) eingeworben hatten, rund 8 Millionen Dollar als direkte finanzielle Wahlkampfhilfe für die Demokratischen Amtsbewerber bei Kongreßwahlen eingesetzt werden⁴⁹). Gegenüber der Höhe der Zuwendungen im Jahr 1982 war dies eine Steigerung um über 100%.

Im Jahre 1984 wurde damit etwa ein Neuntel der Wahlkampfkosten der Kandidaten, die sich bei Bundeswahlen um ein Mandat bewarben, von der Demokratischen Partei aufgebracht. Weitere 5 Millionen Dollar wurden für Wahlkämpfe und Wählerregistrierungskampagnen in den Einzelstaaten ausgegeben⁵⁰).

Ebenso wie die Republikanische Partei hat auch die Demokratische Bundesorganisation durch regelmäßige Kontakte ihre Beziehungen zu den „Political Action Committees“ verbessern können. Der Erfolg dieser Bemühungen zeigt sich insbesondere in der Veränderung der Spendenpraxis von PACs von Unternehmen und Unternehmensverbänden („corporate PACs“), die bei der Vergabe von Wahlkampfgeldern traditionell die Republikanischen Kandidaten bevorzugt hatten. In den Jahren 1983/84 ging erstmals die Hälfte der Wahlspenden von „corporate PACs“ an die Kandidaten der Demokratischen Partei⁵¹).

Diese organisatorische und finanzielle Konsolidierung der nationalen Partei bildete die Grundlage für die Ausrüstung ihrer Parteizentrale mit modernen Wahlkampftechnologien wie etwa der Einrichtung eines eigenen Aufnahmestudios für Radio- und Fernsehsendungen, das von allen Parteikandidaten gegen eine ermäßigte Gebühr für die Produktion von Werbespots benutzt werden

kann. Des weiteren konnte die Partei durch den Ausbau ihres Apparats und die Professionalisierung der Mitarbeiter ihre Wahlkampfaktivitäten in erheblichem Umfang ausweiten. Hierzu gehören die Rekrutierung von Wahlhelfern, die Erstellung von Wahlanalysen und die Durchführung von Meinungsumfragen und Brief- und Telefonaktionen, um Spenden und Wähler zu gewinnen⁵²).

Für das Wiedererstarken der Demokratischen Bundespartei war neben der Revitalisierung ihrer Wahlkampffunktion auch die innerparteiliche Reform des Nominierungsverfahrens für Präsidentschaftskandidaten von großer Bedeutung. Durch die weitgehende Abschaffung basisdemokratischer Regelungen und die automatische Vergabe von 568 Delegiertenplätzen an Parteiführer, Gouverneure und Kongreßabgeordnete auf dem Bundeskonvent wurde seit 1984 der Einfluß der Partei auf die Kandidatennominierung wieder verstärkt⁵³).

Zusammenfassend kann man feststellen, daß beide Bundesparteien gegenwärtig organisatorisch und finanziell stabiler sind, als dies in ihrer über 150jährigen Geschichte jemals der Fall war. Zwar verfügt die Republikanische Bundesorganisation bislang noch über eine bessere organisatorische, personelle und technologische Ausstattung und über stärkere finanzielle Ressourcen als die Demokratische Partei. Aber die beachtlichen Organisationserfolge der Demokraten deuten darauf hin, daß sie bis zum Beginn der neunziger Jahre den organisatorischen und finanziellen Vorsprung der Republikaner egalalisieren könnten.

Angesichts der strukturellen Schwäche der amerikanischen Parteien stellt die Institutionalisierung und Professionalisierung ihrer Bundesorganisationen sicherlich die entscheidende Voraussetzung für ihre Revitalisierung und die Rückgewinnung ihrer elektoralen Funktionen dar. Denn erst hierdurch wurde es ihnen möglich, die Wahlkampfunterstützung für ihre Kandidaten zu intensivieren und sie damit wieder stärker in die Partei einzubinden. Zudem konnten mit Hilfe von organisierten Parteizentralen die Wahlkampfaktivitäten der nationalen Parteien und der Wahlkampfkomitees der Parteien im Kongreß besser koordiniert werden.

Es ist zu vermuten, daß die umfangreiche politische Informationsarbeit der beiden Bundespar-

48) Die Demokratische Partei mußte noch bis 1982 Schulden aus dem Präsidentschaftswahlkampf von 1968 abzahlen.

49) Vgl. Federal Election Commission (Anm. 42), S. 3.

50) Mündliche Auskunft von Mitarbeitern des „Democratic National Committee“ im August 1985 an den Verfasser.

51) Vgl. M. Glen, Democratic Candidates Got a Larger Share of the Corporate PAC Pie in 1984, in: National Journal vom 19. Mai 1985, S. 156 ff.

52) Vgl. G. D. Wekkin, The New Federal Party Organizations: Intergovernmental Consequences of Party Renewal, Paper, vorgetragen beim Jahrestreffen der „American Political Science Association“ im September 1985 in New Orleans, S. 20 ff.

53) W. Crotty (Anm. 15), S. 88 ff.

teien für ihre Kandidaten auf nationaler, einzelstaatlicher und kommunaler Ebene künftig auch ihre programmatische Funktion — die Erstellung und Durchsetzung von kohärenten politischen Konzepten — wieder verstärken dürfte.

2. Der Auf- und Ausbau der einzelstaatlichen Parteiorganisationen

Aufgrund des geringen Einflusses der Nationalkomitees lag die politische Macht der amerikanischen Parteien seit ihrer Formierung zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf der einzelstaatlichen Ebene. Hierbei beruhte die Stärke der regionalen und lokalen Parteien in erster Linie auf der vollständigen Beherrschung der Kandidatenauswahl und -nominierung bei der Besetzung öffentlicher Ämter.

Den „klassischen“ Typ der einzelstaatlichen Parteiorganisationen stellten die „Parteimaschinen“ in den großen Städten dar, deren Parteiführer („bosses“) mittels Patronage oder Korruption für den Wahlerfolg ihrer Kandidaten sorgten. Die Entstehung dieser Patronageparteien war durch das Fehlen staatlicher Sozialleistungen begünstigt worden, die von den „Parteimaschinen“ für hilfsbedürftige Schichten im Austausch gegen ihre Wahlstimmen erbracht wurden. Mit der Übernahme sozialpolitischer Aufgaben durch die Bundesregierung und der Ausweitung des Berufsbeamtentums verloren die Parteien seit den vierziger Jahren jedoch ihre Patronagemacht. Damit setzte ein allgemeiner Prozeß der Schwächung der regionalen und lokalen Parteiorganisationen ein, der in den folgenden Jahren durch die gesetzliche Einführung von Vorwahlen und die Auflösung der traditionellen Parteibindungen weiter verstärkt wurde.

In den siebziger Jahren ging dann auch die Bedeutung der Parteien als Wahlkampforganisationen zurück, als die Kandidaten durch moderne Wahlkampftechnologien und die Unterstützung von „Political Action Committees“ bei der Durchführung ihrer Wahlkämpfe kaum noch der Wahlkampfhilfe der Parteien bedurften. Die Abkoppelung der Kandidaten von den Parteien wurde zudem durch die Bestimmungen der Wahlkampffinanzierungsgesetze gefördert. Diese legten fest, daß alle Bewerber für ein Bundesamt ein unabhängiges „principal campaign committee“ einrichten mußten, das für die finanzielle Abwicklung ihrer Wahlkämpfe verantwortlich war⁵⁴). Die Trennung von Kandidat und Partei wurde damit quasi gesetzlich institutionalisiert.

⁵⁴) Vgl. J. F. Bibby u. a., *Parties in State Politics*, in: V. Gray/H. Jacob/K. Vines (Eds.), *Politics in American States*, Boston 1983⁴, S. 85 ff.

In einigen Bundestaaten wurde die Autonomie der Amtsbewerber daneben durch die Finanzierung ihrer Wahlkämpfe mit öffentlichen Mitteln begünstigt, die zum Teil direkt an die Kandidaten und nicht an die Parteien vergeben wurden⁵⁵).

Trotz dieser Veränderung der institutionellen und politischen Rahmenbedingungen blieb den Parteien ihre Funktion als legitime Träger der Staatswillensbildung erhalten. Dies lag vor allem darin begründet, daß die Verfassungen oder Wahlgesetze der meisten Bundesstaaten den Parteien die Aufgabe zuweisen, sich durch Kandidatenaufstellung an den Wahlen zu beteiligen⁵⁶). In diesen Staaten sind die Parteien nicht nur bloße gesellschaftliche Organisationen, sondern auch integraler Bestandteil des Verfassungslebens und der politischen Kultur.

Demgemäß strukturieren sich die Wahlen auf der einzelstaatlichen Ebene zumeist nach Parteifronten. Für parteipolitisch ungebundene Amtsbewerber sind die Aussichten auf einen Wahlerfolg äußerst gering. So konnte in den letzten 20 Jahren nur ein Kandidat die Wahl für das Amt des Gouverneurs gewinnen, der als „Independent“ seinen Wahlkampf bestritten hatte. Und im Jahr 1978 waren von den 5 570 Abgeordneten aller einzelstaatlichen Parlamente lediglich acht parteipolitisch nicht gebunden⁵⁷). Von einem *generellen* Einfluß- und Funktionsverlust der einzelstaatlichen Parteien konnte somit keine Rede sein.

Etwa seit Beginn der achtziger gibt es eher Hinweise dafür, daß die Demokratischen und Republikanischen Parteien in den Einzelstaaten⁵⁸) einen Teil ihrer traditionellen Funktionen zurückgewinnen konnten und ihnen insgesamt wieder eine stärkere politische Bedeutung zukommt. Die Voraussetzungen hierfür waren — ebenso wie bei den nationalen Parteien — die organisatorische Reform und der Ausbau der Parteiapparate. Denn noch Mitte der sechziger Jahre hatte die Mehrzahl

⁵⁵) Vgl. R. S. Jones, *State Public Financing and the State Parties*, in: M. J. Malbin (Ed.), *Parties, Interest Groups and Campaign Finance Laws*, Washington, D. C., 1980, S. 283 ff.

⁵⁶) In der Regel gilt dies nur für die Wahlen von Gouverneuren, Senatoren und Abgeordneten. Die überwiegende Zahl der lokalen Wahlen sind dagegen reine Personalwahlen („non partisan elections“). Vgl. R. J. Huckshorn, *Political Parties in America*, Monterey 1984², S. 54.

⁵⁷) Vgl. S. Mc Cally Morehouse, *State Politics, Parties and Policy*, New York 1981, S. 29.

⁵⁸) Sogenannte „Dritte“ Parteien haben sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in den Vereinigten Staaten aufgrund des Mehrheitswahlrechts und der restriktiven Zulassungsbeschränkungen politisch nicht durchsetzen können. Vgl. St. J. Rosenstone/Roy L. Behr/E. H. Lazarus, *Third Parties in America*, Princeton 1984, S. 15 ff.

der Parteien weder ein eigenes Parteibüro noch festangestellte Mitarbeiter. In der Regel wurden die Parteiarbeiten von ehrenamtlichen Funktionären und freiwilligen Helfern erledigt.

Bis zum Jahre 1984 hatte sich das organisatorische Erscheinungsbild der Parteien jedoch deutlich verändert. Fast alle Parteien verfügten nun über eine eigene Parteizentrale mit mindestens einem festen Mitarbeiter. Bei rund 15% der Parteien waren sogar zehn oder mehr Mitarbeiter angestellt⁵⁹⁾. Allerdings gab es bei der personellen und finanziellen Ausstattung zwischen beiden Parteien beträchtliche Unterschiede. Im Durchschnitt war nicht nur die Mitarbeiterzahl der Republikanischen Parteiorganisationen doppelt so hoch wie bei den Demokraten, sondern auch der Haushaltsetat. Während bei den meisten Demokratischen Parteiorganisationen der Jahresetat unter 250 000 Dollar lag, stand der Mehrzahl der Republikanischen Parteien ein Etat von mehr als 500 000 Dollar zur Verfügung.

Der Vorsprung der Republikaner beruhte zum einen darauf, daß sie von der nationalen Partei weitaus mehr finanzielle Unterstützung erhielten als die Demokraten⁶⁰⁾. Zum anderen war die größere organisatorische und finanzielle Stabilität der Republikanischen Parteien das Ergebnis ihrer intensiven Bemühungen, ihre im Vergleich zu den Demokraten schwächere politische Stellung auf der einzelstaatlichen Ebene durch starke Parteiorganisationen zu verbessern.

Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigte sich vor allem in der Ausweitung der Wahlkampfhilfe für die Republikanischen Amtsbewerber, denen eine größere finanzielle, organisatorische und personelle Unterstützung durch die Partei zukam als ihren Demokratischen Konkurrenten.

Das verstärkte Eingreifen der Parteien in die Wahlkämpfe dürfte mitentscheidend dafür sein, daß seit einigen Jahren die Kontakte zwischen den Parteien und ihren Kandidaten wieder zugenommen haben. Obgleich laut einer Umfrage der „Advisory Commission On Intergovernmental Relations“ die Mehrzahl der Parteiführer in den Bundesstaaten das parteipolitische Engagement der Kandidaten nach ihrer Wahl noch nicht sehr hoch einschätzt⁶¹⁾, läßt sich zumindest ein wach-

sendes Interesse von Amtsinhabern und Mandatsträgern an Parteiangelegenheiten feststellen. Ein wichtiges Indiz hierfür ist, daß sich immer häufiger Abgeordnete, Senatoren und Gouverneure um ein Parteiamt bemühen oder aktiv am innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß teilnehmen⁶²⁾. Die noch in den siebziger Jahren parteipolitisch äußerst verselbständigten Entscheidungsträger scheinen also die Parteien wie der stärker in ihre politische Arbeit einzubeziehen.

Im Gegensatz zu den „state parties“ hat die politische Bedeutung der kommunalen Parteien in den letzten Jahren weiter abgenommen. Ausschlaggebend hierfür war, daß inzwischen die Wahlgesetze fast aller Bundesstaaten für die Besetzung der kommunalen Ämter die Personalauswahl („nonpartisan elections“) vorschreiben⁶³⁾. Die Parteien spielen hier als politische Organisationen keine Rolle, zumal sie auch über keine nennenswerten personellen oder finanziellen Ressourcen verfügen.

Insgesamt kann man jedoch eine Revitalisierung der einzelstaatlichen Parteien feststellen, die der drohenden „Auszehrung“ ihrer Funktionen und der Verminderung ihres politischen Einflusses erfolgreich entgegenwirken konnten. Durch die Verbesserung ihrer organisatorischen und finanziellen Basis und die Erweiterung ihres Wahlkampfeservices für die Parteikandidaten kommt ihnen als Organisationen der Personalrekrutierung und Wahlkampfführung wieder eine größere Bedeutung zu. Und die offensichtlich zunehmende Einbindung von Amtsbewerbern und Politikern in die Parteien weist auf ihren steigenden Einfluß im politischen Entscheidungsprozeß hin.

Ob die Parteien in den kommenden Jahren ihre wieder gefestigte Position im politischen Willensbildungsprozeß beibehalten oder noch ausbauen können, wird nicht zuletzt von einer Reform der Partei- bzw. Wahlgesetze abhängen, die nach Auffassung der meisten Parteiführer den Parteien die Erledigung ihrer Aufgaben erschweren⁶⁴⁾.

Bislang jedenfalls sind erst in wenigen Bundesstaaten für die Parteien günstigere gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen worden. So können die Parteien zur Zeit lediglich in acht Staaten zur Finanzierung von Wahlkämpfen auf öffent-

⁵⁹⁾ Zum folgenden vgl.: T. Conlan/A. Martino/R. Dilger, *State Parties in the 1980s*, in: *Intergovernmental Perspektive*, (1984) 10, S. 6ff.; C. P. Cotter/J. L. Gibson/J. F. Bibby/R. J. Huckshorn, *Party Organizations In American Politics*, New York 1984, S. 13ff.

⁶⁰⁾ In den Jahren 1983/84 wurden 70% der Republikanischen Parteien und nur 50% der Demokratischen Parteien von ihren Bundesorganisationen finanziell unterstützt.

⁶¹⁾ Vgl. T. Conlan/A. Martino/R. Dilger (Anm. 59), S. 7.

⁶²⁾ Vgl. D. Pilcher, *Legislators as party leaders: Why wear two hats?* in: *State Legislatures*, (1984) 10, S. 15ff.; C. D. Cotter u. a. (Anm. 59), S. 92f.

⁶³⁾ In rund 65% aller Städte mit über 5 000 Einwohnern werden „nonpartisan elections“ durchgeführt. Vgl. W. Crotty (Anm. 59), S. 11.

⁶⁴⁾ Vgl. T. Conlan/A. Martino/R. Dilger (Anm. 5), S. 11.

liche Mittel zurückgreifen⁶⁵). Und nur in 19 Staaten ist den Parteien die Unterstützung ihrer Kandidaten bei Vorwahlen erlaubt („primary candidate endorsement“)⁶⁶). Besonders nachteilig ist für die Parteien, daß erst in 25 Staaten Behörden zur Kontrolle von „Political Action Committees“ errichtet worden sind. Zwar gibt es in fast allen anderen Staaten für die Wahlkampfaktivitäten der PACs gesetzliche Auflagen; diese wurden aber in der Vergangenheit aufgrund unzureichender staatlicher Überwachung häufig nicht beachtet⁶⁷).

IV. Der Strukturwandel des amerikanischen Parteiensystems

1. „Party Building“ in der Republikanischen und in der Demokratischen Partei

Eines der besonderen Merkmale des amerikanischen Parteiensystems ist die dezentrale Struktur der Parteiorganisationen. Die nationalen und die einzelstaatlichen Parteien sind formell voneinander unabhängig. Anders als etwa in der Bundesrepublik Deutschland hatten die Bundesparteien keinen Einfluß auf die regionalen und lokalen Parteien, deren Binnenorganisation zudem in den meisten Bundesstaaten gesetzlich geregelt ist. Die dezentrale Struktur des Parteiensystems bestimmte auch das Verhältnis der verschiedenen Parteiebenen zueinander, auf denen selbständig und mehr nebeneinander gearbeitet wurde. Diese Isolierung der einzelnen Organisationsebenen wurde durch die mangelnde politische Kohärenz innerhalb der Parteien noch zusätzlich verstärkt.

Seit dem Ende der siebziger Jahre sind jedoch bei Republikanern und Demokraten Ansätze einer engeren Zusammenarbeit zwischen Bundes- und einzelstaatlichen Parteien und eine zunehmende Verflechtung der verschiedenen Parteiebenen erkennbar.

In der Republikanischen Partei geht diese Entwicklung auf die Initiative des „Republican National Committee“ zurück, die Partei von unten nach oben neu aufzubauen und die einzelstaatlichen Parteien stärker in die Gesamtpartei zu integrieren. Diese Reform zielte vor allem auf die Stabilisierung und Erweiterung der Parteibasis auf der regionalen und lokalen Ebene ab. Denn aufgrund der föderalistischen Struktur des amerika-

Um allerdings ihren zurückgewonnenen Einfluß auf Dauer zu behaupten, werden die Parteien neben ihren elektoralen Funktionen auch ihre programmatischen Funktionen reaktivieren müssen. Denn angesichts der Repolitisierung und stärkeren inhaltlichen Thematisierung der amerikanischen Wahlkämpfe seit Beginn der achtziger Jahre haben die Parteien künftig wieder für eine von den Wählern deutlich auszumachende politische Richtung einzustehen.

nischen Regierungssystems war die von der Partei angestrebte „Republikanisierung“ der amerikanischen Politik solange nicht zu realisieren, wie die Demokraten in den meisten Bundesstaaten die Mehrheitspartei bildeten. Daher wurde von der nationalen Republikanischen Partei parallel zur Reorganisation ihrer Parteizentrale auch der Aufbau der regionalen und lokalen Parteiorganisationen mit Geldspenden, modernen Wahlkampftechnologien und professionellen Politikberatern unterstützt⁶⁸). Hierbei konzentrierten sich die Bemühungen des Nationalkomitees in besonderem Maße auf die lokalen Parteien, für die spezielle Programme („Working Partners Program“ und „Commitment 80“) zur Mobilisierung von Wählern und ehrenamtlichen Parteihelfern konzipiert und finanziert wurden.

Ferner werden seit einigen Jahren von der Republikanischen Parteizentrale Seminare über modernes Wahlkampfmanagement („campaign management schools“) veranstaltet, bei denen die Kandidaten und Funktionäre der einzelstaatlichen Parteien anhand von praktischen Beispielen über die Organisation und Planung von Wahlkämpfen unterrichtet werden. Diese Seminare haben ebenso wie die inhaltliche und programmatische Wahlkampfberatung der Bundespartei sowohl zum Abbau des innerparteilichen Kommunikations- und Informationsgefälles als auch zur Stärkung des programmatisch-ideologischen Zusammenhaltes innerhalb der Gesamtpartei beigetragen.

Ein Symbol für die offensichtlich zunehmende innerparteiliche Organisationsidentität ist die von der Republikanischen Bundespartei initiierte Einrichtung der „National Republican Legislators Association“ (NRLA), der inzwischen 800 Repu-

⁶⁵) Vgl. R. S. Jones, *State Public Campaign Finance: Implication for Partisan Politics*, in: *American Journal of Political Science*, (1981) 25, S. 347.

⁶⁶) Vgl. M. E. Jewell, *Parties and Primaries*, New York 1984, S. 33 ff.

⁶⁷) Vgl. C. L. Romig, *Political Action Committees*, in: *State Legislative Report*, (1985) 9, S. 3 f.

⁶⁸) Vgl. J. F. Bibby, *Party Renewal In The National Republican Party*, in: G. M. Pomper (Ed.), *Party Renewal in America*, New York 1980, S. 107 ff.

blikanische Abgeordnete aus den einzelstaatlichen Parlamenten beigetreten sind. Zu den Aufgaben dieses eng mit der Bundespartei zusammenarbeitenden Parlamentariergremiums gehören die Unterstützung der Parteikandidaten bei regionalen Wahlen und die Durchsetzung Republikanischer Grundsätze in den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten und in der „National Conference of State Legislators“ (NCSL), welche die Interessen von rund 7 600 Abgeordneten aus den Einzelstaatslegislativen in Washington vertritt⁶⁹⁾.

Die Demokratische Bundespartei hat es ebenfalls mit einigem Erfolg verstanden, durch die Ausweitung der organisatorischen, finanziellen und konzeptionellen Wahlkampfhilfe für die einzelstaatlichen Parteiorganisationen und ihre Kandidaten die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den unteren Parteiebenen zu verbessern. Die Bundesorganisation versprach sich hiervon eine effektivere Koordinierung ihrer Wahlkampfarbeit, die in der Vergangenheit durch die äußerst dezentralisierte Organisationsform der Partei und die Fragmentierung der parteipolitischen Macht erschwert worden war.

Die Herausgabe von Parteizeitungen und Informationsdiensten sowie die Durchführung von Schulungsseminaren für die Kandidaten und Funktionäre der einzelstaatlichen Parteien waren weitere Serviceleistungen der nationalen Parteizentrale, die innerhalb der Gesamtpartei nicht nur den Informationsaustausch und die Kommunikation, sondern auch die politisch-ideologische Kohärenz verstärkt haben.

Ein Indiz hierfür ist die von der Bundespartei finanziell unterstützte Einrichtung des „Democratic State Legislative Caucus“ (DSL), einer Vereinigung von Demokratischen Abgeordneten aus den einzelstaatlichen Parlamenten.

In den beiden großen Parteien hat sich damit eine Entwicklung vollzogen, die die Veränderung ihrer dezentralen Organisationsstrukturen und eine sich allmählich herausbildende innerparteiliche Organisationsidentität erkennen läßt. Zweifellos hat dieser institutionelle und strukturelle Wandel des Parteiengefüges — von der amerikanischen Politikwissenschaft als „party building“⁷⁰⁾ bezeichnet — die Fragmentierung der parteipolitischen Macht verringert und die politisch-ideologische Homogenität innerhalb der Gesamtparteien angewachsen lassen.

⁶⁹⁾ Vgl. A Democratic caucus and Republican association, in: State Legislatures, (1984) 10, S. 16f.

⁷⁰⁾ Vgl. D. E. Price, Bringing Back the Parties, Washington, D. C., 1984, S. 298.

Ogleich sich hierdurch die Effektivität der Parteien als Institution der politischen Willensbildung wieder vergrößert hat, besteht bei ihnen nach wie vor eine Diskrepanz zwischen ihrer organisatorischen Stärke und ihrer Repräsentations- und Integrationsschwäche. Die Parteien werden sich daher in den nächsten Jahren bemühen müssen, die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse und Interessen wieder stärker zu thematisieren und auf der politischen Ebene präsent zu machen.

2. Die „Nationalisierung“ des amerikanischen Parteiensystems

Die für die künftige innere Entwicklung des amerikanischen Parteiensystems vielleicht bedeutsamste Folge seiner Reformierung ist die Verschiebung der innerparteilichen Machtverhältnisse zu Gunsten der nationalen Parteien. Der entscheidende Grund für diese „Nationalisierung“⁷¹⁾ des Parteiensystems liegt in der zunehmenden Abhängigkeit der einzelstaatlichen Parteien von der finanziellen und organisatorischen Unterstützung ihrer Bundesorganisationen. Denn die in der Vergangenheit für die dezentralisierte Struktur des Parteiensystems charakteristische Autonomie der einzelstaatlichen Parteien beruhte in erster Linie auf ihrer finanziellen Autarkie, die es den Bundesparteien verwehrte, durch die Gewährung oder Verweigerung von Wahlkampfhilfe oder finanziellen Zuschüssen auf die unteren Parteiebenen einzuwirken.

Während sich bei den Republikanern die politische Dominanz der Bundespartei vor allem auf ihre Finanzierungsmacht und auf die damit verbundenen Einflußmöglichkeiten gründete⁷²⁾, ist in der Demokratischen Partei die Verlagerung des politischen Schwergewichts auf die Bundesebene eher das Resultat von prozeduralen Reformen, bei denen die Festlegung der Modalitäten bei der Delegiertenwahl für die Bundeskonvente der Bundesorganisation übertragen wurden⁷³⁾.

Der Machtzuwachs der Bundespartei wurde gewissermaßen legalisiert, als der Oberste Gerichts-

⁷¹⁾ Vgl. Ch. Longley, Party Nationalization in America, in: W.-J. Crotty (Ed.), Paths to Political Reform, Lexington 1980, S. 167; Ch. D. Hadley, The Nationalization of American Politics: Congress, The Supreme Court, And the National Political Parties, in: Journal of Social and Political Studies, (1979) 9, S. 359 ff.

⁷²⁾ Vgl. M. Conway, Republican Political Party Nationalization. Campaign Activities, and Their Implication for the Party System, in: Publius, (1983) 13, S. 10.

⁷³⁾ Vgl. R. A. Hitlin, The Nationalization of the Democratic Party, in: Western Political Quarterly, (1981) 34, S. 270 ff.; Ch. Longley, Party Reform and Party Nationalization: The Case of the Democrats, in: W. J. Crotty (Ed.), The Party Symbol, New York 1980, S. 359 ff.

hof 1981 anlässlich eines Streites zwischen der Demokratischen Partei und dem Staat Wisconsin feststellte, daß Einzelstaaten keinen rechtlichen Anspruch darauf haben, daß ihre Delegierten zu den Bundeskonventen zugelassen werden, wenn ihre Wahlgesetze gegen die von der Bundespartei festgelegten Wahlbestimmungen verstoßen, da die Bundesstaaten keine Zuständigkeit hätten, die Modalitäten des innerparteilichen Auswahl- und Nominierungsprozesses zu reglementieren. Insbesondere gäbe es hinsichtlich des Delegiertenauswahlverfahrens keinen Vorrang der einzelstaatlichen Gesetze gegenüber den Parteiregeln⁷⁴⁾.

Diese Veränderung der innerparteilichen Machtstruktur wurde auch durch die Reform der Wahlkampffinanzierungsgesetze in den siebziger Jahren gefördert, deren komplizierte Publikations- und Rechnungslegungsvorschriften nach Ansicht der Parteiführer die zumeist wenig professionellen Mitarbeiter der regionalen und lokalen Parteiorganisationen überforderten. Da die Erfüllung dieser gesetzlichen Auflagen den einzelstaatlichen Parteien vielfach ohne ihre Bundesorganisation nicht möglich gewesen wäre, wurde hierdurch die

Abhängigkeit der ohnehin schon auf die Unterstützung der Bundesparteien angewiesenen einzelstaatlichen Parteien weiter verstärkt⁷⁵⁾.

Die zu erwartende politische Konsequenz dieser Nationalisierung des Parteiensystems ist eine noch stärkere programmatische Orientierung der Parteien an bundespolitischen Themen. Das Interesse der Parteien und vermutlich auch der Wähler an regionalen und kommunalpolitischen Problemen dürfte in den nächsten Jahren weiter nachlassen. Für die künftige Formierung der parteipolitischen Fronten unter primärer Berücksichtigung von „national issues“ spricht auch, daß aufgrund der strukturellen Verschiebungen innerhalb des Parteiensystems der Einfluß der regionalen und lokalen Parteien auf die Abgeordneten und Senatoren des Kongresses deutlich zurückgegangen ist. Diese werden sich in den kommenden Jahren politisch und ideologisch stärker an den Bundesparteien orientieren, die in zunehmendem Maße auf der einzelstaatlichen Ebene sowohl bei der Verteilung von Wahlkampfgeldern als auch bei der Rekrutierung und Auswahl von Kandidaten ein Mitspracherecht beanspruchen.

⁷⁴⁾ Vgl. W. Welz (Anm. 14), S. 4ff.

⁷⁵⁾ Vgl. X. Kayden, *The Nationalizing of the Party System*, in: M. J. Malbin (Ed.) (Anm. 55), S. 257ff.

Individualität, Pluralismus und Konsens in der westlichen Demokratie

Überlegungen zur Zukunftsgestaltung im modernen amerikanischen Konservatismus

I. Konservatismus und liberale Demokratie in der amerikanischen Gesellschaft

Die Administration Ronald Reagans kann sich insofern als politisch erfolgreich bezeichnen, als sie den weitverbreiteten Pessimismus, den Verlust an Selbstvertrauen, das Gefühl außenpolitischer Ohnmacht und die wirtschaftliche Stagflation der siebziger Jahre überwunden hat, und dies trotz der andauernden gewaltigen Haushalts- und Außenhandelsdefizite und der problematischen Beziehungen zur UdSSR¹⁾.

Eine andere Frage ist, ob die Wahl Ronald Reagans im Jahr 1980 als Ausdruck und als Beginn einer Wende zum Konservatismus bei den Mittelschichtwählern gesehen werden kann. Zur Beantwortung dieser Frage gehört auch eine einigermaßen klare Vorstellung davon, was „konservativ“ in den USA heute bedeutet oder bedeuten kann. Um das Demokratieverständnis, die Grundprinzipien und gesellschaftlichen Ziele des derzeitigen amerikanischen Konservatismus zu erhellen, wird im folgenden ein Teil der der Reagan-Administration politisch nahestehenden und nicht ausschließlich an Akademiker gerichteten konservativen sozialphilosophischen Literatur dargestellt. Unsere kurze Untersuchung macht deutlich, daß es weder in der theoretischen Diskussion noch innerhalb der Wählergruppen, die die Reagan-Administration unterstützen, eine Übereinstimmung über Sinn und Bedeutung des Konservatismus gibt. Dies sollte nicht überraschen. Der intellektuell und gesellschaftlich vorherrschende Pluralismus hat längst auch das konservative Lager eingeholt. Zwar vermag der Präsident als politische Integrationsfigur konservative Wähler und Interessengruppen trotz zahlreicher Widersprüche zusammenzuhalten. Dennoch gibt es bisher keine einheitliche Definition von Inhalt und Zielen des Konservatismus, obwohl es ein

¹⁾ Siehe John L. Palmer/Isabel V. Sawhill (Hrsg.), *The Reagan Record*, Cambridge (Mass.) 1984. Im folgenden befassen wir uns nicht mit den außenpolitischen Aspekten des Konservatismus.

erklärtes Ziel der Neokonservativen gewesen war, zum ersten Mal im 20. Jahrhundert eine ernst zu nehmende Doktrin eines amerikanischen Konservatismus zu formulieren²⁾. Wie sich dies auf die konservative Politik in der Zeit nach Reagan auswirken wird, läßt sich schon allein deshalb nicht vorhersagen, weil bisher noch keine echte Diskussion zwischen Liberaldemokratie und Konservatismus über die Grundsätze einer zukünftigen amerikanischen Politik stattgefunden hat³⁾.

Es ist unbestritten, daß der republikanische Präsidentschaftskandidat Reagan die Wahl von 1980 hauptsächlich aufgrund eines starken Votums gegen den unglückseligen Präsidenten Carter gewann. Dieser verkörperte fast sämtliche Schwächen, Anfälligkeiten und Niederlagen der jüngsten amerikanischen Vergangenheit in einer versicherten, von liberaldemokratischen Vorstellungen geprägten Gesellschaft. Bekanntlich beruhte Reagans politische Einzigartigkeit jedoch nicht darauf, daß er — im Gegensatz zu Präsident Carter — deutliche außenpolitische Stärke und Führungskraft sowie innenpolitisch eine Epoche wirtschaftlichen Wachstums und sinkender Inflationsraten einzuleiten versprach. Vielmehr betrachtet es Präsident Reagan bis heute als Herausforderung, die Liberaldemokratie der Demokratischen Partei als Hauptursache sämtlicher amerikanischen Probleme der letzten Jahrzehnte zu brandmarken. Dabei muß hervorgehoben werden, daß der Sieg Reagans im November 1980 das

²⁾ Siehe Irving Kristol, *Reflections of a Neoconservative*, New York 1983, Introduction, sowie Irving Kristol, *Two Cheers for Capitalism*, New York 1978.

³⁾ Liberaldemokratie wird im folgenden durchgängig als Übersetzung von den „liberals“ der Demokratischen Partei gebraucht. Zum Thema der nicht stattfindenden Debatte zwischen „liberals“ und Konservativen siehe Robert Kuttner, *What's the Big Idea?*, in: *The New Republic*, November 18, 1985. Siehe auch Linda J. Medcalf/Kenneth M. Dolbeare, *Neopolitics, American Political Ideas in the 1980's*, New York 1985.

Ende eines langen, sich über Jahrzehnte erstreckenden Zerfalls und Niedergangs der Liberaldemokratie und der Demokratischen Partei und damit gleichzeitig eine Schwächung ihrer Regierungsform — der Präsidialdemokratie — markierte. Mindestens seit der Spaltung der Demokratischen Partei in eine „Neue Linke“ und „Alte Linke“ bis zur Kandidatur George McGovern für das Präsidentenamt 1972 war in akademischen und politischen Kreisen von der Krise, oder sogar vom Ende des „liberalism“ die Rede⁴⁾. Mit dem Stichwort der Antrittsrede vom Januar 1981, „government is not the solution to our problem, government is the problem“, griff Reagan jedoch explizit die Grundlagen der Regierungsform, nämlich der Präsidialdemokratie an, die die progressiven Liberaldemokraten im Laufe des 20. Jahrhunderts als notwendige politische Reaktion auf den modernen Industriekapitalismus herausgebildet hatten⁵⁾.

Mindestens seit Woodrow Wilson und Theodore Roosevelt in der Präsidentenwahl von 1912 war es die erklärte Absicht der Präsidialdemokratie, die individuelle Freiheit der Mehrheit der Bürger auf nationaler Ebene insbesondere im wirtschaftlichen Bereich vor der wirtschaftlichen Machtkonzentration der Großkonzerne zu schützen. Der ökonomische Gleichheitsanspruch der Mehrheit sollte hauptsächlich durch das das nationale Gemeinwohl repräsentierende Präsidialamt gegenüber den im Kongreß vertretenen Partikularinteressen verteidigt werden⁶⁾. Nach Ansicht Reagans und seiner Anhänger ist jedoch die mittlerweile mächtig angewachsene Bundesregierung selber zum Hauptfeind des Wirtschaftsindividualismus avanciert. Diese Entwicklung war nicht so sehr das Resultat des von F. D. Roosevelt während der Weltwirtschaftskrise eingeführten und von Reagan nie geänderten sozialen Sicherungssystems, sondern der Sozialpläne der „great society“, die unter Präsident Johnson Mitte der sechziger Jahre entwickelt wurden.

Hinter Präsident Reagan steht heute eine Vielzahl konservativer Gruppierungen, die sich bisher wahlpolitisch zwar zusammenhalten ließen, deren Widersprüche und Konflikte jedoch immer deutlicher werden. Diese konservative Wählerschaft setzt sich aus den folgenden Hauptrichtungen zusammen:

Erstens den traditionellen Republikanern, die nochmals unterteilt werden können in eine kleine

⁴⁾ Siehe Theodore Lowi, *The End of Liberalism*, New York 1969.

⁵⁾ President Reagan's Inaugural Address, *New York Times*, January 21, 1981.

⁶⁾ Siehe Horst Mewes, *Einführung in das politische System der USA*, Heidelberg 1986.

Gruppe des in der Vergangenheit einflußreichen Finanz- und Industriebürgertums der Ostküste sowie in die kleinstädtischen Mittelschichten des Mittleren Westens und Westens, die traditionelle Werte wie Religion, Patriotismus, Familienleben und „small business“ verkörpern.

Zweitens den Neokonservativen, die meist als ehemalige „liberals“ eine politische Autoritätskrise und eine von der Neuen Linken verursachte allgemeine Kulturkrise der amerikanischen liberalen Gesellschaft wahrnehmen. Neokonservative unterstützen deutlicher als andere konservative Gruppen eine aktive, das Gemeinwohl im traditionellen Sinne fördernde Bundesregierung. Dies schon allein deswegen, weil Neokonservative meist eine starke, deutlich antikommunistisch orientierte Außenpolitik vertreten.

Drittens den Wirtschaftskonservativen, die sich als Liberale im Sinne des 19. Jahrhunderts verstehen und ausschließlich für eine zeitgenössische Version des „Nachtwächterstaats“ werben.

Viertens der „Neuen Rechten“, die seit Ende der siebziger Jahre von den verschiedenen protestantischen Bibelfundamentalisten, populistischen, d. h. antielitären und antiliberalen Kulturfundamentalisten und ethnischen Gruppen europäischer Abstammung gebildet wird.

Die Neue Rechte, die zutreffend als Zusammenschluß neuer „Mittelschichttradikalen“ bezeichnet wurde, besteht demnach aus religiös und kulturell verunsicherten, von den sozialen und säkular-humanistischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte entfremdeten Wählern, die insbesondere auf lokaler Ebene aktiv in Kontroversen über das Bildungssystem, die Kulturpolitik, Frauenemanzipation, Minderheitenrechte, Abtreibung usw. eingreifen und traditionelle amerikanische Werte wie Familie, Religion und Patriotismus verteidigen. Bei den Anhängern der Neuen Rechten handelt es sich unter anderem auch um ehemalige George Wallace-Protestwähler der Demokratischen Partei. Diese sind ins konservative Lager abgewandert, weil sie sich von dem „upper class“-Gehabe der Neuen Linken übergangen fühlten. Damit ist die konservative Reagan-Koalition zumindest für die Teile der weißen Mittelschicht und unteren Mittelschicht zur populistischen Protestpartei geworden, die davon überzeugt sind, daß sie die Rechnung für die „Sozialexperimente“ der Liberaldemokraten seit Präsident Johnsons „Great Society“-Programmen Mitte der sechziger Jahre bezahlen mußten.

Innerhalb dieser verschiedenen Richtungen des Konservatismus herrscht jedoch keine Übereinstimmung über die konservativen Grundthemen des Individualismus, der allgemeinen individuel-

len Verantwortung für das Gemeinwohl auf nationaler Ebene und über die Rolle einer „öffentlichen Moral“ (public morality) als notwendiger Grundlage der Demokratie im Zeitalter eines stark ausgeprägten sozialökonomischen und kulturellen Pluralismus⁷⁾.

Insgesamt besteht die an die moderne Liberaldemokratie gerichtete Herausforderung des derzeitigen Konservatismus im wesentlichen aus den folgenden, eng zusammenhängenden Behauptungen oder Thesen:

Erstens: Ein stark ausgeprägter Individualismus ist die notwendige Grundlage nicht nur der modernen kapitalistischen Wirtschaft, sondern auch der Demokratie. Der Verlust der Eigenverantwortung des Einzelbürgers und die zunehmende Abhängigkeit vom Staat zerstören gleichzeitig wirtschaftlichen Erfolg und die für die Volkssouveränität lebensnotwendige individuelle Selbständigkeit. Folglich ist auch das Gemeinwohl nur als Resultat der Übereinstimmung freier Individuen denkbar. Mit dieser These greift der Konservatismus auf eine der wesentlichen Grundüberzeugungen des amerikanischen Demokratieverständnisses zurück, das mindestens seit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 ein Hauptelement der amerikanischen politischen Tradition ist. In diesem Punkt stimmt die Liberaldemokratie fast völlig mit dem Konservatismus überein.

Zweitens: Der Individualismus benötigt jedoch zu seiner Verwirklichung und Erhaltung eine von der Gesellschaft der Individuen geteilte öffentliche Moral (public morality), die, wie die Gründungsväter es formulierten, den „wachsamen und männlichen Geist“ (vigilant and manly spirit) des freiheitsliebenden Bürgers gleichzeitig herausbildet, unterstützt und fördert. Nur eine solche öffentliche Moral, basierend auf Protestantismus, Erziehung in der Familie, Schulbildung sowie Patriotismus, kann ein Abgleiten des Individualismus in zerstörerischen Egoismus und Anarchie verhindern. Aber diese hedonistische Version des Individualismus herrscht nach Ansicht vieler Konservativer heute vor, und zwar infolge von liberaldemokratischer Politik. Eine Rückkehr zum „alten“ Individualismus benötigt demzufolge auch die Rückkehr zur protestantischen Ethik des Frühkapitalismus oder des vorkapitalistischen Agrarstaats.

Drittens: Diese Kombination von Individualismus und einer diesen prägenden öffentlichen Moral, von wachsamem politischem Geist und ge-

⁷⁾ Siehe Kevin P. Phillips, *Post-Conservative America, People, Politics and Ideology in a Time of Crisis*, New York 1982. Siehe auch Peter Steinfels, *The Neoconservatives*, New York 1979.

meinsamer Lebenstradition bildet den ursprünglichen „american way of life“. Dieser war die eigentliche Ursache und der Garant von materiellem Fortschritt im modernen Sinne des Wortes. Auch dieser Fortschrittsglaube ist ein wesentlicher Teil des konservativen Credo. Sogar die Mehrzahl der Bibelfundamentalisten teilt diese Auffassung. Konservatismus heißt Zuversicht in einer beständigen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt, der im Rückblick die Geschichte der USA als eine Art „Sondermission“ auszeichnet. Der Konservative versteht sich somit als Revolutionär. Fortschritt als sich ewig wandelnder historischer Prozeß sei aber zuletzt auch deshalb unerlässlich, weil er durch seine Herausforderungen den traditionellen Individualismus und seine öffentliche Moral am Leben erhält.

Die Liberaldemokratie wurde von den Konservativen beschuldigt, im Laufe der letzten Jahrzehnte einen von dieser Tradition stark abweichenden Kurs verfolgt und damit die Grundlagen der amerikanischen Demokratie gefährdet zu haben. Dieser Kurs sei demnach der eigentliche Grund für die zahlreichen Krisen der jüngsten Vergangenheit. Der konservativen Kritik zufolge hatte der falsche Kurs der Liberaldemokraten zwei Merkmale: Erstens wurde das Verantwortungsbewußtsein und die Selbständigkeit des Einzelbürgers durch stetig wachsende Staatstätigkeit — insbesondere in den Bereichen der Wirtschaft und des Sozialen — unterminiert. Zweitens wurde die traditionelle öffentliche Moral durch eine Politik der Unterstützung von Minderheiten- und Individualrechten ersetzt, die sich letztlich auf eine die gesamte öffentliche Moral zerstörende Privatmoral stützte. Damit förderte die Liberaldemokratie nach dem Urteil der Konservativen nicht nur den individuellen Hedonismus, sondern sie gefährdete auch die Grundlagen für jeden weiteren amerikanischen wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt⁸⁾.

Nun beweisen jedoch vielfältige konservative Diskussionsbeiträge über die Grundlagen der Demokratie, inwiefern diese vereinfachende Gegenüberstellung von Liberaldemokratie und Konservatismus nicht nur Probleme aufdeckt, sondern auch verdeckt. Diese konservative Kritik der Liberaldemokratie ignoriert nämlich, inwieweit auch die Liberaldemokratie praktische Versuche für eine Lösung von Problemen unternommen hat, die der traditionellen Doktrin vom Individualismus innewohnen. Diese Probleme können wie folgt zusammengefaßt werden:

⁸⁾ Siehe Robert Nisbet, *History of the Idea of Progress*, New York 1980.

Erstens: Was den Individualismus betrifft, so ist die problematische Beziehung zwischen „Eigentumsindividualismus“ und „politischem Individualismus“ oder zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit von Anfang an ein Grundproblem der Naturrechtstheorie und der Liberaldemokratie gewesen. Eigentumsindividualismus resultiert, trotz des Ideals der Chancengleichheit, in Ungleichheit; politischer Individualismus beschränkt sich notwendigerweise auf eine Gleichheit vor dem Gesetz.

Zweitens: Was die öffentliche Moral des Individualismus betrifft, so treten Probleme auf, sobald die Interpretation dieser öffentlichen Moral nicht

mit den Grundrechten einzelner Individuen oder dem religiösen und kulturellen Pluralismus der modernen Gesellschaft vereinbar ist.

Drittens: Was den Zusammenhang zwischen traditionellem Individualismus und materiellen Fortschritt betrifft, ist die Frage, ob nicht viele der aufgrund dieses Fortschritts entstehenden ökonomischen Gegebenheiten den alten Individualismus unterminieren anstatt ihn zu fördern.

Im folgenden gehen wir anhand der konservativen Auseinandersetzung näher auf die Probleme des Individualismus und des Konsenses über die öffentliche Moral in der amerikanischen Gesellschaft ein.

II. Probleme des Individualismus

Die Verteidigung des Individualismus steht im Mittelpunkt der konservativen Politik und ihrer theoretischen Rechtfertigungsversuche. Wie bereits angedeutet, gehört jedoch auch die Diskussion über die „traditionelle Moral“ zum Thema des Individualismus, weil dieser im konservativen Selbstverständnis eine gewisse öffentliche oder gemeinschaftliche Moral zur Unterstützung benötigt. Irving Kristol, ein Neokonservativer, hat völlig recht mit seiner Behauptung, daß „Amerikaner gleichzeitig individualistisch und gemeinschaftsorientiert“ sind⁹⁾.

Wichtig ist allerdings die Tatsache, daß in der heutigen Diskussion von mindestens zwei Varianten des Individualismus die Rede ist. Zunächst einmal wird der traditionelle Eigentums- oder Wirtschaftsindividualismus gegen „big government“ verteidigt. Diese Form des Individualismus spielt zweifelsohne eine Hauptrolle in der Politik der Reagan-Administration. Dabei muß unterstrichen werden, daß Reagan als konservativer Populist gleichzeitig die allgemeine politische Verantwortung für die Gesundheit und das Wachstum der Gesamtwirtschaft beibehält und sich in diesem Punkt nicht von der Liberaldemokratie unterscheidet. Zusätzlich wird der traditionelle Individualismus jedoch auch noch gegen eine moderne Version des Individualismus, nämlich die „neulinke Version“ der Liberaldemokratie, verteidigt. Während die Verteidigung des Wirtschaftsindividualismus im extremen Fall die Rolle von Staat und politischem Konsensus fast völlig ignoriert, unterstreicht die konservative Kritik des heutigen hedonistischen, angeblich liberaldemokratischen Individualismus demgegenüber die

Notwendigkeit einer „public philosophy“, der „community“ und des Wertekonsens für die amerikanische Gesellschaft.

Die Verteidigung des traditionellen Individualismus (Schlagwort: weniger Staat) einerseits und die Kritik des hedonistischen Individualismus (Schlagwort: mehr Macht und Kompetenz [authority] für öffentliche Instanzen) andererseits sind nicht ohne weiteres vereinbar. Dieser potentielle Widerspruch unter den Konservativen weist auf die allgemeine Schwierigkeit hin, die der heutige amerikanische Konservatismus mit dem Konzept und dem Stellenwert des „citizenship“, der politischen Partizipation und des politischen Verantwortungsbewußtseins der individuellen Bürger insbesondere auf nationaler Ebene hat.

Darüber hinaus stellen sich zumindest einige Neokonservative wie Daniel Bell die Frage, ob diese unterschiedlichen Formen des Individualismus nicht selbst vom kapitalistischen Gesellschaftssystem in seinen verschiedenen Entwicklungsstadien hervorgebracht wurden¹⁰⁾. Damit kehrt Bell zu der Frage zurück, ob es nicht der Kapitalismus ist, der die größte Gefahr und Herausforderung für den Individualismus darstellt. Ein Rückblick auf die Progressivisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts verdeutlicht die Grenzen der konservativen Perspektive: Während die Progressivisten und später die Liberaldemokraten als ihre Nachfolger den traditionellen Individualismus dadurch zu verteidigen gedachten, daß sie mit dem Aufbau einer starken Bundesregierung ein Gegengewicht zur Wirtschaftsmacht der Kapitalmonopole schufen, wollen es die heutigen Konservativen mit

⁹⁾ Irving Kristol, *Reflections* (Anm. 2), S. XIV.

¹⁰⁾ Daniel Bell, *The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York 1976.

dem Abbau dieser Regierung versuchen. Dabei übersehen sie die Möglichkeit, daß mittlerweile beide Mächte, nämlich multinationale Konzerne und eine starke Bundesregierung, gemeinsam eine Gefahr für ein echtes Fortleben des traditionellen Individualismus darstellen.

Der extreme Wirtschaftsindividualismus

Ein extremer Wirtschaftsindividualismus wird in deutlicher Form von einem Autor vertreten, der zu Anfang der ersten Reagan-Administration großen Anklang in Washington fand. In seinem Buch „Wealth and Poverty“ verteidigt George Gilder einen unpolitischen, an den Sozialdarwinismus des 19. Jahrhunderts erinnernden Individualismus, der in dieser Form öffentlich von keiner konservativen Partei vertreten werden könnte¹¹⁾.

Der Titel des Buches deutet schon an, daß es Gilder nicht hauptsächlich um politische Demokratie oder Bürgerrechte geht, sondern um das Prinzip des materiellen Fortschritts. Und dieser ist, Gilder zufolge, „unvermeidlich elitär“¹²⁾. Kapitalismus als materieller Fortschritt basiert auf der Innovationskraft, der kühnen, schöpferischen Initiative einzelner. Der Wagemut des einzelnen Unternehmers oder Investors, der ohne vorherige Absatzgarantien neue Produkte auf den freien Markt bringt, ist der Inbegriff des schöpferischen „Gebens“, das das eigentliche Wesen des Kapitalismus ausmacht. Gilder teilt dementsprechend ganz konsequent die Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft in zwei ungleiche Gruppen: die einzelnen, wenigen Schöpferischen (für das Angebot an Gütern im Kapitalismus verantwortlich), und die große „Masse“, die nur zur Nachfrage nach diesen Gütern fähig ist.

Gilder zufolge können „demokratische Massen nicht schöpferisch oder genial sein. Sie können nur reagieren. Sie bejahen oder verneinen lediglich die schöpferischen Angebote der Unternehmer in Wirtschaft und Politik.“¹³⁾ Öffentliche Meinung (public opinion) ist nur Nachfrage, nie Angebot. Dementsprechend ist demokratische Politik, die Politik der „unschöpferischen“ Massen, letztendlich selbstzerstörerisch, insofern sie ausschließlich Forderungen stellt, das Angebot der geforderten Güter aber nicht selbst garantieren kann. Jedenfalls prallen die Ideale demokratischen Fortschritts mit den Voraussetzungen des materiellen Fortschritts zusammen: „Gleichheit, bürokratische Rationalität, Berechenbarkeit, sexuelle Befreiung, politischer Populismus und das

Streben nach Genuß und Vergnügen sind schlicht unvereinbar mit der Disziplin und den Investitionen des wirtschaftlichen und technologischen Fortschritts.“¹⁴⁾ Das heißt aber, daß die nachfrageorientierte, demokratische Politik zur ökonomischen und politischen Stagnation führt: „... entstanden aus dem liberalen Bestreben, dem Volkswillen zu folgen und den Druck der Armut zu lindern, endet die nachfrageorientierte Politik in Arbeitslosigkeit und der Abhängigkeit der einzelnen von einer stark regulierten Wirtschaftsordnung und einer geschichteten hierarchischen Ordnungspolitik“¹⁵⁾.

Gilders Neuformulierung des Sozialdarwinismus des späten 19. Jahrhunderts ist selbstverständlich wegen ihrer deutlich antidemokratischen Tendenzen in dieser Form für die heutige konservative Politik unakzeptabel. Der Populist Reagan muß seine Wirtschaftspolitik demokratisch begründen: Die Begünstigungen der Erfolgreichen werden somit als dem allgemeinen Wirtschaftswachstum förderlich dargestellt, das letztendlich allen Bürgern helfen wird. Die Verantwortung des Politikers, des Präsidenten, für die Gesamtwirtschaft bleibt bestehen: Demokratische Politik wird nicht nur als Racheakt der Schwachen betrachtet. In der bunten Koalition des heutigen Konservatismus würde Gilder höchstens bei einer verschwindend kleinen Anzahl extremer Liberaler Anklang finden können. Auch als Theoretiker der „angebotsorientierten“ Ökonomen ist er allzu unpolitisch, und dies ganz abgesehen davon, ob seine Vorstellungen von Kreativität im heutigen Zeitalter der Organisationen und Interdependenzen zutreffen.

Gemeinschaftsorientierter Individualismus

Eine grundverschiedene Betrachtungsweise des Individualismus im demokratischen Industriekapitalismus findet man bei dem katholischen konservativen Sozialphilosophen Michael Novak, der ebenfalls eine gewisse Rolle in der Politik der USA spielt¹⁶⁾. Novak widerspricht zunächst einmal der unter den zahlreichen Kritikern des Kapitalismus gängigen Meinung, daß extremer Eigentumsindividualismus die Grundlage des kapitalistischen Systems bildet. Nach Ansicht von Novak sind ein „gemeinschaftsorientierter Individualismus“ sowie starke, dem Kapitalismus inhärente Tendenzen zur Kooperation und Interdependenz das Fundament dieses Gesellschaftssystems. Nicht das Individuum, sondern die Familie ist die kleinste Zelle im System: Der Mensch bleibt auch im Kapitalismus ein soziales Wesen. Darüber hin-

¹¹⁾ George Gilder, *Wealth and Poverty*, New York 1981.

¹²⁾ Ebd., S. 259.

¹³⁾ Ebd., S. 38.

¹⁴⁾ Ebd., S. 259.

¹⁵⁾ Ebd., S. 39.

¹⁶⁾ Siehe Michael Novak, *The Spirit of Democratic Capitalism*, New York 1982.

aus unterstreicht Novak allgemeine, wechselseitige Abhängigkeiten, die Förderung von Kooperation nicht nur auf lokaler, sondern auch auf globaler, zwischenstaatlicher Ebene, die Begünstigung von durch Arbeitsteilung geförderte Zusammenarbeit usw. als notwendige und meist außer acht gelassene Aspekte des demokratischen Kapitalismus. Da der extreme Individualismus auch im Kapitalismus eher die Ausnahme als die Regel ist, ist Novak zufolge auch das berühmte Entfremdungsphänomen im Kapitalismus übertrieben worden.

Vor diesem Hintergrund eines in zahlreichen sozialen Gruppen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten eingebetteten Individualismus kann Novak die pluralistische Gesellschaft und die freie Marktwirtschaft ohne inneren Widerspruch als Voraussetzungen der individuellen Freiheit anpreisen. Er lehnt eine einheitliche, auf christlichem Glauben basierende, gesetzlich geschützte öffentliche Moral ab. Er unterscheidet zwischen einem „praktischen, zivilen (oder bürgerlichen) Glauben“, der dem politischen und gesamtgesellschaftlichen System zugrunde liegt, und einem religiösen Glauben, der privat bleiben sollte. Trotzdem kann Novak auch religiöse Gründe für sein soziales Ideal anbieten, nämlich das Konzept der christlichen „caritas“¹⁷⁾. Für Novak ist es fast selbstverständlich, daß menschlicher Egoismus, auch wenn es sich um ein „aufgeklärtes Konzept des Eigeninteresses“ — wie z. B. das der freien Marktwirtschaft — handelt, einer moralischen Begrenzung, einer idealistischen Richtungsorientierung bedarf. Der Kapitalismus geht nach Novak stets von der Sündhaftigkeit des Menschen aus; darin unterscheidet er sich von jeglichem Utopismus. Auch aus religiöser Perspektive ist der einzelne Mensch letztlich auf sich allein angewiesen. Einsamkeit lasse sich jedoch nicht durch gesellschaftliche Programme und Reformen, sondern nur im Glauben überwinden. Trotzdem sind für Novak Kulturpolitik sowie diejenigen Glaubenssätze und Grundrechte, die den demokratischen Kapitalismus unterstützen, der wichtigste Aspekt dieses Systems, ohne die die zahlreichen Kritiker dieses Systems den politischen Sieg davontragen könnten.

Die Kritik des hedonistischen Individualismus

Das im Augenblick bekannteste Beispiel einer Kritik des derzeitigen hedonistischen Individualismus ist das Werk von Robert N. Bellah und Mitarbeitern¹⁸⁾. Den Ausgangspunkt von Bellahs

Untersuchung, die an Alexis de Toqueville anknüpft, bildet die Feststellung, daß der Individualismus im Mittelpunkt der amerikanischen Kultur steht¹⁹⁾. Dieser Individualismus ist insofern problematisch, als die amerikanische Kultur „seit langem durch die akut ambivalente Beziehung zwischen Selbstbewußtsein und Gemeinschaft (community) charakterisiert“ wird. Das Verhältnis von Individuen, die sich für autonom halten und gleichzeitig vom bürgerlichen Republikanismus zur gesellschaftlichen Solidarität aufgefordert werden, sei das größte ungelöste Problem der amerikanischen Geschichte überhaupt²⁰⁾. Nach Ansicht von Bellah und Mitarbeitern hat der Individualismus in unserem Zeitalter ein derartig zerstörerisches Ausmaß erreicht, daß nur eine grundlegende Reform der politischen Kultur ein Abgleiten in Despotismus verhindern kann²¹⁾.

Der heutige Individualismus ist nach Bellah von einem selbstgefälligen „Ich-Syndrom“ geprägt. Zumindest in der weißen Mittelschicht findet man zunehmend die Tendenz zur Isolierung des Individuums in dem Sinne, daß die Einzelperson sich insbesondere in schweren Lebenslagen kaum mehr auf traditionelle Lebensweisen, Religion oder gemeinschaftliche Sinnggebung verläßt. Statt dessen versteht sich der radikale Individualist zunehmend als Überlebenskämpfer (survivor) in einer nur schwer verständlichen, unkontrollierbaren Welt, die dem Einzelmenschen weder politisch noch gesellschaftlich einen höheren Sinn zu vermitteln vermag. Der einzelne empfindet weder eine Bindung an traditionelle Religionen noch die staatsbürgerliche Verpflichtung zur Teilnahme am politischen Gemeinwesen. Durch diese Loslösung verliere der einzelne gleichzeitig Stärke, Halt und Kriterien für die Selbstdisziplin.

Ursache dieser problematischen Entwicklung ist, so Bellah, letztlich die industriekapitalistische Konsum- und Massengesellschaft, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die traditionellen amerikanischen Lebensweisen unumkehrbar veränderte. Dabei ist bei der amerikanischen Entwicklung besonders hervorzuheben, daß die Größenordnung und die pluralistische Vielfalt der kontinentalen amerikanischen Nation es dem Durchschnittsamerikaner ungemein erschweren, sich als Einzelbürger mit der Gesamtnation — oder genauer mit dem Gemeinwohl (public good) der Nation — zu identifizieren. Das traditionelle, vorkapitalistische Politikverständnis war auf die persönlichen Erfahrungen auf kommunaler Ebene begrenzt und basierte auf „voluntary cooperation“ und der Herstellung von Harmonie durch

¹⁷⁾ Ebd., S. 353.

¹⁸⁾ Siehe Robert N. Bellah et al, *Habits of the Heart, Individualism and Commitment in American Life*, Berkeley 1985.

¹⁹⁾ Ebd., S. 142.

²⁰⁾ Ebd., S. 256.

²¹⁾ Ebd., S. 294.

persönliche Mitwirkung von sozial homogenen Bürgern. Die moderne nationale Politik besteht jedoch hauptsächlich aus dem Wettstreit unzähliger Einzelinteressen. Zähes Ringen und Feilschen, Übereinkünfte und Kompromisse wirken auf die harmoniebedürftigen Bürger abstoßend. Die Mittelschichten wenden sich daher von der nationalen Politik als „dirty business“ ab und überlassen das Feld, wenn auch nur ungern, den professionellen Politikern. Nur noch Momente von patriotischem Nationalismus vermögen es, die ersehnte Einheit von persönlichem Identifizierungsbedürfnis und nationaler, sinnstiftender Zielstrebigkeit zu schaffen. Die Suche nach dem Gemeinwohl (public good) bleibt Bellah zufolge das unvollendete Trachten und Streben Amerikas²²).

Bei Bellah und Mitarbeitern handelt es sich bezeichnenderweise meist um ehemalige Liberaldemokraten, die den derzeitigen Konsumindividualismus als Gefahr betrachten, und die alle amerikanischen Traditionen — vom Glauben bis zum Republikanischen Bürgersinn — bemühen wollen, um diesen Individualismus wieder einzudämmen und in ein religiös-politisches Gemeinwohl-Denken einzubetten. Dieses Anliegen erscheint ihnen „weder als liberal noch als konservativ“, sondern es wird als Grundlage für einen neuen Konsens, der über die alten politischen Dogmen hinausreicht, begriffen. Wie aber kann der Einzelbürger im Kontext der nationalen Politik wieder einen Sinn für sein eigenes Leben entdecken? Die Autoren denken an eine Partizipation in nationalen, sozialen Bewegungen. Ihr Modell ist dabei das Beispiel der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre, in welcher der einzelne auf kommunaler und nationaler Ebene persönlich teilnehmen konnte und auch auf nationaler Ebene ein Gefühl von Harmonie zwischen dem einzelnen und den nationalen Werten hergestellt wurde, weil die breite Bürgerrechtsbewegung an Grundwerte der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und Verfassung appellierte.

Überraschenderweise erwähnen die Autoren dabei nicht die Vielzahl sich oft heftig befehdender Bürgerbewegungen der jüngsten Vergangenheit, wobei Initiativen für und gegen die Emanzipation der Frau, für und gegen das Recht auf Abtreibung usw. völlig entgegengesetzte Meinungen in öffentlichem Streit austrugen. Es bleibt also unklar, wie man heutzutage die Isolierung des Individualismus durch eine Orientierung auf das Gemeinwohl oder „public good“ überwinden kann. Bellah fordert mehr „commitment“, also Bindung, Verpflichtung an öffentliche, gemeinschaftliche Auf-

²²) Ebd., S. 252.

gaben und Ziele. Führt dies in einer stark pluralistischen Gesellschaft jedoch automatisch zu einer den einzelnen stärkenden Harmonie zwischen nationalem Wohl und Einzelwohl?

Kapitalismus und Hedonismus

Auch der bekannte neokonservative Soziologe Daniel Bell sorgt sich über den heutigen hedonistischen Individualismus und den Mangel an einer „public philosophy“, d. h. einem der Gesamtnation richtungweisenden konsensfähigen politischen Zweck²³). Ursache dieses Individualismus sei die moderne Konsumgesellschaft oder vielmehr die „kulturellen Widersprüche“ dieses Wirtschaftssystems. Woraus bestehen diese Widersprüche? Bell unterteilt das kapitalistische System in den ökonomischen, den politischen und den kulturellen Bereich. Jeder Bereich wird von einem ihm eigenen Prinzip regiert: der ökonomische Bereich vom Prinzip der Effizienz, der politische von den Prinzipien der Rechtsgleichheit, Bürgerrechte, Repräsentation und Partizipation, die Kultur von den Prinzipien der persönlichen Selbstentfaltung, des Egoismus, des Strebens nach Selbstverwirklichung und Genuß.

Der Frühkapitalismus sei durch eine Übereinstimmung zwischen den Prinzipien der verschiedenen Bereiche gekennzeichnet: Der protestantisch-puritanische Glauben, asketische Arbeitsmoral und individuelle Aufopferung unterstützten die vom Kapitalismus geforderte Effizienz und den Verzicht auf Konsum. Dies war die moralische Einstellung des Bürgertums der frühen repräsentativen Republik. Durch den Niedergang des Glaubens verlor der Kapitalismus seine öffentlich-moralische Rechtfertigungsgrundlage. Die Niederlage des Puritanismus sei dadurch verursacht worden, daß die Legitimation des sozialen Verhaltens von der Religion auf die modernistische Kultur übergang. Modernismus heißt hier Romantizismus: Spontanität und Begeisterung des schaffungsfreudigen Künstlers; die persönliche Selbstentfaltung wird zum gesellschaftlichen Ideal und verdrängt das Symbol des asketischen, pragmatisch-kalkulierenden Bürgers. Die Entfaltung eines individuellen „life-styles“ verdrängt die Selbstverwirklichung durch Arbeit. Bell zufolge ersetzte diese romantische Moral nicht nur die protestantische Religion, sondern sie wurde gleichzeitig zum wichtigsten Motor des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels: Das Wirtschaftssystem mußte nun die neuen, kulturellen Bedürfnisse erfüllen.

Massenkonsum im modernen Kapitalismus, welcher auf einer allgegenwärtigen, den Luxus, den

²³) Bell (Anm. 10).

Genuß und die Selbstverwöhnung anpreisenden Massenwerbung basiert, ist die auf massendemokratische Verhältnisse angepaßte Mentalität der romantischen Künstleravantgarde²⁴⁾. Damit hat aber der Kapitalismus außer dem persönlichen Hedonismus jegliche öffentlich-moralische Rechtfertigungsgrundlage verloren. Nach Bell „besitzt die westliche Gesellschaft weder eine ‚civitas‘, noch eine spontane Bereitschaft zur Aufopferung für ein öffentliches Ziel, noch besitzt sie eine politische Philosophie, die die Werte und Normen und Prioritäten der Gesellschaft rechtfertigt“. Man ehrt die Nation, deren Mitglied man ist, nicht mehr, statt dessen bereichert man sich auf Kosten des Gemeinwohls²⁵⁾.

Neben diesem Widerspruch zwischen persönlicher Existenz und Öffentlichkeit besteht noch ein zweiter, der im Wirtschaftssystem begründet ist. Der Kapitalismus selbst benötigt zwei verschiedene, ja gegensätzliche moralische Orientierungen: Im Bereich der Produktion ist auch heute noch „Arbeitsmoral“ gefragt, im Bereich des für das Wirtschaftswachstum erforderlichen Massenkonsums setzt sich jedoch der Kult des hedonistischen Individualismus immer weiter durch. Für den Neokonservativen Bell können diese Widersprüche nur durch eine neue „public philosophy“ überbrückt oder gar beseitigt werden.

Was für Vorstellungen hat Bell von einer „public philosophy“ in einer Gesellschaft mit ungewöhnlich vielfältigen pluralistischen Interessen, die außerdem noch auf einem stark ausgeprägten Individualismus basiert? Allgemein gesagt fordert Bell

eine Neuformulierung der Legitimitätsprinzipien, der gesellschaftlichen Grundwerte. Es geht ihm um eine Neuformulierung gesellschaftlicher Zielvorstellungen, um einen Konsens über die „guten Bedingungen“ für das Gesamtwohl, die die Gesellschaft herzustellen beabsichtigt. Es geht ihm schließlich um die Zielstrebigkeit der Nation, um ihre Entscheidungs- und Willensstärke (common will), um das Schicksal (destiny) der Nation, das heute im allgemeinen Hedonismus unterzugehen drohe²⁶⁾.

Was bleibt nun aber noch als Möglichkeit, wenn man nicht willens ist, zur alten amerikanischen „manifest destiny“ des späten 19. Jahrhunderts zurückzukehren? Bell erwähnt einen „new social compact“, der sich auf folgende drei Elemente gründet: 1. Eine erneute Bekräftigung der amerikanischen Vergangenheit, um die Kontinuität wiederherzustellen, die zu Verpflichtungen in der Zukunft nötig ist; 2. eine Wahrnehmung der begrenzten Ressourcen und der Bedürfnisprioritäten; 3. eine Übereinstimmung über Gerechtigkeit und Fairness²⁷⁾. Dabei betont Bell jedoch zugleich, daß in der heutigen, pluralistisch fragmentierten Gesellschaft nicht ein allgemeines Interesse, sondern nur Regeln, Rechte und Situationen die „public philosophy“ konstituieren können, die allen Personen trotz ihrer unterschiedlichen Interessenlagen dienen; denn der heutige „öffentliche Haushalt“ sei keine Gemeinschaft (community), sondern nur eine Arena, „in der keine normativen Regeln (außer dem ‚bargaining‘) bestehen, die das Gemeinwohl definieren“²⁸⁾.

III. Gemeinwohl, Konsens und demokratischer Pluralismus

Während die konservative Tagespolitik sich meist mit der Parole des Individualismus begnügt und dazu tendiert, das Problem des nationalen Konsenses und der Zielstrebigkeit der Gesamtnation — die „national destiny“ — überwiegend mit Hilfe außenpolitischer Manöver zu lösen, nimmt die Debatte über den „national purpose“ einen weitaus wichtigeren Platz in der konservativen Literatur ein. Nur wenige Konservative begnügen sich dabei mit dem extrem unpolitischen Individualismus Gilders, bei dem demokratische Politik letztendlich nur Ausdruck der Schwäche der unerschöpflichen Masse ist, deren Bedürfnisse sich in einer Politik der Nachfrage äußern. Für andere

Konservative ist das Individuum vielmehr im Kontext der amerikanischen Nation, Geschichte, Tradition und Zukunftsorientierung das Problem. Die große Furcht dieser Konservativen ist die „Balkanisierung“ der amerikanischen Politik, also einer Stagnation aufgrund einer zunehmenden Zersplitterung von Interessengruppen, denen jegliche gemeinsamen Interessen und eine einheitliche nationale Zielstrebigkeit abhanden gekommen sind. Nur gemeinsame Ideale, so wird behauptet, können dieses Auseinanderdriften und diesen hedonistischen Egoismus beseitigen. Aus dieser Perspektive wird nicht nur der Individualismus, sondern auch der amerikanische Interessenpluralismus zum Problem. Die zentrale Frage ist somit, wie überhaupt in einer stark pluralistischen Gesellschaft, die auf einem materiellen Interessen- sowie auf einem ethnischen, religiösen und kulturellen Pluralismus basiert, sich ein Kon-

²⁴⁾ Ebd., S. 52.

²⁵⁾ Ebd., S. 245.

²⁶⁾ Ebd., S. 281.

²⁷⁾ Ebd., S. 282.

²⁸⁾ Ebd., S. 256.

sens bilden kann, der auf eine nicht existierende Homogenität der Bevölkerung gegründet ist. Aber, so fragt man sich, was kann überhaupt in einer extrem individualistischen — und d. h. notwendigerweise dann auch extrem pluralistischen — Gesellschaft ein Konsens über ein „Gemeinwohl“ oder einen „national purpose“ konkret bedeuten?

Die Diskussion unter den Konservativen, und nicht nur unter ihnen, geht daher um Gemeinwohlvorstellungen und die Wiederherstellung einer nationalen Einstimmigkeit, deren Fundament aber unklar ist. Was ist gemeint: Ein einheitliches Ziel der Alltagspolitik? Eine Übereinstimmung über die Grundwerte der Nation? Ein Konsens über die moralischen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Bedingungen der Demokratie als Lebensweise? Eine Übereinstimmung über politische Verantwortung und Privatrechte aller Bürger? Einigkeit darüber, was das langfristige Ziel der Nation sein sollte (Sonderschicksal)?

Das Problem des amerikanischen Pluralismus

Am deutlichsten hat der bekannte Politologe Robert Dahl das Problem des amerikanischen Pluralismus als „Dilemma des Pluralismus“ beschrieben²⁹⁾. Dahl geht zunächst von der Notwendigkeit der positiven Beiträge, also der Erwünschtheit des Interessengruppen-Pluralismus in der modernen Demokratie aus. Eine Vielzahl von Interessengruppen trägt nicht nur dazu bei — wie schon die Gründerväter der USA, die Föderalisten argumentierten —, die Existenz einer großflächigen Republik mit heterogener Bevölkerung zu ermöglichen. Diese Interessengruppen leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Freiheit, indem sie „wechselseitige Kontrollen“ zwischen den vielfältigen Teilen der Gesellschaft in Kraft setzen und somit eine Machtkonzentration verhindern. Andererseits zeitigt der Pluralismus gewisse politische Nachteile, die sodann das „Dilemma“ hervorrufen: Erstens kann der Pluralismus dazu führen, politische Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu stabilisieren. Zweitens kann er das allgemeine Bürgerbewußtsein deformieren, weil die Identifizierung des Einzelbürgers mit Interessengruppen zumeist stärker ist als die Identifizierung als Staatsbürger. Drittens können Gesetzgebungsprioritäten durch ungleichen Gruppeneinfluß verzerrt werden. Viertens schwächt die Interessengruppenpolitik die Einflußnahme auf und letztlich auch die Kontrolle der Tagespolitik durch die Bürger. Das Resultat ist politische Entfremdung

²⁹⁾ Siehe Robert Dahl, *Dilemmas of Pluralist Democracy*, New Haven 1982.

und Apathie. Aufgrund des Dilemmas des Pluralismus in der heutigen Demokratie entsteht somit die zentrale Frage, wieviel Autonomie und wieviel Kontrolle die Einzelgruppen von seiten einer demokratisch verantwortlichen Regierung erhalten sollten.

Wir gehen hier den Einzelheiten von Dahls Argumentation und seiner praktischen Vorschläge nicht nach. Von Interesse ist hauptsächlich, daß Dahl zufolge dieses Dilemma des Pluralismus in den USA im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien bedeutend stärker ausgeprägt ist. Dies hat folgende Gründe: Das amerikanische politische und ökonomische System ist aufgrund des föderalistischen Aufbaus der Nation und des ausgeklügelten Systems der Gewaltenteilung und -verschränkung weniger integrationsfähig und weitaus deutlicher fragmentiert als das der meisten anderen vergleichbaren westlichen Demokratien³⁰⁾. Außerdem fehlt die Integrationskraft von permanent organisierten nationalen Parteiorganisationen, weswegen Wahlen mehr Personal- als Parteiwahlen sind. Das Fehlen von einflußreichen Parteiorganisationen hat jedenfalls die Gründung und den politischen Aktivitätsgrad von Interessengruppen erhöht. Da die Verfassungsgründer aus Furcht vor der Möglichkeit der Machtkonzentration auf nationaler Ebene zusätzlich alles taten, um eine starke Einflußnahme permanenter Wähler- und Interessenmehrheiten auf die Regierung zu verhindern, ist es für Wählermehrheiten in den USA weitaus schwieriger, sich politisch durchzusetzen, als in den meisten westlichen Demokratien³¹⁾.

Aus diesen und anderen Gründen entsteht in den USA auch unter den Konservativen der Gegenwart sehr leicht der Eindruck der „Balkanisierung“ der amerikanischen Nation und der Notwendigkeit, die Integrationsfähigkeit des nationalen politischen Systems durch „public philosophy“ oder Gemeinwohlideologien zu stärken. Für die politische Praxis hat dies zur Folge, daß auch ein den Individualismus preisender Konservatismus einen starken, führungsfähigen und als Integrationsfigur tauglichen Präsidenten benötigt. Durch die im Vergleich zu vielen anderen Demokratien verhältnismäßig starke ökonomische Ungleichheit wird die Notwendigkeit der Integration noch verstärkt. Diese relativ große Ungleichheit ist Dahl zufolge hauptsächlich das Resultat nicht von institutionellen und verfassungsrechtlichen Unterschieden gegenüber anderen Demokratien, sondern der Besonderheit der amerikanischen Ideologie des Individualismus. Demzufolge hat

³⁰⁾ Ebd., S. 189.

³¹⁾ Ebd., S. 190.

sich der Eindruck von ungefähre Chancengleichheit, der zur Zeit der Verfassungsgründung in der mit riesigen Flächen unbesiedelten Landes geeigneten Agrarnation entstand, auch im Zeitalter des Industriekapitalismus fortgesetzt und alle Ideologien einer radikaleren Umverteilung verdrängt³²⁾.

Nach Ansicht von Dahl ist das Dilemma des Pluralismus (wieviel Autonomie und Kontrolle benötigen Interessengruppen?) in den USA heute auch nicht zuletzt deshalb so drängend, weil das Präsidentenamt als einzige integrationsfähige Regierungsinstanz des modernen Systems an Macht und Einfluß verloren hat. Der Grund dafür sei das „Dilemma“ des Präsidentenamts selbst: „Die Tendenz des Verfassungssystems, Wählermehrheiten zu übergehen; die relative Unabhängigkeit von Präsident und Kongreß; die Schwäche der politischen Parteien und die daraus resultierende Stärke der pressure-groups ermutigen die Präsidenten dazu, die festgesetzten Grenzen ihres Amtes durch Machtkonzentration im Präsidentenamt zu überschreiten und dessen politische Ressourcen außerhalb des Kontrollbereichs von Kongreß, Judikative und Wählern einzusetzen. Sobald jedoch die (zu erwartende, d. Verf.) Reaktion gegen diese exzessive Machtballung im Präsidentenamt einsetzt, verliert der Amtsinhaber generell an Wirkungskraft.“³³⁾

Wir schließen daraus, daß die konservativen Argumente für mehr nationale Integration und Gemeinwohlorientierung sowie für „civic virtue“ zum großen Teil aus der Schwächung des Präsidentenamts während der letzten Jahrzehnte entstanden sind. Auch Präsident Reagan kann diesem Dilemma nicht entweichen. Einerseits verfolgt er eine Politik der Schwächung der Bundesregierung, andererseits benötigt diese Politik zu ihrem Erfolg ein starkes Präsidentenamt. Abgesehen davon benötigen gerade auch konservative Kräfte wie die „moral majority“ zur eventuellen Durchsetzung ihres christlichen Ethos als öffentliche Moral einen starken Präsidenten, schon allein deshalb, um die zu erwartende starke politische und gesellschaftliche Opposition zurückdrängen zu können.

Der Fortschrittsglaube als konsensfähiger Integrationsfaktor?

Für eine Reihe von Konservativen scheint sich eine konsensfähige Idee gefunden zu haben, die gleichzeitig den traditionellen Individualismus unterstützt und den USA eine neue gemeinschaftliche, nationale Zielstrebigkeit verleiht, die darüber hinaus Zukunftshoffnungen mit traditionel-

len amerikanischen Glaubenssätzen vereint. Gemeint ist der allgemeine Glaube an den Fortschritt. Hier stimmen der extreme Wirtschaftsindividualist Gilder, der konservative, gemeinschaftsorientierte Katholik Novak und der Neokonservative R. Nisbet überein: Das Ideal des materiellen und gesellschaftlichen Fortschritts, das von Anfang an Teil der Gründung der amerikanischen Republik gewesen war, ist angeblich fähig, trotz aller kultureller Unterschiede und Partikularinteressen den USA wieder das Gefühl eines Sonderschicksals und eines „national purpose“ zu verleihen. An diesem Punkt stimmt die Theorie am ehesten mit der Alltagspolitik überein; denn schon im Wahlkampf des Jahres 1980 versuchte Kandidat Reagan den lähmenden Pessimismus der siebziger Jahre durch einen neuen, d. h. erneuten amerikanischen Zukunftsoptimismus und ein neues Selbstvertrauen zu ersetzen. Notwendiges Fundament des Fortschritts ist aber das Wirtschaftswachstum. Optimistischer Fortschrittsglaube als Kennzeichen Amerikas, und nicht die Restauration der von der „moral majority“ geforderten christlichen Moral, wurde daher zum Kernpunkt konservativer Politik. Hat Reagan aber damit auch schon bewiesen, daß der Fortschrittsglaube als konsensfähiger Grundwert als solcher genügt, um den heutigen USA einen „national purpose“ zu verleihen?

Der Glaube an den Fortschritt als konservatives Credo beinhaltet zugleich, daß der Konservative sich als „realistischer Revolutionär“ versteht und den demokratischen Kapitalismus als einen permanenten Revolutionsprozeß betrachtet³⁴⁾. Andauernder wirtschaftlicher und technologischer Wandel und gesellschaftspolitische Anpassung an diesen Wandel sind das Grundgesetz dieses Revolutionsprozesses. Der Konservative „konserviert“ nur diesen Prozeß selbst und nicht etwa die sozioökonomischen Gegebenheiten irgendeines Stadiums dieses Prozesses. Sozialistische Versuche, diesen Prozeß im Namen der Gerechtigkeit und Gleichheit unter politische Kontrolle zu zwingen, und hedonistischer, unverantwortlicher Egoismus sind die beiden größten Gefahren für die Aufrechterhaltung dieses Wandlungsprozesses.

Man entdeckt allerdings sehr verschiedene Grundlagen für diesen optimistischen fortschritts- und zukunftsorientierten Konservatismus. Er kann einmal auf dem „religiösen Glauben“ basieren, der „die größten pragmatischen und historischen Wahrheiten beinhaltet, daß nämlich freie Menschen, die an die Zukunft glauben, sich behaupten und durchsetzen (prevail) werden“³⁵⁾.

³²⁾ Ebd., S. 175, 180.

³³⁾ Ebd., S. 191.

³⁴⁾ Novak (Anm. 16), S. 171 ff.

³⁵⁾ Gilder (Anm. 11), S. 258.

Eine Folge dieses Glaubens ist die Ablehnung des einst populären Knappheitdenkens, das in den siebziger Jahren im Zuge der neuentdeckten Umweltkrise vorherrschte, sowie die Ablehnung der Idee einer voraussehbaren, planbaren rationalen Gesellschaft. Statt dessen zelebriert man die „Religion“ der Freiheit des kreativen Individuums, weil in einem gewissen Sinn alle schöpferischen Gedanken auf religiösem Glauben gründen. Die Logik der Kreativität bestimmt, daß Glaube vor dem Wissen kommt. Der entscheidende Aspekt allen Wandels und aller Kreativität ist aber der Zufall. Als Grundlage des Wandels und des menschlichen Fortschritts bezeichnet Gilder den Zufall als „Wirkung des Göttlichen“. Größte Fehlleistung eines Politikers wäre es, sein Volk „von der Vorsehung, der wunderbaren Fülle an Zufällen“ durch ein geschlossenes Plansystem abzuschneiden³⁶⁾.

Novak — auch konservativer, zukunftsorientierter Revolutionär — zelebriert dagegen den Zufall, (oder den Zufall als Kern der menschlichen Freiheit) nicht in dieser extremen Form. Im Einklang mit seiner Vorstellung eines „gemeinschaftsorientierten Individualismus“, den er als Grundlage des demokratischen Kapitalismus betrachtet, basiert die Erneuerungskraft und Kreativität der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf purem Zufall, sondern auf eine „zum Vorschein kommende Wahrscheinlichkeit“ (emergent probability). Der Fortschrittsglaube gründet sich somit auf den Glauben an eine Welt, die „nicht logisch, geometrisch, ganz voraussehbar“, die aber auch nicht „total verrückt, irrational und von Intelligenz undurchdringlich ist“, sondern die vielmehr auf Wahrscheinlichkeitskalkulationen reagiert³⁷⁾. Fortschritt wird ermöglicht von einer dem intelligenten Menschen offenen Zukunftswelt. Diese wiederum wird nur in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft und einer von pragmatischer Moral kontrollierten freien Marktwirtschaft für den Menschen eröffnet.

Nisbet konstatiert in seiner politisch motivierten Arbeit über die Geschichte der Fortschrittsidee in der westlichen Kultur, daß der Glaube an den Fortschritt immer im Zentrum der westlichen Zivilisation gestanden habe, daß aber charakteristischerweise dieser Glaube im 20. Jahrhundert abhanden gekommen sei. Nach Nisbet bestand der Fortschrittsglaube traditionell aus fünf Grundsätzen: 1. einem Glauben an den Wert der Vergangenheit; 2. der Überzeugung von der Überlegenheit der westlichen Zivilisation; 3. der Anerkennung des Wertes von wirtschaftlichem und technologischem Wachstum; 4. einem Glauben an

die Vernunft und auf Vernunft basierender wissenschaftlicher Erkenntnis; 5. einem Glauben an den wesentlichen Wert des menschlichen Lebens. Jeder dieser Grundsätze ist Nisbet zufolge gegen Ende des 20. Jahrhunderts für die westliche Zivilisation fragwürdig geworden. In der derzeitigen Atmosphäre des Irrationalismus und Solipsismus sieht Nisbet nur einen Hoffnungsschimmer, und zwar nicht in der Politik, sondern in dem „Anfang einer religiösen Erneuerung“ im Westen, hauptsächlich in den USA. Er sieht die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit einer großen religiösen Reformation³⁸⁾. Nicht durch Politik, die in der Bevölkerung immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert, sondern aufgrund einer wiedergeborenen Religion kann der Fortschrittsglaube wiedererweckt werden. Denn nur tiefer religiöser Glaube kann den Glauben an die westliche Zivilisation unterstützen und ermöglichen. Nur die Religion kann die Heiligkeit des Lebens und des menschlichen Wissens herstellen, und beide sind die wichtigsten Voraussetzungen für einen Glauben an den Fortschritt. Wie diese erhoffte religiöse Reformation aussehen könnte — ob es sich um eine christliche Reformation handeln würde oder um eine breitere ökumenische Bewegung, und welche Auswirkungen diese Reformation auf die heutige, pluralistische Grundlage der modernen Gesellschaft haben würde —, wird von Nisbet nicht erläutert.

Zusammenfassend wollen wir noch einmal auf das Hauptproblem des gegenwärtigen amerikanischen Konservatismus und seiner Varianten hinweisen: Wie der konservative Politologe S. Huntington hervorhebt, benötigte die USA von Anfang an eine „national civic religion“, das Amerikanische Credo, weil die Prinzipien der amerikanischen Politik lange vor der eigentlichen Herausbildung der nationalen Gesellschaft und des politischen Systems bestanden. Ein wesentlicher Aspekt dieses Credos ist aber bis zum heutigen Tag die Opposition gegen politische Machtkonzentration geblieben³⁹⁾.

Aus dieser Sicht hatten die USA — historisch betrachtet — immer schon ein schwaches politisches System. Die meisten konservativen Theoretiker sind sich dieser Erbschaft bewußt, besitzen aber auch keine stichhaltige Antwort auf die Frage, wie in der politischen und wirtschaftlichen Großmacht USA die Tradition des unpolitischen Individualismus mit dem unter den heutigen Umständen notwendigen hohen Bürgerbewußtsein und der „civic morality“ zu vereinbaren ist.

³⁸⁾ Nisbet (Anm. 8), S. 356.

³⁹⁾ Siehe Samuel P. Huntington, *American Politics. The Promise of Disharmony*, Cambridge (Mass.) 1981, S. 223 ff.

³⁶⁾ Ebd., S. 260, 261, 267.

³⁷⁾ Novak (Anm. 16), S. 76.

Christian Hacke: Außenpolitische Grundlinien der Regierung Reagan

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/86, S. 3—16

Wiederherstellung der militärischen Balance, Eindämmung der sowjetischen Expansionsbemühungen, Verhandlungen mit der Sowjetunion von einer Position der Stärke aus sowie Aufrüttelung der politischen Lethargie in den USA und bei den Alliierten wurden zum zentralen Bestandteil der Außenpolitik Ronald Reagans. Eindämmung blieb das zentrale Leitmotiv amerikanischer Weltpolitik, wenngleich Mittel und Ziele variiert wurden. Ausdruck dieser Neuüberlegungen war die Politik des sogenannten strategischen Konsens, mit der vor allem im Nahen Osten und in Zentral- und Lateinamerika die indirekte Gefahr der Bedrohung durch die Sowjetunion gebannt werden sollte.

Während der Amtszeit Präsident Reagans setzten sich die transatlantischen Krisen der siebziger Jahre fort; amerikanische Abneigungen und Vorurteile gegenüber Europa einerseits und ein irrationaler Anti-Amerikanismus bei uns andererseits haben sich auf unglückliche Weise in die Hände gearbeitet. Mit Blick auf die Dritte und Vierte Welt haben sich die USA — im Gegensatz zur Sowjetunion, die in traditionell imperialistischer Manier möglichst direkte Landgewinne anstrebt — primär auf indirekte Milieuziele beschränkt. Dies gilt insbesondere für Lateinamerika. Die USA haben mit Vorliebe Demokraten an der Macht gestützt, aber ebenso konservative und häufig korrupte Despoten einer möglichen Revolution von links vorgezogen.

Anpassung an die neuen Gegebenheiten der internationalen Politik und die der sowjetischen Außenpolitik ist gefordert. Die USA können nicht mehr, wie zur Hochzeit der Pax Americana der fünfziger Jahre, erwarten, daß sich ihnen der Rest der Welt anpaßt. Diese einmaligen Strukturbedingungen sind nicht wiederherstellbar, denn die Zeit der amerikanischen Überlegenheit ist unwiderruflich dahin. Im Bündnisdreieck Westeuropa—USA—Japan sind sie primus inter pares geworden, müssen also die regionalen Eigenbedingungen der Partner stärker berücksichtigen.

Kurt L. Shell: Die „neue Agenda“ politischer Diskussion in den USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/86, S. 17—30

Die politische Diskussion der achtziger Jahre in den USA ist als Reaktion auf die „Umbruchphase“ der sechziger Jahre und die Détente politik der Nixon-Kissinger Ära zu verstehen. Zentrale Themen der Diskussion sind: die Rolle des Zentralstaates in der Daseinsvorsorge und Regulierung der Wirtschaft; die gouvernementalen Maßnahmen zur Integration und Förderung rassischer und ethnischer Minderheiten, vor allem der schwarzen Bevölkerung; die Bewahrung der in der christlichen Tradition verankerten Werte und Institutionen; die Wiederherstellung einer „Position der Stärke“ in den Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion.

Im Gegensatz zur Periode, die vom „New Deal“ der dreißiger Jahre bis in die siebziger Jahre reichte, wird die „neue Agenda“ von konservativen Theorien und Akteuren beherrscht. Nicht Probleme der Armutsbekämpfung und Eindämmung von Wirtschaftsmacht, sondern der Stimulierung von Wachstum, Produktivität und unternehmerischer Risikobereitschaft stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Die heftigsten Auseinandersetzungen kreisen um die durch Entscheidung des Supreme Courts freigegebene „Fristenlösung“ des Schwangerschaftsabbruchs, das Schulgebet — durch den Supreme Court untersagt — und Fragen der Sexualmoral. Der Versuch, die Integration der Rassen in Schulen und Wohnbezirken durch staatliche Maßnahmen zu erzwingen, führte zu massivem Widerstand; die kompensatorischen Förderungsprogramme („Affirmative Action“, Quoten) verstießen gegen das in der amerikanischen politischen Kultur verankerte individualistische Leistungsprinzip und wurden zum Gegenstand heftiger Angriffe und Verfassungsbeschwerden. Der Supreme Court geriet in den Mittelpunkt konservativer Kritik.

In der Außenpolitik wandte sich die Diskussion erneut der Frage zu, ob Konfrontation mit der Sowjetunion aus einer Position der Überlegenheit oder ein Ausgleich auf der Basis eines Kräftegleichgewichts zu bevorzugen sei. Hierbei vereinigten sich Fiskalkonservative mit Liberalen in Opposition gegen das ideologisch gerechtfertigte Programm fortwährender massiver Aufrüstung. Die ultra-konservative Agenda, artikuliert von Präsident Reagan, hat sich nur abgeschwächt im politischen Entscheidungsprozeß durchsetzen können. Das System der Gewaltenteilung, Widerstand organisierter Interessen und Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit und die Verbündeten ließen den Präsidenten zwischen ideologischer Rhetorik und häufig pragmatischem Handeln oszillieren.

Wolfgang Welz: Das amerikanische Parteiensystem im Wandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/86, S. 31-43

In den sechziger und siebziger Jahren begann sich bei den beiden großen amerikanischen Parteien auf nationaler und einzelstaatlicher Ebene eine kontinuierliche Erosion ihrer angestammten Elektoral- und Integrationsfunktionen abzuzeichnen. Kennzeichnend für diese als „Verfall der Parteien“ charakterisierte Entwicklung war die zunehmende Verselbständigung der Bewerber um ein öffentliches Amt gegenüber den Parteien, die als Organisationen der Personalrekrutierung und Wahlkampfleitung immer mehr in den Hintergrund traten. Ursächlich hierfür waren vor allem das Aufkommen moderner Wahlkampftechniken und das Eingreifen von Interessengruppen in die Wahlkämpfe, deren organisatorische und finanzielle Unterstützung die Amtaspiranten von den Parteien weitgehend unabhängig werden ließ.

Diese Entwicklung wurde durch den Vertrauensschwund der Wähler in die „Issue-Kompetenz“ der Parteien und durch die Auflösung der traditionellen Parteibindungen verstärkt, die als wahlentscheidender Faktor an Bedeutung verloren.

Seit Beginn der achtziger Jahre sind jedoch Gegentendenzen erkennbar, die auf eine Revitalisierung der Parteien hinweisen. So konnten beide Parteien durch den Ausbau und die Professionalisierung ihrer Apparate auf nationaler und einzelstaatlicher Ebene die Wahlkampfhilfe für ihre Kandidaten in erheblichem Umfang erweitern und damit ihre elektoralen Funktionen zum großen Teil wieder zurückgewinnen. Die Involvierung der Bundesparteien in die regionalen und lokalen Wahlkämpfe trug zugleich entscheidend zur Verbesserung der innerparteilichen Kooperation und zur stärkeren Integration der einzelstaatlichen Parteiorganisationen in die Gesamtparteien bei. Die bedeutsamsten Folgen dieser organisatorischen Reformmaßnahmen waren die Veränderung der dezentralen Organisationsstruktur des Parteiensystems und die Verschiebung der innerparteilichen Machtverhältnisse zugunsten der nationalen Parteien.

Horst Mewes: Individualität, Pluralismus und Konsens in der westlichen Demokratie. Überlegungen zur Zukunftsgestaltung im modernen amerikanischen Konservatismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/86, S. 44-54

Was bedeutet Konservatismus in den USA heute? Aktuelle Beiträge zur Diskussion verdeutlichen, inwieweit die Spannungen zwischen der amerikanischen Tradition des Individualismus, des gesellschaftlichen Pluralismus und des in der Demokratie erforderlichen Wertekonsenses auch dem Konservatismus zu schaffen machen. Einerseits scheint Befürwortung des radikalen Wirtschaftsindividualismus die politische Diskussion zu beherrschen; andererseits sorgen sich konservative Autoren um den gesellschaftlich und politisch unverantwortlichen hedonistischen Individualismus der Konsumgesellschaft.

Dabei geht es um die zentrale Frage bezüglich der gesellschaftlichen und kulturellen Vorbedingungen eines verantwortlichen Individualismus, also eines Wertekonsensus als Grundbedingung für den rechtverstandenen Individualismus. Die Spannungen zwischen radikalem Individualismus und die Sorge um das „public good“ und der „civic morality“, die in der Demokratie nicht einfach einer politischen Zentralgewalt überlassen werden dürfen, sind auch beherrschendes Thema der amerikanischen konservativen Debatte. Als den gesellschaftlich verantwortlichen Individualismus wiederherstellenden Wertekonsens, der sich gleichzeitig mit der amerikanischen Tradition vereinbaren läßt, wird zunehmend ein auf „religiösen“ Glauben basierender Fortschrittsoptimismus angeboten.